

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsheftige Kolonietabelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Berichte und Besprechungs-Artikeln 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgebundene) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 30. April 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das australische Arbeiterministerium.

London, 27. April.

In einem demokratischen Lande wie Australien konnten die Ergebnisse der Bundestwahlen nicht verfehlen, früher oder später eine Veränderung in der Zusammensetzung des Kabinetts herbeizuführen. Die Wahlergebnisse waren bekanntlich wie folgt:

Repräsentantenhaus.	
Ministerielle (Schutzbänder) . . .	26
Oppositionelle (Freihändler) . . .	27
Arbeiterpartei (Socialpolitiker) . . .	22
Insgesamt	75
Senat.	
Ministerielle	8
Oppositionelle	14
Arbeiterpartei	14
Insgesamt	36

Die Schutzbänder sind im allgemeinen für Arbeiterbeschäftigung; die Freihändler sind liberale Individualisten, die also von der Entfaltung der staatlichen Tätigkeit wenig erwarten; die Arbeiterpartei ist in erster Linie darauf bedacht, die Socialpolitik zu fördern. — Die Arbeiterpartei, die uns am meisten interessiert, hat mit der Socialdemokratie nur das gemein, daß beide eine Förderung der Arbeiterinteressen verlangen; in ihren Zielen und Weltanschauungen sind sie verschieden. Die australische Arbeiterpartei hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Mittel des englischen Trades-Unionismus, und des Revolutionäre des europäischen Socialismus nicht für Australien passen. Sie hat sich deshalb nur die wirtschaftlichen Ziele des englischen Trades-Unionismus und die politischen Mittel des europäischen Socialismus zu eigen gemacht, wozu noch die aus dem spezifisch australischen Leben hervorgehenden Ideale und Forderungen hinzukommen.

In dem Manifeste, das Mr. Watson als Vorsitzender und Mr. Stewart als Sekretär der Arbeiterpartei aus Anlaß der Dezemberwahlen veröffentlichten, sind folgende zwei Punkte als Grundsätze zu betrachten:

1. Die Erhaltung Australiens für die tüchtigsten Elemente der weißen Rasse.
 2. Die Erlangung zufriedenstellender Lebensbedingungen für die Massen.
- Alle von der Arbeiterpartei aufgestellten Forderungen werden auf diese zwei Punkte geprüft. Vom Klassenkampf oder vom Socialismus ist dabei gar keine Rede, und kann auch keine Rede sein.

Die australische Arbeiterpartei stellt sich nicht zur Aufgabe, die heutige Gesellschaft in eine socialistische zu verwandeln, sondern eine australische Nation ins Leben zu rufen, die die besten angelsächsischen Tugenden in sich vereint. Sie nimmt deshalb von der socialistischen Kritik nur das, was gegen die Unterdrückung des Individuums und gegen die Niederhaltung der Massen gerichtet ist, wie die Tyrannei des in wenigen Händen konzentrierten Kapitals, die rücksichtslose Profitmacherei etc.

Es handelt sich in Australien nicht, wie man gewöhnlich meint, um socialistische Experimente, sondern um nationale Experimente. Wir haben es dort mit dem Aufstieg einer nationalen Demokratie zu thun, und nicht mit der socialistischen Regeneration einer alten Gesellschaft.

Dies scheint mir der Sinn der zeitgenössischen Geschichte Australiens zu sein.

Die australische Arbeiterpartei ist die Trägerin dieses Gedankens. Nur wenn man diesen Gedanken begriffen hat, läßt sich die Politik dieser Partei verstehen. Sonst erscheint sie als ein großer Widerspruch. Die Socialisten sind mit ihr unzufrieden, da sie engherzig, bürgerlich und rassenstolz sei; die Kapitalisten sind mit ihr unzufrieden, da sie die schrankenlose Konkurrenz, die billige Arbeit, die rasche Vermehrung der Bevölkerung hemme oder unmöglich mache.

Nach dem Gesagten bedarf es keiner besonderen Erklärung der Thatsache, daß die Arbeiterpartei den Schutzbändern näher steht als den Freihändlern.

Im ersten Bundesparlament 1901—03 — bekanntlich ist die Föderation der australischen Kolonien erst im Jahre 1900 zu Stande gekommen — waren die Schutzbänder am Ruder; sie bildeten das erste Ministerium des australischen Gemeinwesens und man nennt sie deshalb die Ministeriellen. Die Wahlen vom 16. Dezember ergaben keine absolute Mehrheit für je eine der drei Parteien. Die Schutzbänder blieben deshalb am Ruder, weil auch die Arbeiterpartei zum großen Teil schutzbänderlich ist, also das Princip des Schutzbändes über eine Stimmenmehrheit verfügte. Allein in Sachen der Socialpolitik decken sie sich nicht. Die Ministeriellen sehen nicht so weit wie die Arbeitervertreter. Eine der Hauptforderungen der australischen Arbeiterpartei ist die Einführung von obligatorischen Schiedsgerichten. Die Ministeriellen wollten der Arbeiterpartei nur insoweit folgen, als es sich um Privatunternehmungen handelt. Nur für Privatarbeiter wollten sie den Streik durch Einwirkung von Versöhnungs- und Schiedsämtern vorbeugen. Dagegen sollten für die vom Staate beschäftigten Arbeiter die bisherigen Verhältnisse bestehen bleiben.

Diese Meinungsverschiedenheit führte am 20. April zu einer Ministerkrise. Auf der Tagesordnung stand die Vorlage betr. Schiedsgerichte. Die Arbeiterpartei brachte ein Amendement ein, dies Gesetz auf die Staatsarbeiter auszuweihen. Da die Regierung das Amendement für unannehmbar erklärte, schlossen sich die Arbeitervertreter einem Teil der Opposition an und die Regierung wurde mit 38 gegen 29 Stimmen geschlagen. Das Kabinett trat hierauf zurück und der Generalgouverneur Lord Northcote lud Mr. Watson, den Führer der Arbeiterpartei, ein, ein Kabinett zu bilden.

Am 26. April gelang es Watson ein Kabinett zusammenzubringen, das aus sieben Arbeitervertretern und einem liberalen Juristen besteht.

Das neue Kabinett steht in der parlamentarischen Geschichte der Kulturländer einzigartig da. Es ist ein wirkliches Arbeiterkabinett. Es ist indes ungemein schwierig zu sagen, ob Watson gut daran gethan hat, ein Ministerium zu bilden, obwohl er keine Mehrheit im Bundesparlament hinter sich hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Krise und die bereitwillige Unterstützung, die Watson bei den Oppositionellen gefunden hat, eine abgeklärte Sache zwischen den beiden bürgerlichen Parteien waren, um dem Publikum die Unmöglichkeit eines Arbeiterkabinetts demonstrieren zu können. Für diese Annahme spricht meines Erachtens die Thatsache, daß keiner der bürgerlichen Führer ins Arbeiterkabinett eintreten wollte. Man muß immer bedenken, daß beide bürgerlichen Parteien im Abgeordnetenhaus 53 Vertreter gegen die 22 des Kabinetts zählen. Jene sind also zu jeder Zeit im Stande, die Regierung zu stürzen.

Indes, die australischen Arbeiterführer sind sich wohl über die Lage klar genug. Wenn sie dennoch die Bildung eines Kabinetts übernommen, so müssen sie die Ueberzeugung gewonnen haben, daß ihnen wohl gegönnt sein dürfte, wenigstens das Schiedsgerichts-Gesetz durchzuführen und vielleicht auch ein Alterspensions-Gesetz.

Eine längere Lebensdauer kann der Arbeiterregierung nicht prophezeit werden. Das Kabinett wird alle Hebel in Bewegung setzen, einen Beweis der Regierungsfähigkeit der Arbeiter zu geben, worauf es zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen kommen wird. Die Arbeiterpartei wird dann ans Land appellieren, ihr eine solide Mehrheit zu geben. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. April.

Der Reichstag

hielt am Freitag eine Kommissionsitzung über die Börsengesetz-Novelle ab. So sah wenigstens die Plenarsitzung nach der Zahl und Zusammensetzung der daran teilnehmenden Abgeordneten aus.

Zu Anfang brachte freilich der antisemitische Redner einiges Leben in die Debatte. Graf Reventlow, der sich vor einiger Zeit gegen das komisch wirkende Auftreten des Grafen Büdler verwahrt hat, hat inzwischen von seinem Standesgenossen viel gelernt. Er spricht schon ganz hübsch von der Alliance der roten und goldenen Internationale, erklärt 90 Prozent aller Börsengeschäfte für Schwindel und kündigt zum Schluss rücksichtslose Opposition, Obstruktion an und Kampf bis aufs Messer gegen die Regierung, den Feind der „schaffenden Arbeit“. Reichstag und Regierung wurden durch den Born des göttlichen Helben natürlich in größtem Schreck versetzt. Minister Müller fand den richtigen Ausdruck für die ungetriebene Heiterkeit der Zuhörer. Nachdem Graf Schwerin-Löwis in parlamentarischer und diplomatisch vorsichtiger Form wiederholt hatte, was der Führer der agrarischen Revolutionäre frei herausgesagt hatte, kam Genosse Bernstein zum Wort.

Er weiß aus eigener Erfahrung aus der Zeit, da er noch junger Angestellter einer Bank war, daß es dieselben Leute sind, die öffentlich am heftigsten auf die Börse schimpfen und heimlich mit ihr am intimsten verbunden sind. Er wies das pharisäische Treiben zurück, das sich darin gefällt, auf die Unsitlichkeit des Börsenspiels zu rasionieren und dabei die Kennwörter, die Lotterie usw. zu empfehlen. Nachdem er so persönlich die kapitalistischen Börsenfeinde gekennzeichnet hatte, zeigte er, daß sachlich die von ihnen vorgeschlagenen gesetzlichen Maßregeln völlig unwirksam sind. Der Termindhandel hat zu einer Zeit, wo die gewaltige Kapitalkonzentration es den großen Finanzmagnaten erlaubt, durch Effektivankäufe die Preise in höchstem Maße zu beeinflussen, überhaupt nur geringe Bedeutung. Andererseits drängt dieses Verbot die Spekulation in das Kaffageschäft, legt dadurch große Kapitalien fest und erhöht den Zins zu Lasten des arbeitenden Volkes. Können wir uns demnach für die agrarischen Heilmittel gegen die Börsenspekulation nicht begeistern, so erscheint uns diese doch keineswegs als eine wünschenswerte Art der Preisfestsetzung. Die Börsenherrschaft stellt zugleich die Beherrschung großer Arbeitermassen durch mächtige Kapitalisten dar. Das bekämpfen wir auf dem Wege, den die wissenschaftliche Erkenntnis uns gelehrt hat, auf dem Wege systematischer Vorbereitung der Ueberführung immer weiterer Industriezweige in den Betrieb der Gemeinschaft.

So sachkundig unser Redner gesprochen hatte, so sehr blamierte sich durch seine erstaunliche Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse der einzige und offizielle Redner der größten Reichstagsfraktion, der Centrums-Abgeordnete Bur Lage. Er berechnete die Umsätze an der Berliner Börse nach den Getreidemengen, die zu Schiff oder per Eisenbahn nach Berlin gebracht werden und vergaß vollständig, daß an der Berliner Börse in unendlich vielen Fällen Getreide effektiv verkauft wird, das an anderen Orten lagert.

Nachdem Herr G a m p ungefähr den Standpunkt vertreten hatte, den sein Fraktionskollege v. Kardorff dargelegt hatte, ergriff zu einer zweistündigen Dauerrede das Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, Herr Bankdirektor M o m m s e n, das Wort. Er ging auf so viele Einzelheiten ein, daß die Mitglieder des Hauses, die nicht gesprochen hatten, oder nicht mehr die Absicht hatten, das Wort zu nehmen, schleunigst

dabonliefen. Auch der Handelsminister Müller, der schon am Vormittag mit stoischer Ruhe die Wünsche sämtlicher schlesischer Abgeordneten mitangehört hatte, verließ wenigstens zeitweise den Saal. Dabei waren in der Rede des Herrn Mommsen mindestens zwei Bemerkungen interessant und neu. Die Mitteilung, daß beim Reichsgericht alle Vorfälle einem Senate überwiesen werden, um von einander abweichende Urteile zu vermeiden, wirft ein merkwürdiges Licht auf das Rechtsgefühl der Justizverwaltung und ist ein Lohn auf die reichsgesetzliche Bestimmung, daß bei abweichenden Urteilen der verschiedenen Senate eine Plenarsitzung des gesamten Reichsgerichts stattzufinden hat. Gegenüber dem Vorwurf, daß die Bankdirektoren unmäßig hohe Einkommen hätten, ein Vorwurf, den er ja nicht gut als unbegründet bezeichnen konnte — wies Herr Mommsen auf die großen Einkommen der Großgrundbesitzer hin und gestand zum Schluß ganz naiv, daß hohes Einkommen ja in der heutigen Gesellschaftsordnung nur ein Ruhm sein könne.

Die Beratung des Börsengesetzes wurde nochmals auf Sonnabend vertagt. —

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus übertvies am Freitag auch die dritte wasserwirtschaftliche Meliorationsvorlage, den Gesetzentwurf betr. die Verbesserung der Vorflut in der untern Oder, Havel und Spree, an die Kommission. In der Debatte kamen hauptsächlich die Vertreter der von diesen Flüssen berührten Kreise zu Worte; sie erklärten im wesentlichen ihre Aufgabe darin, für eine Herabsetzung der von den Interessenten geforderten Beiträge zu sprechen. Von allgemeiner Bedeutung war nur die Rede des Abg. v. Armin (L.), der keinen Zweifel darüber ließ, daß die Konservativen nach wie vor Gegner des Kanals sind, daß sie zwar die Meliorationsvorlagen annehmen, aber das Schicksal des Kanals noch weiter in der Schwebe lassen wollen. Die Herren sind eben zu schlaue Geschäftsleute, als daß sie ein so wichtiges Kompensationsobjekt leichtem Kaufes aus der Hand geben.

Die letzte Meliorationsvorlage, der Gesetzentwurf betr. Maßnahmen zur Regulierung der Hochwasser, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder, wurde nicht mehr zu Ende beraten. Die Debatte ist auf Sonnabend vertagt. Außerdem stehen kleinere Vorlagen zur Beratung. —

Die neuen Herrero-Kredite

für die Entsendung neuer Verstärkungen für Südwestafrika sind heute bereits in der Budgetkommission des Reichstages angehängt worden. Daß sie, so bedeutend sie auch sein mögen, auch vom Reichstag bewilligt werden, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Die bürgerliche Presse hat sich ja über die Entündigung dieser neuen Forderungen durch das regierungsoffizielle Scherblatt nicht im geringsten echauffiert. Ein Teil dieser Presse hat sogar die Regierung angefeuert, ja nicht zu wenig zu fordern! Ganz bedeutende Verstärkungen forderte z. B. auch die „Deutsche Tages-Zeitung“. Das Blatt polemisiert nur gegen die Regierung, daß sie sich völlig kritlos auf die Bedarfschätzungen der leitenden Kreise in Südwestafrika verlassen habe, statt sofort die nötige Zahl von Mannschaften nach dem Kriegsschauplatz zu entsenden. Das Blatt schließt:

„Wäge man nunmehr das, was man bisher leider veräußert hat, mit umso größerer Energie nachholen! Sonst wird die politische und moralische Verantwortung immer schwerer.“

Dem agrarischen Blatt kommt es also auf 1000 Mann mehr nicht an. Tausend Mann mehr kosten uns zwar zehn Millionen mehr, allein das Geld wird ja nicht von den frohdachlickenden Junkern bezahlt, die sich um so vergnügter die Hände reiben, je mehr die Steuer-schraube, selbstverständlich in Gestalt indirekter Steuern, angezogen wird.

Die „Post“ ist natürlich erst recht mit einem Akhalfeldzug eng gros einverstanden. Nachdem sie die Kriegssituation — leider nur zu richtig — dahin gekennzeichnet hat, daß nicht nur ein „vollständiger Stillstand“ der Vorwärtsbewegung eingetreten sei, sondern daß man sogar blutig errungenen Stellungen wieder habe aufgeben müssen, fährt sie fort:

„Es ist klar, daß Deutschland vor die Notwendigkeit gestellt ist, neue Truppen hinauszusenden, über deren Zahl naturgemäß noch nichts verlautet. Doch dürfte die Nachricht einiger Blätter, daß es sich dabei um 2000 Mann handeln dürfte, eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein. Es gilt jetzt durchaus unsre Autorität wiederherzustellen, und es steht zu hoffen, daß auch der Reichstag in einer so wichtigen, unsre nationale Ehre berührenden Frage nicht verlogen wird. Hier gilt es zu zeigen, ob wir weiter unsre Stelle unter den kolonisierenden Völkern einnehmen wollen, oder ob wir auf das, wenn auch nicht herborragend gute Stück, das bei der Verteilung der Erde auf uns gefallen ist, verzichten wollen.“

Das Blatt hält es also für selbstverständlich, daß mehr als 2000 Mann neuer Truppen nach unsrer südwestafrikanischen Sand- und Lypus-Kolonie entsendet werden. 3000 Mann sind bereits abgeschickt worden, noch weitere 3000 werden folgen! Die Kosten werden ins abenteuerliche anschwellen!

Und je mehr Truppen wir nach Afrika schicken, desto reichere Leute werden Lypus, Malaria und andre Epidemien unter ihnen halten können! Zwar endet im Mai die Regenzeit, aber damit wird das Klima nicht gesünder. Unsrer Truppen werden dann weniger unter Sumpfmiasmen, aber desto mehr unter der Hitze am Tage und den Frösten der Nächte zu leiden haben. Pflegt doch die Temperatur am Tage auf 40 Grad Celsius zu steigen, um nachts zuweilen unter den Nullpunkt zu sinken.

Solche Temperaturkontraste müssen natürlich auf den daran nicht gewöhnten Organismus verheerend wirken. Die Liste der Kranken und Invaliden wird deshalb im Laufe des Feldzugs gewaltig anschwellen!

Und ob man durch das kriegerische Massenaufgebot auch nur erreichen wird, was man zu erreichen hofft? Der „Reichsbote“, der jedenfalls die Ansicht landeskundiger Missionäre wiedergibt, meint sehr skeptisch:

„In China war es immer noch eher möglich, eine größere Truppe zu erhalten, da es ein wenigstens halb zivilisiertes Land ist; aber in Südwestafrika handelt es sich um ein völlig unentwickeltes, wüstes, wildes Land, und die Feinde haben sich gerade in die schlimmsten Gegenden zurückgezogen, wo wohl sie selbst, aber nicht die Europäer existieren können. Die Erhaltung eines größeren europäischen Heeres ist dort gar nicht möglich.“

Wir werden ja sehen, welche Menschenopfer und der Krieg kosten und was man damit ausrichten wird. Wir Deutschen sind nun einmal eine „weltpolitische“ Macht geworden und müssen deshalb auch unser Tonkin oder Adua haben. Vielleicht finden wir's in Senegalkriege!

Deutsches Reich.

Eine Kaiserrede. Der Kaiser hat auf der Heimreise nach Berlin auch in Karlsruhe Station gemacht. Beim Empfang richtete der Oberbürgermeister Schmeidler an ihn eine Ansprache, in der er die Geschicke in Südwestafrika und Ostafrika streifte. Der Kaiser erwiderte darauf:

„Mein lieber Herr Oberbürgermeister! Zunächst ist es mir eine liebe Pflicht, für den freundlichen Empfang zu danken, der mir hier zu teil geworden ist. Ich hätte geglaubt, meiner Pflicht nicht zu genügen, wenn ich auf meiner Rückreise hier nicht Einkehr gehalten hätte bei meinen teuren Verwandten und um zugleich auch den Beweis meiner vollständigen Heilung zu erbringen. Der freundliche Empfang der hiesigen Bevölkerung reißt sich würdig an die vielen schönen Empänge, die ich in Italien gefunden habe. Ich habe dort jene schönen Küsten besucht, wo einst die Stauffer weilten, deren Andenken noch heute hochgehalten wird. Manche an mich gerichteten Ansprachen und Depeschen und manches Denkmal der Kunst ließ vor meinen Augen die Zeit Friedrichs II. wieder erstehen. Sie haben richtig erwähnt, daß die Aufgabe des deutschen Volkes eine schwere ist. Denken wir an die große Zeit, die das deutsche Volk zusammengebracht hat, an die Kämpfe von Borth, Weisenburg und Sedan, und denken wir an den Jubelsturm, mit welchem der Großherzog von Baden den ersten Deutschen Kaiser begrüßte! Das wird in uns die Heberzeugung festigen, daß Gott uns helfen wird, auch über den inneren Parteihader hinweg zu kommen. Die Ereignisse, welche die Welt bewegen, sollten dazu führen, den inneren Zwiepakt vergessen zu machen. Ich hoffe, daß unser Friede nicht gefährdet werden wird, und daß die Ereignisse, die wir vor unsen Augen sich abspielen sehen, dazu angethan sind, die Geister auf eine Linie zu lenken, das Auge klar zu machen und den Mut zu stärken und uns einig zu finden, wenn es notwendig werden sollte, in die Weltpolitik einzugreifen.“

Schon vor Monaten hieß es, daß der Kaiser von der Stimm-Lippenoperation völlig geheilt sei, und es fällt daher auf, daß er jetzt noch von der Erbringung des Beweises seiner vollständigen Heilung spricht. Was der Kaiser politisch über die schwere Aufgabe des deutschen Volkes sagte, löste weniger freudig und kann Bedenken erregen, wenn es mehr als der Ausdruck vorübergehender Stimmung ist.

Der Vergleich des Kaisers zwischen der großen Zeit, die das deutsche Volk zusammengebracht hat, und dem inneren Parteihader, der ihm mißfällt, übersehen, um das nicht ungelagt zu lassen, daß der Parteihader, soweit er historische Bedeutung hat, die größere Zeit erstreckt, in der das erreicht wird, was in der „großen Zeit“ freiwillig verloren ging: die freiwillige Ausgestaltung Deutschlands; jede Parteilichkeit, die dieses Ziel vorbereiten, ist ein Borth ohne Wertvergleich, ein Weisenburg ohne militärische Belastung, ein Sedan der Kultur.

Auf diese größere Zeit, die im Parteikampf errungen werden muß, deutet der Kaiser nicht. Er denkt vielmehr an nähere Schwierigkeiten in der Gestaltung der internationalen Verhältnisse. Es mag sein, daß die heisse Verbrüderung Italiens mit Frankreich dem Kaiser auf seiner Reise zur Sorge Anlaß gab, es mag sein, daß die russischen Niederlagen ihn beschwerten, — jedenfalls klingt die Friedenshoffnung kaum so wenig hoffnungslos als jetzt. Nach allem, was bisher der Reichskanzler und was die offiziellen Regierungsblätter gesagt haben, ist Deutschland bei den jetzigen Ereignissen in Disposition fern vom Schuß und soll es bleiben. Wenn der Kaiser nun auffällig an die Notwendigkeit denkt, daß Deutschland aktiv in die „Weltpolitik“ eingreifen muß, so muß dagegen gesagt werden, daß das deutsche Volk eine Politik fordert und als die allein seinen Interessen entsprechende ansieht, die ein unendlich gefährliches und gänzlich ungeschickliches „Eingreifen in die Weltpolitik“ ausschließt. Es werden sich die Deutschen finden, die aus den kaiserlichen Anweisungen Anlaß zu vermehrter Flottenagitation nehmen, und sie mögen vielleicht die Lösung auflesen: Die Flotte über den Parteihader! Aber die Geister lassen sich auf diese eine Linie nicht führen, am wenigsten in der Zeit, da Südwestafrika ein kleines Vorbild giebt von den Lieblüchtern, die aus der Weltpolitik entstehen. Von Südwestafrika, das Oberbürgermeister Schmeidler erwähnte, hat der Kaiser nichts gesagt.

Immunitätsbruch. Mit der Frage der Immunität der Reichstags-Abgeordneten hat sich am Donnerstag die Geschäfts-Ordnungs-Kommission des Reichstages beschäftigt. Ein dänischer Wahlmann wurde, als er seinem Mißfallen über eine antibanische Demonstration Ausdruck gab, von Mitgliedern des „Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig“ überfallen und mißhandelt. Dieser Vorgang war im „Hensborg Avis“ als ein „Skandal“ bezeichnet worden. Gegen die Angeklagten wurde keine Anklage erhoben, wohl aber leitete der Staatsanwalt, da von Mitgliedern des Vereins beim Staatsanwalt ein Antrag auf Strafverfolgung gegen den Reichstags-Abgeordneten Jessen als vermeintlichen Verfasser des Artikels im „Hensborg Avis“ gestellt war, die Untersuchung gegen Jessen ein, obgleich die Session fortwährende (Ermittlungslage Jessen). Die Hausdurchsuchung fand am 17. März statt, am 18. März wurde ein schleimiger Antrag im Reichstage eingebracht, das Verfahren einzustellen, den am 19. März der Reichstag genehmigte. An demselben Tage wurde in dieser Sache gegen den verantwortlichen Redakteur E. Christensen Anklage erhoben. Der Staatsanwalt entschuldigte die Hausdurchsuchung damit, sie sei nicht gegen Jessen, sondern gegen einen „unbekannten Verfasser“ vorgenommen; in solchem Falle aber könne auch bei einem Reichstags-Abgeordneten während der Session eine Hausdurchsuchung vorgenommen werden. Einstimmig war die Geschäftsordnungs-Kommission der Meinung, daß die Hausdurchsuchung unbedeutend war. Es wurde deshalb beschlossen, den Reichskanzler um Einforderung aller Akten zu erlangen.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ sagt zu diesem Verfahren des Staatsanwalts: „Wenn diese Auffassung richtig wäre, so würde der Grundgedanke der Immunität der Abgeordneten immer durchbrochen werden können. Der Staatsanwalt würde lediglich ein Ermittlungsverfahren gegen „Unbekannt“ einzuleiten brauchen, um allerhand Maßnahmen gegen einen immunen Abgeordneten treffen zu können. Das widerspricht ohne Zweifel dem Geist der Verfassung, und die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages hat unser Erachten vollkommen richtig gehandelt, wenn sie einstimmig ihrer Heberzeugung dahin Ausdruck gab, daß die Hausdurchsuchung unbedeutend und das Schreiben des Staatsanwalts auflassend sei, und wenn sie bei der Wichtigkeit der Angelegenheit den Reichskanzler ersuchte, alle Akten infordern zu lassen. Wir behandeln die Angelegenheit deshalb an dieser Stelle, weil wir es für geboten

erachten, daß in einem solchen Fall nicht nur die demokratische und liberale Presse, sondern die gesamte deutsche Presse Front macht gegen den Versuch, ein verfassungsmäßiges Recht der Abgeordneten indirekt zu beseitigen oder illusorisch zu machen.“

Regierungsberatungen über das Festschließen. Der „National-Zeitung“ wird aus Dortmund telegraphiert:

„Im Sitzungssaale des Stadthauses begannen unter Zugiehung der zuständigen Verwaltungsbehörden und beteiligten Interessenten die Verhandlungen betreffend Untersuchung der durch den Verlauf verschiedener Feste im Ruhrgebiete geschaffenen Verhältnisse.“

Die betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Feste, deren Verlauf feststeht, die Fragen, ob und welche Einwirkungen der Verlauf auf die Verhältnisse der Bergarbeiter, der Gewerbetreibenden und Gemeinden ausüben wird, wurden in eingehendster Weise erörtert. Im Anschluß an die Konferenz werden auf einer Reihe von Feste in die Frage kommenden Verhältnisse an Ort und Stelle Freitag und Sonnabend geprüft werden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird voraussichtlich schon bei der Beratung des Antrages von Savigny und Genossen zu § 65 des Allgemeinen Vergegesetzes zur Kenntnis des Landtages gebracht werden.“

Bei dem inneren Verhältnis zwischen Regierung und Kohlenindustrie läßt sich voraussagen, daß das Ergebnis die heillose Profitpolitik des Syndikats nicht stören wird.

Unre Beziehungen. Da es nun einmal entdeckt ist, nicht es doch nichts, die heille Sache trotzschwächen, und so müssen wir wohl oder übel von einer Enttötung der jesuitenfächtigen „Täglichen Rundschau“ Kenntnis nehmen. Wie nämlich die Vorkenntnisse, so ist auch die „Tägliche Rundschau“ mit der Rede unseres Genossen N. Schmidt über die Vorkenntnisse nicht zufrieden. Sie meint, die Socialdemokratie schimpfe nicht genug auf die Börse und sie erklärt sich diese Zurückhaltung wie folgt:

„Die Socialdemokratie ist ja in dieser Frage in einer höchst fatalen Situation; als geschworene Kapitalistenfeindin müßte sie natürlich laut gegen jede Vorkenntnisse wie gegen die Börse überhaupt donnern; das erlaubt aber „Genosse“ Singer nicht, das erlaubt auch die herühnte „Nordische Wasserlante“ und die „Eiserne Maske“ nicht, und so schiedte man Herrn Schmidt (Berlin) vor, eine in weitesten Kreisen unbekante Vorkenntnisse.“

Wir gestehen zu: Singer hat's in der That verboten. Die Nordische Wasserlante ist die Hamburger, die Eiserne Maske die Frankfurter Börse. Aber die „Tägliche Rundschau“ hat noch nicht alles erfahren. Die unter dem irreführenden Titel eines „Vorkenntnisse“-Leberchusses gebuchten Summen stellen in Wahrheit die Quartals-Sammlungen der Berliner Börse dar. Ein ganz besonders interessantes Geheimnis aber steckt hinter dem „Mann im Monde“. Das ist nämlich der — preuhische Geheimfonds, aus dem die Regierung, die ja die Vorkenntnisse eingebracht hat, seit Jahren und geipfelt hat, damit die Socialdemokratie ihr in ihrer Vorkenntnisse-lichkeit gegen die Agrarier bestehe. Die „Vorkenntnisse“-Redaktion fand diese Beziehungen anfangs ein wenig bedenklich, da aber Singer befahl, mühten wir natürlich uns fügen. So erklärt sich die Haltung der Socialdemokratie. Herr v. Kardorff soll doch auf seine alten Tage seine Freunde an der mit solchen ihm seelenverwandten Beziehungen ausgestatteten Socialdemokratie haben!

Königsberg i. Pr., 20. April. Der „Königsberger Volkszeitung“ zufolge wurde heute der Socialdemokrat Klein-Nemel ebenfalls aus der Untersuchungshaft gegen Kaution von 1000 M. entlassen. In Untersuchungshaft wegen Geheimbündelei befindet sich jetzt nur noch Angel; der Antrag, ihn aus der Haft zu entlassen, wurde vom Gericht abgelehnt.

Urteile, die zu Vergleichen herausfordern.

Wegen tödlichen Angriffs auf einen Vorkenntnisse und Beharren im Ungehorsam hatte sich vor dem Kriegsgericht der 38. Division in Erfurt der Glasbläser Otto Müller-Stieglitz aus Laufcha von der 9. Compagnie, Regiment Nr. 95 in Coburg zu verantworten. Am Sonntag, den 20. März stand der Angeklagte mit einigen Kameraden und Wädchen vor der Kaserne und alle unterhielten sich laut. Der Wachhabende forderte die Soldaten auf, in die Kaserne zu gehen. Während die andern Soldaten dem Befehle nachkamen, ließ der Angeklagte davon. Der Unteroffizier Wälther hielt den Davonlaufenden fest und bei dieser Gelegenheit will er von dem Angeklagten mit der Faust einen Schlag gegen das Kinn erhalten haben, daß ihm die Zähne klapperten. Der Unteroffizier Wälther sagt unter Eid aus, er habe die Heberzeugung, daß der Schlag vorzüglich geführt worden sei. Außer dem Unteroffizier hat von diesem Schläge niemand etwas bemerkt. Der Angeklagte bestreitet, den Schlag absichtlich geführt zu haben. Sie seien beide, weil er sich losreißen wollte, gefallen und nur dadurch sei es erklärlich, daß der Unteroffizier getroffen worden sein könnte. Daß beide gefallen sind, stellt auch der Unteroffizier nicht in Abrede. Weil ein milderer schwerer Fall vorliegt, beantragt der Vertreter der Anklage 1 Jahr und 4 Monate Gefängnis. Das Urteil des Gerichts lautet auf 1 Jahr und 2 Monate Gefängnis.

Im zweiten Falle verurteilte dasselbe Kriegsgericht den Unteroffizier und Bataillonschreiber Hermann Schwarz von der 5. Compagnie Regt. Nr. 96 (Gera) wegen Unterschlagung in 14 Fällen, Urkundenfälschung in 6 Fällen, Unterdrückung von Privaturkunden in 3 Fällen und Ungehorsam gegen Vorkenntnisse in 5 Fällen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und Degradation und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Sämtliche Straftaten waren in Dienste begangen.

Man erinnere sich aber auch des Urteils in Nr. 93 „Elf minder schwere Fälle“ desselben Gerichts. Elf minder schwere Fälle begangen von einem Unteroffizier — sechs Wochen Mittelarrest. Ein minder schwerer Fall begangen von einem Gemeinen — 1 Jahr 2 Monate Gefängnis.

Die Wahl als großer Unfug. Zum Unterschied von dem Abrechnungsbefehl gegenüber der Demunziation von Hildorfer Wahlmännern ist in Proterode ein Wähler bestraft worden, weil er bei der Landtagswahl einem entmündigten Wanne seine Stimme gegeben hat.

Wenn das große Unfug ist, so ist das ganze preuhische Wahlsystem mit weit größerem Recht als großer Unfug anzusehen und die für die Ausschreibung der Wahl verantwortlichen Minister sind jedesmal zu bestrafen, weil sie die Öffentlichkeit durch ein solches ungeschickliches System beunruhigen.

Ein Zeitungsfabrikant. Wir haben gestern berichtet, daß Genosse Dent von der Mecklenburgischen „Volkszeitung“ zu einem Monat Gefängnis wegen Beleidigung des liberal-konserver-agrarischen „Wollings-Verlegers“ Gold — des Keinen Scherl von Postol — verurteilt wurde.

Gold hat sich, wie erinnerlich, gegen die Pflicht seines Standes dadurch großlich vergangen, daß er, um die Verfälschung eines ihn angeblich beleidigenden Artikels zu ermitteln, unter Genossen Groth in ein Zeugnisabgabe-Verfahren gedrängt. Außerdem hat er als Zeugen über die vermutete Verfälschung die beiden Besitzer der „Volkszeitung“ und zwei Seker laden lassen.

In der Verhandlung wurde auf eine Bestimmung der Goldischen Arbeitsordnung hingewiesen, die lautet: „Die beschäftigten Personen sind verpflichtet, den Anordnungen des Prinzipals und seiner Vertreter in Beziehung auf die ihnen übertragenen Arbeiten und Betriebsanordnungen Folge zu leisten und über alle im Geschäft vorkommenden Arbeiten strengstes Schweigen zu beobachten. Jeder Vertrauensbruch wird mit sofortiger Entlassung bestraft.“

Trotzdem verurteilte Herr Gold, die Arbeiter der „Volkszeitung“ zu solchem Vertrauensbruch zu verurteilen!

Was wird die Ständeorganisation der bürgerlichen Verleger gegen den Mann unternehmen? —

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar. (Eig. Ber.) Die geplanten Waisenzüge sind nunmehr in allen Orten des Landes verboten. — In Jena ist sogar den Arbeitern die Abhaltung eines Konzerts im Walde, an der Stelle wo Goethe das Lied dichtete: „Ueber allen Gipfeln ist Ruh“ vom Oberförster nicht genehmigt. Die Jenaer Arbeiter gehen nun einige Schritte weiter und halten ihr Waldkonzert im „Auslande“ ab.

Die diesjährige Landeskonferenz der socialdemokratischen Partei im Großherzogtum Sachsen findet am 21. Juli in Eisenach statt. —

Ausland.

England.

Der Londoner Grafschaftsrat und die Kriegstragpfe. Das Angebot des Kriegsministeriums, ein im Doeren-Krieg erobertes Krupp-Geschütz zur Aufstellung auf einem öffentlichen Platz zu überlassen, ist vom Londoner Grafschaftsrat in einer an interessanten Erläuterungen reichen Beratung abgelehnt worden. Das Ratsmitglied Dolman bezeichnete es als eine unsichere Politik, daß die Stadt London ein Geschütz zur Schau stellen wolle, das man ehemaligen Gegnern abgenommen habe, die jetzt „Mitbürger des Britischen Reiches“ seien. Das Mitglied Taylor von der Arbeiterpartei fragte, ob man die Erinnerung an den ungerechtesten Krieg, die Hinmordung von 40000 Frauen und Kindern in den Konzentrationslagern, den Tod von 25000 englischen Soldaten und die Verbrennung von Farmen zum Vergnügen Chamberlains bereuigen wolle. Sir William Richmond mißbilligte die Absicht, einem friedlichen Volke Kriegsgeräte hinzustellen, die zur Einschlagung seiner Soldaten und der eines Landes, das ebenso gut wie England selbst sei, verwendet wurden. Nach dieser Neben wurde das Geschütz des Kriegsministeriums mit 74 gegen 40 Stimmen abgelehnt. —

Norwegen.

Skandinavien Neutralität. In der Storkings-Sitzung am Mittwoch richtete der Abgeordnete N. Hanjen an die Regierung die Frage, welche Maßnahmen sie getroffen habe aus Anlaß der Forderung des Storkings zum Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen mit andern Ländern, namentlich mit den Nachbarländern, sowie zu einer permanenten Neutralitätsklärung. — Staatsminister Hagerup antwortete: Verhandlungen über Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen seien mit zehn verschiedenen Ländern eingeleitet und man hoffe, ein Resultat zu erzielen. Hinsichtlich der Neutralitätsfrage wolle er erklären, daß die Regierungen der drei nordischen Länder ein Uebereinkommen über gemeinsame Neutralitätsregeln getroffen haben, und er hoffe, daß dies zur Grundlage für eine permanente Neutralitätsklärung dieser Länder dienen könne. —

Rußland.

Mai-Vorbereitungen. Streiks.

Russisch-Polen. Warschau, 25. April (Eig. Bericht). Unse Stadt hat schon seit mehreren Tagen ganz das Aussehen, wie wenn wir unter dem Belagerungsstand lebten: es sind dies die Mai-Kämpfe der Jarenregierung. Bei hellem Tage traben herrliche Patronen durch die Straßen, auf Schritt und Tritt blühen die weiß-schwarzen Uniformen. — Die Agitation geht trotzdem mit Munterkeit und Eifer vorwärts. Keulich hat die Socialdemokratie — da größere Arbeiterversammlungen bei der verdoppelten Wachsamkeit der Polizei undenkbar sind — mehrere kleine zu 50-60 Personen abgehalten, die alle den glücklichsten Verlauf hatten. Den Arbeitern glänzen förmlich die Augen vor Begeisterung, wenn man über die Mai-Demonstration spricht. Natürlich bildet jetzt der Krieg und der Kampf mit dem Absolutismus das Leitmotiv der Agitation.

Anfangs ist ein Streik der Lötzer mit teilweisem Erfolge (Lohnhöhung über 1 M. pro Dfen) beendet worden. Jetzt stehen die Barshauer Maurer im Streik; Hauptforderungen sind: Abschaffung der Accordarbeit und Lohnhöhung. Beide Streiks sind von der Socialdemokratie Russisch-Polens geleitet. —

Amerika.

Die Kosten des Imperialismus. Im Senat schätzte Gorman die bewilligten Kredite und die während der laufenden Session eingegangenen Verpflichtungen auf achtundzwanzig Millionen Dollar, abgesehen von den auf den Panamanal entfallenden Summen, und schrieb die jämmerliche Vermehrung der Ausgaben dem Ehrgeiz des Präsidenten Roosevelt zu, der aus den Vereinigten Staaten eine Weltmacht schaffen wolle. Gorman erklärte, es werde unmöglich sein, in dieser Richtung fortzufahren, ohne die Steuern zu vermehren. Culbertson war der Ansicht, daß die Ausgaben für das Heer der Vereinigten Staaten im abgelaufenen Jahre um 32 Millionen Dollars höher waren als die Englands, ausschließlich der Ausgaben für den süd-afrikanischen Krieg, als die Deutschlands um 101 und die Frankreichs um 139 Millionen. Nach seiner Meinung würden die Heeresausgaben der Vereinigten Staaten einschließlich der Pensionen im Jahre 1905 die Höhe von 387 Millionen erreichen. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Das Wladivostok-Geschwader entkommen.

Wladivostok, 20. April. Das Kreuzergeschwader unter der Flagge des Admirals Jessen, bestehend aus den Kreuzern „Rossija“, „Gromoboi“, „Vogathr“ und „Kuril“ ging am 23. April bei Tagesanbruch in See. Der Kreuzer „Kuril“ kehrte am nächsten Tage zurück, während die übrigen Kreuzer am 25. morgens ungefähr fünf Meilen vom Nuchteingang vor Gensan erschienen und stehen blieben. Admiral Jessen sandte zwei Torpedoboote unter den Lieutenants Pochl und Maximow zur Nacht. Als diese um 11 Uhr morgens in die Nacht einliefen, fanden sie den japanischen Handelsdampfer Sojo Maru von etwa 500 T. Raummehhalt. Ein gegen dreißig Mann starkes Kommando erhielt Befehl, sich an das Ufer zu begeben. Kommandeur Maximow nahm darauf die Papiere und Plagen des Handelsdampfers an sich und bohrte ihn durch ein Torpedo in den Grund. Daraus kehrten die Torpedoboote zum Geschwader zurück. Die Expedition nach Gensan hatte gegen vier Stunden gedauert. An demselben Tage waren aber bei Tagesanbruch von dort vier japanische Torpedoboote zurückgekehrt; die russischen Torpedoboote kehrten wohlbehalten nach Wladivostok zurück. In späterer Nacht des 26. trat das Geschwader die Fahrt an und legte in 22 Stunden 300 Meilen zurück. Am 26. Abends 6 Uhr kam ein japanischer Handelsdampfer mit Kriegsvorkrätern in Sicht. Nachdem von der Mannschaft 15 Koreaner und 12 Japaner aufgenommen waren, wurde der Dampfer mit einer Schießbaumwoll-Patrone in den Grund gehöhrt, welche Lieutenant Solominow von Gromoboi in die Maschine gelegt hatte.

Nachts 11 Uhr wurde etwa 12 Meilen von der Wladivostok-Station der große japanische Dampfer „Kinsiu Maru“ von 6000 Tonnen Gehalt an Kohlen gefangen. Derselbe hielt das russische Geschwader für ein japanisches und gab das Signal: „Ich führe Euch Kohlen zu.“ Russischerseits erfolgte das Antwortsignal: „So fort halt machen.“ Als das Kommando des Transportdampfers seinen Irrtum erkannte, fügte es zu den Schuppen und Dampfmaschinen und versuchte, auf ihnen zu entkommen, doch die russischen Dampfplutten nahmen alle gefangen. Auf dem Transportdampfer wurden vier 47-Millimeter-Geschütze vorgefunden. Leute der Besatzung wurden anfänglich an Bord nicht bemerkt, dann aber in einer verschlossenen Kabine sechs Infanterie-Offiziere entdeckt, welche ohne Widerstand auf den Kreuzer „Kuril“ übergeführt wurden. Weiter fanden die Russen 130 Infanteristen, die sich weigerten,

fig zu ergeben. Der Admiral, welcher etwa acht
Kabellängen entfernt war, sandte den Befehl zu,
den Transportdampfer zu verlassen. Japanische Infanterie
feuerte und verwundete einen Matrosen und den
Steuermann. Hierauf wurde der Transportdampfer
durch eine mechanische Mine und einige Schiffe
in den Grund gehohlet. Die Japaner stellten das Feuer nicht
ein und machten keine Rettungsversuche, obwohl sie über eine
Schaluppe verfügten. Sie schossen weiter, bis die Fluten über dem
Schiffe zusammenstürzten. Außer Geschossen und Probiand hatte der
Dampfer für Admiral Kalamura gegen 2000 Tonnen Kohlen an Bord.
Gefangen genommen wurden 183 Mann, darunter
17 Offiziere und einige Personen, deren Stand noch
nicht festgestellt werden konnte. Die Gesamtzahl der Ge-
fangenen beträgt 210. Am Abend des 27. April kehrte das
Kreuzergeschwader glücklich nach Wladiwostok zurück. Die Gefangenen
wurden am 28. April an Land gebracht und sofort mit der Bahn
nach Nikolai im Ussurigebiet befördert. Gerüchten zufolge nahm zur
selbigen Zeit ein aus zehn Schiffen bestehendes japanisches Geschwader
Kurs auf Wladiwostok, erreichte dasselbe aber nicht infolge dichten
Nebels. Der drahtlose Telegraph übergab verständliche Worte und
Ziffern, welche, wie sich später herausstellte, zwischen japanischen
Schiffen gewechselt worden. Unter den gefangenen Japanern
war ein Oberst und ein Oberoffizier vom General-
stab; unter den gefangenen Soldaten mehrere, welche vor
dem Krieg in Wladiwostok ein Handwerk betrieben hatten.

Ueberschreitung des Jalu durch die Japaner?

London, 20. April. Dem Reuterschen Bureau wird aus
Shanghai gemeldet, dort gebe das Gerücht, daß die Russen
nach weitläufigem Kampfe das Jalu eine Niederlage
erlitten hätten. Die Japaner hätten den Fluß überschritten
und die Russen hätten sich zurückgezogen.

Tokio, 28. April. Der Kommandant der japanischen
Flottenabteilung, die am 25. April in die Mündung des Jalu
einlief, berichtet: Als die Schiffe den Jalu hinaufführten, eröffnete
feindliche Artillerie von dem Hongampfo gegenüberliegenden Ufer
Feuer auf die Schiffe, aber ohne irgendwelchen Erfolg; ebenso er-
schien russische Kavallerie, die sich aber zurückzog, als unsere Abteilung
auf sie schoß. Am 28. April feuerten ungefähr 100 Mann russischer
Kavallerie auf unsere Dampfschiffe. Unser Torpedoboot erwiderte
das Feuer und die Russen gingen unter Zurücklassung zahlreicher
Verwundeter hinter einen Hügel zurück. Wir hatten keine Verluste.
Um 5 Uhr nachmittags desselben Tages eröffnete der Feind aus der
Richtung von Anghusan wieder das Feuer, das von uns erwidert
wurde. Nach einer Stunde stellten die Russen die Beschießung ein,
die für unsere Abteilung keine Verluste brachte.

Partei-Nachrichten.

In einer Zusammenkunft der Vertrauensleute, des Wahlvereins-
Vorstandes unter Hinzuziehung der Gruppen- und Bezirksführer des
berliner Wahlkreises (Ost) wurde nachfolgende Resolution
beschlossen und die Vertrauensleute beauftragt, dieselbe im „Vor-
wärts“ zu veröffentlichen und in allen Versammlungen des Kreises
zur Abstimmung zu bringen:

Die Versammelten erklären in der Herausgabe einer social-
demokratischen Montagszeitung durch den Genossen Ed. Bernstein
einen Verstoß gegen die Interessen der Partei.

Wir fordern daher die Genossen auf, oben bezeichnete Zeitung
weder durch Abonnement, noch durch Einzelauftrag zu unterstützen.
Die Vertrauensleute.

Der Parteivorstand und die Berliner Vertrauensleute haben ihre
Ansicht über die neue Zeitungsergründung, die auch die Redaktion des
„Vorwärts“ teilt, in der Erklärung vom 23. d. Mts. geäußert. Da-
nach ist zunächst nur festzustellen, daß Bernsteins Zeitung nicht ein
Partei-, sondern ein Privatunternehmen ist.

Da die Zeitung Bernsteins nicht als ein Konkurrenz-Unternehmen
gegen andere Parteiblätter gelten kann, so könnte die Frage, ob die
Zeitung parteischädlich ist, nur auf Grund ihres zukünftigen Inhalts
aufgeworfen werden.

Partei-Presse. In die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ in Dort-
mund ist der Genosse Friede, bisher Seher in der Druckerei des
Blattes, eingetreten. Genosse Düwel wird nach Verbüßung einer
Strafe, die er jetzt angetreten hat, nicht mehr in die Redaktion
zurückkehren, sondern als freier Schriftsteller thätig sein.

Die achtstündige Arbeitszeit wird vom 1. Mai ab in der Druckerei
der „Rheinischen Zeitung“ in Köln eingeführt. Bisher betrug die
Arbeitszeit neun Stunden. Gleichzeitig werden für die im Be-
rechnen stehenden Seher die Grundpositionen des Tarifs entsprechend
erhöht, so daß ihnen durch die Verkürzung kein Verdienstausfall
entsteht. Ferner werden von jetzt ab jedem Arbeiter jährlich acht
Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. Die Ver-
kürzung der Arbeitszeit entspricht den kürzlich in einer in Berlin
abgehaltenen Partei-Konferenz gefassten Beschlüssen. Die
Druckerei der „Rheinischen Zeitung“ ist ihnen nachgekommen, troy-
dem sie kein Partei-, sondern ein Privatunternehmen ist.

Ein socialdemokratisches Manifest zu den Provinzialratswahlen in Holland.

Der diesjährige Parteitag der niederländischen Socialdemokratie
gab dem Parteivorstand den Auftrag, eine Risikostur für die Haltung
der Parteigenossen bei den bevorstehenden Wahlen zu den Provinzial-
Staaten zu veröffentlichen. Dem entsprechend hat der Parteivorstand
nun ein Manifest an die Abteilungen der Arbeiterpartei erlassen.
Da der Wirkungsbereich der Provinzial-Staaten ein sehr beschränkter
ist, erweisen diese Wahlen im allgemeinen kein großes Interesse bei
der Arbeiterschaft, sind jedoch diesmal von besonderer Bedeutung,
weil durch die Provinzial-Staaten die Renovation der Ersten Kammer
der General-Staaten, das heißt des niederländischen Reichstags, vor-
genommen wird. Die Freisinnigen hoffen nun auf Grund ihres
antiliberalen Programms mit teilweiser Unterstützung durch die
Socialdemokraten ihre Vertretung in den Provinzial-Staaten und
dadurch auch in der Ersten Kammer zu verstärken. Ob und inwiefern
nun unsere Genossen die Liberalen bei Bekämpfung der Liberalen
Reaktion, die im Ministerium Ruypers zur Macht gelangt ist, unter-
stützen können, das ist die Frage, die in dem Manifest beantwortet
wird.

Nach Klarlegung der allgemeinen politischen Situation befaßt das
Manifest:

„Gewiß, wir verstehen es nicht, der Kampf um die Provinzial-
Staaten selbst ist für uns weniger bedeutungsvoll; er erlangt seine
Bedeutung erst durch den Einfluß, den sein Ergebnis auf das
Ministerium Ruypers ausüben kann. Aber unsere Vorwürfe gegen
das Ministerium Ruypers sind ganz andere als die der Liberalen.
Unser hauptsächlichster Vorwurf ist das Auftreten dieses Ministeriums
gegen die Arbeiterorganisationen und die Liberalen haben es dabei
unterstützt, sind mithin schuldig an der reaktionären Politik, die sie jetzt
als verabschiedungswürdig bezeichnen. Die Einmütigkeit der kapi-
talistischen Klasse in ihrer Euth, auf Kosten des Fortschritts, der Frei-
heit und des Rechts der aufstrebenden Arbeiterklasse ihre Uebermacht
im Staate zu gebrauchen, hat in den Apriltagen (Generalstreik) die
Liberalen und Liberalen zu einer Schandthat gegen die
Arbeitervereinigt, wenn wir auch nicht verkennen, daß der
Antrieb hierzu von den Liberalen ausging. Schon aus diesen
Gründen können Socialdemokraten und Liberalen diesmal nicht in
einer Koalition zusammenarbeiten; darum ist nur noch ein Auf-
treten möglich, bei dem unsere Partei ihren eigenen Arbeiterstandpunkt
einnimmt, der sowohl gegen die Liberalen als auch gegen die frei-
sinnigen Vertreter der bestehenden Klassenverhältnisse gerichtet ist.
Wir haben also nach einer Art des Auftretens zu suchen, die es möglich
in X. das Ministerium Ruypers zu schwächen, ohne daß dabei unsere

Partei ihre Selbständigkeit einbüßt und die Propaganda für unsere
Grundsätze geopfert wird. Darum ist es notwendig,
jeden Kompromiß mit anderen Parteien zu ver-
werfen.“

Nachdem somit der Hauptgrund festgelegt ist, werden die
Parteiorganisationen in den verschiedenen Wahlkreisen besprochen,
wobei hauptsächlich auf diejenigen Kreise Bezug genommen wird, wo
unsere Genossen wenig Aussicht haben, eigene Kandidaten durch-
zubringen, aber zwischen Liberalen und Liberalen den Ausschlag geben.
Von einer offiziellen Beteiligung Abstand nehmen, das soll hier
auf keinen Fall geschehen. In der Regel soll die Partei
in diesen Kreisen beim ersten Wahlgang mit eigenen
Kandidaten auftreten und so viele Kandidaten
aufstellen, als Mandate zu vergeben sind. Auf
keinen Fall soll also ein Kompromiß mit den Liberalen geschlossen
werden, selbst da nicht, wo die Genossen beschließen, schon beim ersten
Wahlgang für die Liberalen zu stimmen. Der Gewinn, der durch
einen Kompromiß eventuell erreicht werden könnte, wiegt nicht den
Nachteil auf, den die Verwirrung der Grenzen, wodurch er erkauft
wurde, mit sich bringt. Bei Stichwahlen in Kreisen, wo es sich
um Stärkung oder Schwächung der Regierung handelt, sollen die
Genossen jedoch den Oppositionskandidaten mit aller Kraft unter-
stützen.

„Die Niederlage der Regierungsparteien, aber mit unserer
Hilfe, wird,“ so heißt es am Schluß des Manifestes, „nicht allein
eine Mahnung für jede Regierung sein, mit der Arbeiterpartei zu
rechnen und die Socialdemokratie nicht außerhalb der Gemeinschaft
zu setzen — sie wird auch zur Folge haben können, das drohende
Vollgeheh und andre volksfeindliche Pläne der Regierung nicht zur
Durchführung kommen. Sie wird im allgemeinen ein „Pakt“ zu-
runden der Politik der Reaktion, die in niemanden stärker und
heftiger verlorbert wird, als in dem Haupt der gegenwärtigen
Regierung; sie wird die Verschwendung und innerliche Unwahr-
heit der „christlichen Politik“ ans Licht bringen und eine hoffnungs-
volle Vorbereitung für die allgemeinen Wahlen von 1905 sein.“

Soziales.

Getäuschte Aerzte.

Bei den Unfallstreifungen gehen die Urteile der Aerzte über
den Zusammenhang einer nach dem Unfall unmittelbar auftretenden
Erkrankung mit diesem oft weit auseinander, und es mag zugegeben
werden, daß es schwierige Fälle giebt, wo der Arzt sehr im Zweifel
sein kann, wie weit und ob der Unfall die Erkrankung verursacht hat.
Ueberraschen muß es aber, wenn, wie in der nachfolgenden Sache
geschähtet werden soll, die von der Berufsgenossenschaft angestellten
Aerzte eine schon weit in der Entwicklung fortgeschrittene Krankheit
nicht erkennen mochten, und einen Mann, der Symptome einer
schweren Geisteskrankheit zeigt, für vollständig arbeitsfähig erachten
und die krankhaften Erscheinungen als eine schwere Simulation be-
zeichnen. Der Thatbestand ist folgender:

Der Bergarbeiter Klapper erlitt am 23. Februar 1901 dadurch
einen Unfall, daß er beim Aesfelreimen ungefähr 2/3 Meter herab-
fiel, wobei er sich einen Bruch der linken Rippe und eine 7 Centi-
meter lange Kopfwunde zuzog. Der Verletzte blieb eine Zeitlang
bewußtlos liegen und wurde dann mit Unterstützung seiner Mit-
arbeiter zum Arzt gebracht, der die Aufnahme in das katholische
Krankenhaus zu Bochum verfügte. Hier verblieb der Verletzte neun
Monate lang in Behandlung.

Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus fing nun ein ver-
zweifelter Kampf um die Rente an.

Die Berufsgenossenschaft gewährte dem Verletzten bis zum
5. August 1902 eine 50prozentige Rente und lehnte für die Folgezeit
weitere Entschädigungen ab.

Für die schwebende ärztliche Beurteilung des Zustandes des
Mannes geben wir folgende Auszüge aus den Gutachten wieder:

Am 12. November 1901 schätzt Dr. W., der dirigierende Arzt
des Bochumer Krankenhauses, die Erwerbsbeeinträchtigung des
Mannes auf 50 Proz.; er giebt an, daß die Kopfwunde gut verheilt
sei, nur habe sich beim Patienten seit April dieses Jahres eine be-
schleunigte Herzthätigkeit eingestellt.

Am 13. Januar 1902 bemerkt der Knappschafftsarzt Dr. C.
in seinem Gutachten: Wenn die Kopfverletzung vom 23. Februar
1901 festgestellt werden kann, so muß Klapper als vollständig er-
werbsunfähig vorab bezeichnet werden. Des weiteren wird in dem
Gutachten dargelegt, daß der Patient über Schwindelanfälle klagt,
die er auf seine Schädelverletzung zurückführt.

In einem weiteren Gutachten vom 20. Februar 1902 schildert
derselbe Arzt, daß Klapper nur mühsam und vorsichtig gestützt auf
seinen Stoch fortbewegt; er müsse seinen bisherigen Verdacht,
daß der Patient simuliere, nunmehr nach mehrfach eingehender
Untersuchung fallen lassen und den A. für vollständig erwerbsunfähig
halten.

Einige Tage später, am 22. Februar 1902, konstatiert Dr. W.
ein auffälliges Symptom einer Pupillendifferenz. Die linke Pupille
ist größer als die rechte und reagiert dabei nur sehr mangelhaft auf
Lichteinfall. Dieser Befund ist nur zu deuten als Symptom einer
Schirnnaffektion, die wohl zweifelsohne mit der seiner Zeit erlittenen
Schädelverletzung im ursächlichen Zusammenhang steht.

Am 15. März 1902 glaubt der Augenarzt Dr. Goller die Fest-
stellung machen zu können, daß der Verletzte durch Einträufeln von
Atropin in die Augen einen Täuschungsversuch derart unternimmt,
daß dadurch eine Erweiterung und Startheit der Pupillen eintritt,
also eine Simulation der schlimmsten Art vorliegt.

Witterweise war noch von anderer Seite die Behauptung auf-
gestellt, daß der Verletzte auch Mittel anwende, um die Herzthätigkeit
zu beschleunigen und somit auch nach der Richtung die Aerzte zu
täuschen versuche.

Die Berufsgenossenschaft überwies nun den Verletzten in ihre
Heilanstalt Bergmannsheil, die unter Leitung des bekannten Pro-
fessors Löhler steht. Hier wurde nun ein Gutachten mit Hinzuzie-
hung des Assistenzarztes Dr. Aufe fabriziert, und als dritter
Dr. C. eingeladen.

In dem Gutachten der drei Aerzte wird bemerkt: Daß der
Patient das Schwanken der geschlossenen Augen simuliere, die Kopf-
verletzung sei eine ganz unerhebliche gewesen. Die Aerzte seien daher
der Ansicht, daß keine Verlöblimmern in dem Zustande des Mannes
eingetreten sei, sondern lediglich ein Täuschungsversuch vorliege.

Es hatte somit Dr. C. die vorher genannten Ergebnisse seiner
Untersuchung, die er sogar als eingehende bezeichnete, aufgegeben.
Sicherlich war dazu das Mittel, das die Berufsgenossenschaft ein-
setzte, ein sehr geeignetes; denn Dr. C. war der Arzt, der bisher
in überzeugender Weise einen den Verletzten sehr günstigen Stand-
punkt vertreten hatte. Die Berufsgenossenschaft versuchte diesen un-
bequemen Gutachter dadurch zu beseitigen, daß sie ihn in das Kollegium
Löhler-Stufe einsetzte und die wissenschaftliche Ueberzeugung dieser
Angestellten der Berufsgenossenschaft auf Dr. C. wirken ließ. Mit
welchem Erfolg, zeigt das obengenannte Gutachten.

Damit waren die Voraussetzungen für die Berufsgenossenschaft zu
einem günstigen Abschluß dirigiert.

Ein weiteres Gutachten, aufgestellt von Dr. W. am 27. November
1902, konstatiert, daß der Verletzte nur Arbeiten über Tag verrichten
kann, im geschlossenen Raum wegen des Blutandranges jede Be-
schäftigung ausgeschlossen sei.

Schließlich wurde der Verletzte am 13. Januar 1903 als Geistes-
kranker in das Bochumer Krankenhaus abermals eingewiesen und nach
seiner Entlassung aus diesem Krankenhaus konstatiert Dr. W., daß
Klapper die Aerzte in gröblicher Weise getäuscht habe, eine Erwerbs-
beeinträchtigung sei nicht vorhanden, die Erkrankung auch nicht auf
den Unfall zurückzuführen.

Witterweise verjähmerte sich der Zustand des Klapper derart,
daß er der Provinzial-Irrenanstalt überwiesen werden mußte.

Während der Zeit hatte das Schiedsgericht den Beschäft der
Berufsgenossenschaft bestätigt; eine Rente über die Zeit vom 5. August
1902 nicht gewährt, indem es sich im wesentlichen auf die Gutachten
Löhler und Genossen stützte, die Täuschung und Simulation, aber
keine Krankheit des Verletzten konstatierten.

Vom Reichs-Versicherungsamt wurde nun aus der Provinzial-
Irrenanstalt ein Gutachten eingeholt, aus dem hervorging, daß
alle die Annahmen der Vorgutachter, daß Klapper in raffinierter
Weise zu täuschen versuche, unrichtig seien, vielmehr die Symptome,
die man für Täuschung annahm, eine Verstärkung des ganzen Krank-
heitszustandes bildeten. Außerdem wurde auf das bestimmteste vom
dem Gutachter erklärt, daß das Leiden im ursächlichen Zusammen-
hang mit dem Unfall stehe.

Das Schiedsgerichtsurteil war am 23. September 1902 gefällig.
Endlich, am 8. April 1904, kam das Verfahren vor dem Reichs-
Versicherungsamt unter Vorsitz des Direktor Pfarrius zu einem vor-
läufigen Abschluß. Das Reichs-Versicherungsamt entschied nämlich
leider nicht über die Höhe der Rente, sondern beurteilte die Berufs-
genossenschaft im Prinzip zu einer Weitergewährung der Rente.

Sicherlich ist anzunehmen, daß sich die Berufsgenossenschaft
kräusen wird, eine Rente zu gewähren, die den Verhältnissen ent-
spricht, und so hat die Familie des Verletzten die Aussicht, nach einem
neuen Streitverfahren, das sich abermals ein Jahr lang hinziehen
kann, erst in den Genuß einer rechtmäßigen Rente zu treten.

Vom Vertreter des Central-Arbeitersekretariats wurde das Ver-
fahren der Berufsgenossenschaft und ihrer Aerzte einer scharfen
Kritik unterworfen. Man muß sich erklaunt fragen, ob es wirklich
nicht möglich ist, eine schwere Geisteskrankheit festzustellen, und in
diesem Falle Simulation von ernstern Krankheitserscheinungen aus-
einanzubehalten. Bei einer so tieftraurigen Sache hing es von einem
Zusatz ab, daß die Familie des Verletzten in den Genuß der Rente
kam, denn bei seinem Geisteszustand konnte der Arbeiter leicht das
Rechtsmittel des Rekurses unbenuzt lassen, das Schiedsgerichtsurteil
wäre rechtskräftig geworden und damit für alle Zeit der Anspruch
auf Rente abgelehnt. Geradezu ungeheuerlich erscheint, wie die
Aerzte der Berufsgenossenschaft zu der Behauptung kommen konnten,
der Kranke werde bestimmte Mittel an, um sie zu täuschen. Hätte
sich in diesem Falle nicht das Bochumer Arbeitersekretariat eifrig der
Sache angenommen, der Arbeiter wäre ein Opfer der „getäuschten
Aerzte“ geworden.

Die Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes hat der
Magistrat in Braunschweig den Stadtverordneten vorgeschlagen.

Gesetzliche Minimallohne.

Die Festlegung gesetzlicher Mindestlöhne ist ein Problem, an
dessen Lösung die Regierungen der europäischen Industriestaaten sich
bisher noch nicht herangewagt haben, und für lange Zeit noch wird
dieses auch kaum zu erwarten sein. Dagegen haben einige Staaten
der Nordamerikanischen Union damit begonnen, bestimmte Löhne fest-
zusetzen, zunächst für solche Arbeiten, welche direkt von der Kommune
beziehtlich vom Staat ausgeführt werden. Der höchste Gerichtshof
der Vereinigten Staaten, der kürzlich über ein solches Gesetz des
Staates Kansas zu urteilen hatte, entschied dahin, daß die Gesetze,
welche Mindestlöhne festsetzen für die öffentlichen Arbeiten, seien sie
nun ausgeführt direkt durch die öffentlichen Behörden oder durch
Zwischenunternehmer, die volle Gesetzeskraft besitzen. — In diesen
Bestimmungen dürfte der Anfang für eine spätere Gesetzgebung, durch
welche gesetzliche Lohnregulierungen erfolgen, gegeben sein.

Einigungsämter im Kanton Zürich.

Im Züricher Kantonsrat wurde die Motion des Demokraten
Professors Jucker, betreffend die Schaffung staatlicher
Einigungsämter, wofür die Regierung einen Gesetzentwurf
vorlegen soll, ohne Debatte einstimmig angenommen. In der Be-
gründung seiner Motion wies Dr. Jucker unter Anführung eines
erst kürzlich vorgekommenen bestimmten Falles auf die unzulässige
Einmischung der Polizei in einen Streit hin, ein Zustand, der in
einem Wohlfahrtsstaate nicht geduldet werden kann. Der Staat hat
noch andere Mittel, um sich in einem Streitfall den Parteien nützlich
zu erweisen. Bei drohenden oder schon ausgebrochenen Streiks
sollte eine unparteiische Instanz mit Ernst und Nachdruck die Ver-
mittlung zwischen den Parteien versuchen. Zu prüfen wäre auch,
ob man nicht Arbeiterausschüsse einsetzen und die Ver-
gebung von Staatsarbeiten an die bindende Jurisdiction der Annahme
des Schiedsgerichts durch den Unternehmer knüpfen sollte. Von weit-
erhöhter Bedeutung ist zwar die Einführung von Einigungs-
ämtern nicht, aber sie können in mancher Hinsicht Gutes schaffen.

In Basel und St. Gallen bestehen solche Gesetze bereits, die
Stadt Zürich hat ebenfalls ein Einigungsamt, anderorts ist die Ver-
mittlung in Streitsachen den Verwaltungskommissionen der Arbeits-
ämter übertragen.

Gewerkschaftliches.

Unternehmer-Terrorismus.

Das Wort Terrorismus hat gewiß keinen guten Klang; es wird
aber beklammlich viel Unfug damit getrieben. Wenn z. B. ein
organisierte Arbeiter bei der Agitation für seinen Berufsverein oder
bei einem Lohnkampf in der Ausübung des ihm laut Gesetz zu-
stehenden Einwirkungs- oder Ueberredungsrechts einem unorgani-
sierten Arbeiter gegenüber auch nur um ein Jota von der durch die
Rechtsprechung gezogenen Linie abweicht, so erhebt sich aus den
Reihen der Unternehmer und sonstiger „staatsbehaltender Kreise“ sofort
ein feinerweichendes Geschrei über den „Terrorismus“ der organisierten
Arbeiter. Jeder derartige Fall von angeblichen „Ausfäureungen“ oder
„Mißbrauch des Koalitionsrechts“ wird nicht nur unerbittlich dem
Staatsanwalt angezeigt, der dann auch prompt das „Nötige“ gegen
den „hinreichend Verdächtigen“ veranlaßt — sondern er wird auch
mit peinlicher Gewissenhaftigkeit in den Maßregelungsbureaus der
Unternehmer registriert und in der Unternehmerpreise unter ge-
büßender „Ausfäureung“ besprochen. Auf solche Art schafft man
dann das „Material“ zu Judthausvorlagen und sonstigen arbeiter-
feindlichen Gesetzen herbei. Anders jedoch ist die Sache, wenn
sich die Unternehmer oder deren Kreaturen Uebergriffe aller
Art gegen organisierte Arbeiter erlauben. Obwohl die Zahl
der Fälle Region ist, in denen Unternehmer lediglich
als Herr endinckel, aus purer Willkür unter rücksichtslosster An-
wendung ihrer wirtschaftlichen Macht den Arbeitern, die aus dem
Koalitionsrecht resultierenden, leider so geringfügigen Freiheiten in
ungefährlicher Weise einengen oder völlig illusorisch machen, so kräht
doch kein Hahn darnach. Die staatsbehaltende Presse schweigt, an
anderen Stellen drückt man nicht nur ein, sondern gleich beide Augen
zu, keine Judthausvorlage gegen die Unternehmer erscheint — das
Wort **U n t e r n e h m e r - T e r r o r i s m u s** kennt man einfach nicht.

Hier wieder ein Fall, der äußerst drastisch zeigt, was sich ein
Unternehmer „seinem“ Arbeiter gegenüber leistet. Es handelt sich um
den Fensterputzer M. S., der zwei Jahre in dem Fensterreinigungs-
institut der Firma M. Rouffsch Nachf. beschäftigt war und
Vater von sechs unmündigen Kindern ist. Der Mann wurde kürzlich
entlassen. Auf seine Frage an den Kolonnenführer, weshalb denn
die Entlassung erfolge, bekam er zur Antwort, weil er zu „dumm“
geworden sei. Diese Antwort erschien dem Entlassenen um so
befremdlicher, als er sich seiner Dummheit bewußt war, im Gegen-
teil seit zwei Jahren seine Arbeit zur Zufriedenheit der Firma aus-
geführt hatte. Er wandte sich deshalb an den Geschäftsführer, von
dem er dann auch in nicht mißzuverstehender Weise den Grund der
Entlassung erfuhr; und dieser bestand darin, daß S. nach Feier-
abend eine Versammlung seiner Berufskollegen
besucht hatte. Bereits im vorigen Jahre, so meinte der Geschäfts-
führer, sei den Arbeitern der Firma der Besuch von Versammlungen
verboten worden. Da dieses Verbot noch zu Recht bestche und
S. dagegen verstoßen habe, so könne er nicht mehr in Arbeit be-
halten werden. Wenn die Firma wissen wolle, was in den Fenster-
putzer-Versammlungen verhandelt werde, so schickte sie schon selbst
einen Arbeiter dahin, der sein Geld ja nicht umsonst beläume; den

übrigen Arbeitern aber gingen die Versammlungen nicht an. — Dem also Belehren erschien der Entlassungsgrund denn doch als etwas zu eigentümlich; er erbat sich eine schriftliche Bescheinigung darüber und erhielt einen Zettel folgenden Inhalts:

„Wir bescheinigen hiermit dem Arbeiter M. S. . . , daß derselbe vom 20. April 1902 bis 18. April 1904 als Fensterputzer beschäftigt war. Seine Entlassung erfolgte, weil er trotz Verbot eine Versammlung besucht hat.“
Berlin, den 10. April 1904.

M. Rouffy Nachf. (Stempel.)

Wie würde der selbige Stumm sich freuen, wenn er heute noch diesen Entlassungsbescheid lesen könnte. Das ist wieder mal ein Arbeitgeber, der den Arbeitern zeigt was 'ne Harke ist. Das Gesetz gewährt den Arbeitern einen freien Versammlungsbefugnis, doch was schert das den Unternehmer. Er ist Herr im Hause, er ist auch unumschränkter Herr der Arbeiter sowohl bei Tage als auch nach Feierabend. Was ist Redensache, nur sein Wille gilt, und wer sich dem nicht unbedingt fügt — der fliegt. Er will doch am besten wissen, was „seinen“ Arbeitern frommt; es wäre ja noch schöner, wenn die Leute, denen er aus Gnade und Barmherzigkeit Arbeit und Verdienst gibt, noch in Versammlungen laufen wollten, wo ihre Interessen besprochen werden. Wie, wenn die Kerle schließlich auf den Gedanken kommen, ihm eine Forderung auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzulegen. Dem muß unter allen Umständen vorgebeugt werden, deshalb verbietet er einfach den Versammlungsbefugnis bei Strafe der Entlassung; und wenn er auch kein Recht dazu hat, nun so nimmt er sich dieses Recht — wer will ihm was!

Glücklicherweise hat der Entlassene bereits anderweitig Arbeit gefunden; die Entlassung war in diesem Falle also ein Schlag ins Wasser. Die Organisation der Fensterputzer aber wird zu gegebener Zeit der Firma wohl zu Gemüte führen, daß auch der Unternehmer-Terrorismus eine Grenze hat.

Berlin und Umgegend.

Auf dem Bureau des Rühmänner-Verbandes wird nicht terrorisiert!
Ein Metallarbeiter sollte dieser Tage bei der „berühmten“ Firma Schwidlinski in Arbeit treten. Da derselbe sich aber weiterte den bekannten Neben zu unterschreiben, wurde er nicht eingestellt. (Das ist kein Terrorismus!) Auf dem Bureau in der Dreißenerstraße erlaubte man sich nun die Unvorsichtigkeit, dem Arbeiter durch Aufdruck eines Stempels auf das Titelblatt des Arbeitsbuches einen Urteilsbrief mitzugeben. (Auch kein Terrorismus!) Der Arbeiter erkundigte sich an dritter Stelle, was das zu machen sei. Es wurde ihm der Rat erteilt, zunächst nochmals das Bureau der „arbeiterfreundlichen“ Rühmänner aufzusuchen und die Entfernung des Stempels zu fordern. Der Arbeiter kam dem nach und begab sich nach der Dreißenerstraße. Dort wurde ihm der Stempel wegradiert, außerdem aber als Gratisgabe eine kräftige Dose Feige verabfolgt. (Wer wollte so etwas Terrorismus nennen?!?)

Jeder moderne Arbeitgeber wird solche patriarchalische Behandlung eines Arbeiters, die auf den Berliner Unternehmer-Rachweilen allmählich üblich zu werden scheint, für selbstverständlich halten; der Arbeiter hat merkwürdigerweise Strafantrag gestellt. Wenn aber die Arbeiter Berlins sich daran gewöhnen, die Unternehmer-Rachweise zu ihrer eignen Sicherheit nur noch mit kräftigen Dose Feigen zu betreten, dann kommt die „Post“, welche jetzt die arbeitswilligen Revolverhelden verteidigt, sicher über Terrorismus.

Zur Lohnbewegung der Steinbildhauer. Laut Bericht der Lohnkommission sind die Forderungen der Steinbildhauer (7,50 Mark Minimallohn und 6 Uhr-Arbeitslohn usw.) den Arbeitgebern in der vergangenen Woche unterbreitet worden. Ein Teil der Unternehmer hat sich zur Bewilligung bereit erklärt, von einem anderen Teil ist eine Antwort noch nicht eingelaufen. Die Steinmetz-Innung aber hat geantwortet, daß sie sich über die Angelegenheit noch nicht völlig schlüssig geworden ist. Es soll erst eine Umfrage bei den Innungs-Mitgliedern vorgenommen werden, wie sie sich zu der Forderung stellen. Sobald dies geschehen und in einer demnächst stattfindenden Innungs-Versammlung Beschluß gefaßt ist, wird die Lohnkommission definitiv Bescheid erhalten. Auf Grund dieses Bescheides nah die gestrige Nacht besuchte Versammlung der Steinbildhauer einstimmig eine Resolution an, laut welcher die Lohnkommission beauftragt wurde, soweit erforderlich, in mündliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten. Derselben Prinzipale jedoch, die sich zu den Forderungen bisher noch nicht geäußert haben, sollen nochmals dringlich um ihre Antwort ersucht werden. — In Anbetracht der günstigen Konjunktur wird allgemein auf eine friedliche Erledigung der Lohnbewegung gehofft.

Der Streik der Kupferschmiede bei Schering dauert ununterbrochen fort. Mehrere Vermittlungsversuche sind von der Direktion abgelehnt worden, indem die Herren behaupteten, sie hätten sich anders eingerichtet und brauchen keine 15 Kupferschmiede, wie vor dem Streik, sondern nur 6. Die verlassene Arbeit liegt noch unberührt. Mit den drei arbeitswilligen Ritzke, Wegner und Gödicke ist man nicht im Stande, die laufenden Reparaturen, geschweige neue Arbeiten machen zu können. Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten der Direktion wird jeder einzustellen versucht, der sich nur als Kupferschmied ausweist, wobei es ganz gleich ist, wie alt jemand ist, während sonst über 35 Jahre niemand eingestellt wird. Auch mit der ärztlichen Untersuchung scheint es in diesem Falle nicht so genau genommen zu werden, denn auf den Schein zum Arzt wird gleich geschrieben: „Bitte aufnehmen.“ Ein den Kollegen wohlbekannter arbeitswilliger, Namens Klemchen, gab auch eine Gastrolle von einer Stunde bei der Firma. Die Leistungen müssen wohl derartig enttäuschend haben, daß man ihn nach einer Stunde gleich wieder entließ. Mit dem am Sonnabend erscheinenden Fachblatt dürfte die Aussicht auf arbeitswillige noch geringer werden, da dann die Kollegen in ganz Deutschland unterrichtet sind und für die Dauer des Streiks in Berlin keine Reife-Unterstützung mehr gezahlt wird, wodurch der Zugang so gut wie aufhört. Da die Firma im „Lokal-Anzeiger“ sowie auch in ausländischen Blättern Kupferschmiede sucht, bitten wir alle arbeitsfreundlichen Blätter, darauf hinzuweisen, daß der Streik noch ununterbrochen fort dauert.

Der Verband der Kupferschmiede Deutschlands. Zentralverwaltung Berlin.

Deutsches Reich. Bergarbeiter-Streik.

Saarbrücken, 20. April. Nach einer Meldung aus Greiffswald in Lothringen sind auf der dortigen Grube gestern von 1100 Mann der Belegschaft etwa zwei Drittel in den Anstalt getreten. Sie verlangen Verbesserung der Lohnsätze in der etwaigen Höhe der auf den fiskalischen Gruben des Saarreviers gezahlten Schichtlöhne.

Ausland.

Der Landesorganisation der Gewerkschaften Schwedens, deren Repräsentantenschaft kürzlich zu Stockholm ihre Jahresversammlung abhielt, gehörten am Jahresabschluss 48 920 Arbeiter an. Einschließlich der Mitglieder der nicht der Landesorganisation angeschlossenen Gewerkschaften beträgt die Zahl der organisierten Arbeiter Schwedens 79 822, während nach der offiziellen Statistik 306 544 Arbeiter in Industrie und Handwerk tätig sind. Auf der Jahresversammlung wurde eingehend über die Gewinnung der noch fernstehenden Arbeiter für die Organisation beraten. Außerdem fand eine sehr gründliche Diskussion über die staatliche Arbeiterstatistik statt. Hierzu waren auch Vertreter der nicht der Landesorganisation angehörenden Gewerkschaften geladen und erschienen und außerdem nahm der Chef der arbeitsstatistischen Abteilung des Kommerziellen Kollegiums Dr. Elmblom, sowie der Minister und der Anwesenheit dieses Staatsinstituts an den Beratungen teil. Es

wurde ein Beschluß gefaßt, der die Organisationen verpflichtet, dem Kommerziellen Kollegium das Material für die Statistik in so großer Umfang wie möglich zu verschaffen, da kein Grund für die Organisationen vorhanden sei, die verlangten Auskünfte zu verweigern.

Verfammlungen.

Feiertagsruhe für die Barbier und Friseur.

Am Donnerstag fanden zwei Versammlungen selbständiger Barbier statt, welche die Freie Vereinigung der Barbier einberufen hatte. Die Versammlungen dienten der Propaganda für die Einführung des Geschäftsschlusses an den zweiten Feiertagen. Die Freie Vereinigung, eine Organisation der Selbständigen, die in mancher Hinsicht im Gegensatz zu den Innungen steht, läßt zur Zeit Petitionslisten zur Unterschrift zirkulieren, wodurch das Polizei-Präsidium erzwungen wird, den völligen Geschäftsschluß an den zweiten Feiertagen durch Verordnung auf Grund der Gewerbeordnung herbeizuführen. Die Voraussetzung des Erlasses einer solchen Verordnung ist die, daß sich zwei Drittel der Geschäftsinhaber für die Feiertagsruhe erklären. Zur Begründung der Forderung des Geschäftsschlusses wird angeführt: Die kleinen Geschäfte, die vom Januar allein oder mit höchstens einem Gehilfen betrieben werden, bilden in Berlin die große Mehrheit. Die nicht immer durch Arbeit ausgefüllte Geschäftszeit ist ungenügend lang, so daß die Barbier und Friseur sehr wenig freie Zeit haben. Der zwangsweise Geschäftsschluß um 9 Uhr und Sonntags um 2 Uhr hat in dieser Hinsicht besseres gewirkt. Als wünschenswerte Ergänzung der Sonntagsruhe soll nun der Geschäftsschluß an den zweiten Feiertagen angestrebt werden. Die letzten Feiertage bringen tatsächlich nur wenig Arbeit und eine geringe Einnahme. Wenn die Geschäfte an diesen Tagen gänzlich geschlossen werden, dann würde der erste und dritte Feiertag eine entsprechende Mehrerinnahme bringen, so daß eine Schädigung der Barbier und Friseur durch den Geschäftsschluß nicht zu befürchten ist, und das Publikum würde sich an eine solche Neuerung ebenso gewöhnen, wie an den Sonntagsschluß um 2 Uhr, der sich allgemein bewährt hat. Besonders wird darauf hingewiesen, daß der Geschäftsschluß an den zweiten Feiertagen in Hamburg und in München bereits durchgeführt ist und daß er ebenso auch in Berlin ohne jeden Nachteil durchgeführt werden könnte.

Während die Mitglieder der Freien Vereinigung, die meistens in den Arbeitervierteln des Nordens und Ostens ansässig sind, für die Feiertagsruhe eintreten, stehen die Innungsmitglieder wohl zu meist auf einem anderen Standpunkt. In der einen Versammlung, die bei Henkel in der Invalidenstrasse tagte, führte ein Innungsmeister aus, daß er im Prinzip zwar auch für die Feiertagsruhe sei, er halte sie aber zur Zeit nicht für durchführbar. Die Mehrheit der Selbständigen werde nicht dafür zu haben sein, weil sie in dem Geschäftsschluß eine Verkürzung ihrer Einnahmen erblickten, auch der 2 Uhr-Schluß am Sonntag werde vielfach umgangen. Die Kunden, welche des Sonntags noch nach 2 Uhr bedient werden wollen, sänden dazu jederzeit Gelegenheit trotz der geschlossenen Geschäfte. — Seitens der Redner der Freien Vereinigung wurde demgegenüber bemerkt, daß derartige Beschlüsse von Innungsmitgliedern tatsächlich begangen werden. Man habe bis jetzt von Anzeigen abgesehen, weil man nicht mit Denunziationen gegen Kollegen vorgehen wolle. Wenn aber ein solches unverständiges, die Interessen der Gesamtheit schädigendes Treiben Einzelner nicht aufhöre, dann würde jeder bekannt werdende Verstoß gegen die Sonntagsruhe ohne Rücksicht zur Anzeige gebracht werden.

Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin sich die Versammlungsbesucher verpflichten, die Petitionslisten nicht nur selber zu unterzeichnen, sondern auch Unterschriften in den Kreisen der Kollegen zu sammeln, damit der Geschäftsschluß an den zweiten Feiertagen eingeführt werde.

Der Centralverein der Bildhauer hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshaus seine ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Kassensbericht pro 1. Quartal, den W. Brandt verlas, ist zu entnehmen, daß inkl. der Beiträge die Einnahmen und Ausgaben der Centralkasse in der Summe von 8768,08 M., die der Lokalasse mit 9208,54 M. balanzieren; die Streikasse weist einen Bestand von 6431,20 M. auf. An Unterstützungen wurde gezahlt: 870 M. für Streik, 6185 M. für Arbeitslosen-, 139 M. für Reife- und 866 M. für Krankenunterstützung; andre Gewerkschaften erhielten eine Beihilfe von 200 M. Die Mitgliederzahl des Vereins ist auf 1026 angewachsen. Nachdem den Kassieren Rechnung erteilt und eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt waren, gab der Vorsitzende W. B. bekannt, daß am 9. Mai eine Bezirksversammlung für den Osten abgehalten wird, für deren Besuch er, ihrer Bedeutung halber, rege zu agitieren bat.

Centralverband der Zimmerer. Am Montagabend tagte im Gewerkschaftshaus eine Konferenz von Zahlstellen-Vertretern des Verbandes aus der Provinz Brandenburg. Anwesend waren 96 Delegierte aus 42 Zahlstellen, außerdem noch 20 Bezirksführer und Bezirkskassierer der Berliner Zahlstelle. Wie der Gauleiter An. B. ausführte, hatte die Konferenz den Zweck, eine engere Fühlung der einzelnen Zahlstellen miteinander herzustellen und die Agitation für den Verband einheitlicher und intensiver zu gestalten. Es sei dies um so notwendiger, als in der Provinz rund 12 000 Zimmerer beschäftigt sind, von denen aber erst 5715 dem Verbande angehören. Dann aber auch zwingt die Haltung des Unternehmertums unbedingt zu engerem Zusammenschluß. Nicht allein die Vorkommnisse an der Unterseite usw. mahnen zur Aufmerksamkeit, sondern auch in der Nachbarschaft, der R. E. B. L. a. u. f. i. g. habe der Unternehmerverband beschlossen, vom 1. Mai ab einen Distrikt-Arbeitsnachweis und damit auch die verhängigste Entlassungsheine einzuführen. Angesichts dessen heiße es, auf der Hut zu sein. Besonders müsse in den Zahlstellen darauf hingewirkt werden, daß die in Berlin arbeitenden Zimmerer der auswärtigen Ortschaften unter allen Umständen an den Morgen- und Abendstunden der Berliner Kollegen teilzunehmen, damit sie stets auf dem Laufenden erhalten werden. Wenn man in Betracht ziehe, daß im vorigen Jahre aus 55 Zahlstellen der Provinz 668 Mann in Berlin gearbeitet haben, so sei es nicht angängig, daß ein so erheblicher Teil von Verbandsmitgliedern fernherhin interesselos hin überläßt. Eine nachhaltiger Agitation bedürfte auch noch deswegen, weil es noch eine ganze Reihe von Ortschaften ohne Organisationsanschluß giebt. In diesen Orten bestehen noch überaus niedrige Löhne zum Schaden der Allgemeinheit. Die Unternehmer bezürzen sich auch vielfach auf jene Löhne, wenn in Orten mit Organisationsanschluß Forderungen an sie gestellt werden und machen nicht selten ihre Bewilligungen davon abhängig, daß der Verband auch in jenen rückständigen Orten Lohnerhöhungen durchsetzt. Außerdem wurden der Konferenz auch die Vorschläge zur Agitation für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zugewiesen, weil in nächster Zeit in sämtlichen Zahlstellen Versammlungen geplant sind, in denen der vom Hauptvorstand ausgesandte neue Entwurf zur Regelung der Arbeitslosenunterstützung besprochen werden soll. — Die Delegierten erklärten sich allgemein mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und betonten die Notwendigkeit, öfter derartige Konferenzen abzuhalten, da der Nutzen derselben in Bezug auf empfangene Anregungen und praktische Winke im Interesse einer wirksamen nachhaltigen Agitation offensichtlich sei. — Im Gau Brandenburg hat der Zimmerer-Verband vor einigen Tagen wieder mehrere Lohnverträge mit Unternehmern abgeschlossen, so für die Ortschaften Cammer, Golzow, Pernitz und Umgegend. Zu diesem Arbeitsvertrag gehören die Ortschaften Cammer, Damschlag, Freienthal, Golzow, Grämeiche, Dufelsch, Öbergünne, Pernitz, Nagosen, Redahn, Michelsdorf, Radel, Sörbina, Wüsendorf, Canin, Clafstow, Rahmsig, Regen, Greß, Prißke, Nieß, Schmerke, Trechwitz, Damsdorf, Wechow und Wälsdorf. Die Arbeitszeit ist der früheren Regelloigkeit entzogen auf 10 Stunden mit entsprechender Verkürzung während der Wintermonate festgesetzt; auch ist eine Lohnerhöhung um 2 resp. 3 Pf. pro Stunde eingetreten. Der Vertrag gilt bis 1. April 1905.

Die ordentliche Generalversammlung der Arbeiter-Bildungsschule fand am Freitag, den 21. d. M., im Gewerkschaftshaus statt. Der 1. Vorsitzende teilte in seinem Bericht, der in Anbetracht des gedruckten vorliegenden Jahresberichtes nur kurz war, mit, daß die materielle Lage der Schule als gesichert erscheine und nun an den Ausbau der Schule gedacht werden könne. Im verfloffenen Quartal gehörten der Schule 516 Mitglieder an, 44 Damen und 472 Herren. Davon besuchten einen Kursus 288, zwei Kurse 66, drei Kurse 15 und vier Kurse 6 Mitglieder. Dem vom 1. Kassierer Genossen König gegebenen Kassensbericht zufolge betrug die Gesamteinnahme im vergangenen Vierteljahr 1883,80 M., die Gesamtausgabe 1241,09 M., so daß ein Ueberschuß von 142,71 M. zu verzeichnen ist. Das Vermögen der Schule betrug am 31. März 2706,91 M. Im Bibliotheksbericht teilte Genosse Riedinger mit, daß die Bibliothek jetzt aus 1645 Bänden besteht. Ausgeliehen wurden davon 550 Bände an 193 Mitglieder (27 Damen und 156 Herren). Den Bericht des Lehrerkollegiums gab Genosse Grunwald. In der Diskussion über den Vorstandsbericht drehte sich die Debatte zum großen Teil um den weiteren Ausbau der Arbeiter-Bildungsschule. Von fast allen Rednern wird das Angenügende des jetzigen Lehrsaals anerkannt, wenn auch verschiedentlich gewünscht wurde, wenn irgend möglich, die Schule nicht aus dem Gewerkschaftshaus zu verlegen. Auch von dem Lehrer Genossen Grunwald wird über die Mängel des Schulraumes gellagt. Es fehle den Hörern an jeder Schreibgelegenheit; auch sei das Zimmer eines der schlechtest ventilierten im ganzen Gewerkschaftshaus. Schließlich wird ein von Dittmar eingebrachter Antrag folgenden Wortlauts angenommen: „Der Vorstand wird beauftragt, bis zur nächsten Generalversammlung Schritte zu thun, welche die Ueberführung in Schulräumlichkeiten ermöglichen. Ferner ist das Augenmerk auf die Gewinnung von weiteren Lehrkräften zu richten.“ Bei der Vorstandswahl wurden folgende Genossen neu resp. wiedergewählt: G. Lammé, 1. Vorsitzender; Geithner, 2. Vorsitzender; Rob. Krummow, 1. Schriftführer; Joh. Müde, 2. Schriftführer; G. König, 1. Kassierer; P. Eisner, 2. Kassierer; Riedinger, Pufemann, Parisch zu Bibliothekaren; Ludwig, Ahmann und Steuermann zu Redaktoren. Zwei aus der Lehrerkommission ausscheidende Mitglieder werden durch die Neuwahl des Genossen Alwin Rudolph und H. A. Eidner ersetzt. Die Bibliothekskommission wird von drei auf sechs Personen erweitert. Vorher einem Bibliothekar gehören derselben fünf Mitglieder an, und zwar: Frau Raue, Ad. Wuschik, Herrmann, Bod. Pech. Die gutbesuchte Versammlung schloß mit einem warmen Appell des Vorsitzenden an die Anwesenden, für die Schule eine rege Agitation zu entfalten.

Die Rohrer besaßen sich am Mittwoch in einer gut besuchten Versammlung mit den Lohndrückereien bei der Firma Stahl. Wie der Vertrauensmann mitteilte, hat sich eine infolge der letzten Lohnbewegung abgeplitterte kleine Gruppe der Rohrer, die sogenannte „Freie Vereinigung“ dazu hergegeben, die Arbeiter bei der Firma Stahl billiger als zu den tariflich vereinbarten Sätzen auszuführen. Da trotz erfolgter Einladung niemand von der Freien Vereinigung erschienen war, so begnügte sich die Versammlung mit der einfachen Feststellung dieser freiwilligen Lohndrückerei und nahm eine Resolution an, in der das inkollegiale Verhalten jener Gruppe auf das schärfste gemißbilligt wurde. — In der Versammlung hielt Genosse Kater noch einen Vortrag über die Machtmittel des Proletariats zur Befreiung von der Klassenherrschaft.

Schmargendorf. Die am Dienstag im Restaurant Sausouci abgehaltene Generalversammlung des Wahlvereins nahm den Bericht des Vorstandes und des Kassierers entgegen. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu erwähnen, daß die Mitgliederzahl des Vereins auf 54 gestiegen ist. Beschlossen wurde, die Kreisversammlung in Sausouci abzuhalten.

Reichstags-Erfahrungswahl in Altenburg.

Heute fand in Altenburg die Erfahrungswahl für unsere Genossen Buchwald statt, dessen Mandat bekanntlich für ungültig erklärt worden ist. Der Wahlkreis, der in der letzten Wahlperiode durch v. W. S. d. a. u. (Wund der Landwirte) vertreten war, ging nach heilhem Ringen am 16. Juni v. J. zum erstenmal in den Besitz der Sozialdemokratie über. Die Beteiligung war eine überaus starke; 36 217 = 83,5 Proz. der Wähler beteiligten sich an der Wahl; davon erhielten Buchwald (Soz.) 18 695, v. W. S. d. a. u. (Wund der Landwirte) 14 408, Dr. Hartmann (fri. Bg.) 2903. Buchwald hatte also im ersten Wahlgange eine absolute Majorität von rund 600 Stimmen. Diesmal wollen die Freistimmen gleich im ersten Wahlgange für den Kandidaten der Reaktion stimmen.

Für die Sozialdemokratie kandidiert wiederum Genosse Buchwald, während von konservativ-agrarischer Seite der Ober-Landesgerichtsrat Porzig aufgestellt worden ist.

Ueber den Ausfall der Wahl liegt folgende Privatbescheide vor: Buchwald 17 083, Porzig 16 042 Stimmen. Verschiedene Orte stehen noch aus.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

München, 20. April. (W. S.) Verkehrsminister v. Frauenhofer erklärte in der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer auf einen von einem Abgeordneten geäußerten Wunsch, daß er sich bemühen werde durchzusetzen, daß nun auch auf Briefe, welche in Bayern mit Reichspostmarken versehen nach Norddeutschland aufgegeben werden, kein sogenanntes Zuschlagsporto mehr erhoben wird. Es würde damit derselbe Zustand hergestellt werden, wie er schon bei den Postläsen herrscht.

Wien, 20. April. (W. S. B.) Herrenhaus. Der Präsident des Reichsgerichts Unger begründet in längerer, beifällig aufgenommener Rede seinen Antrag auf Erweiterung des Gesetzes betreffend die staatliche Entschädigung unschuldig Verurteilter, indem er auf die Billigkeit des Anstandes hinweist, nicht nur den materiellen, sondern auch den moralischen Schaden unschuldig Verurteilter von Staatswegen zu vergüten. Ministerpräsident v. Koerber begrüßt mit großer Genehmigung den von sehr hervorragender Seite kommenden Antrag und erklärt, die Regierung sei gern bereit, in der Kommission an der Durchführung der bezüglichen Erweiterung des Gesetzes unter Rücksichtnahme auf die von der Regierung geplante Entschädigung für unschuldig verurteilte Untersuchungshaft mitzuwirken und spricht die Ueberzeugung aus, daß die Regierung und die Kommission zu einer gedeihlichen Lösung der Frage gelangen werden. Nach Vornahme der Wahl für die Quotendeputation und die Delegationen wurde die Sitzung geschlossen.

Rom, 20. April. (W. S. B.) Wie die „Tribuna“ meldet, wird die Gerichtsbehörde von der Deputiertenkammer die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des ehemaligen Ministers Rasi verlangen. Die Anklage lautet auf Amtsmißbrauch während seiner Leitung des Unterrichtsministeriums.

New York, 20. April. (W. S.) Der Mississippi ist bedenklich im Steigen begriffen. Sämtliche niedrig gelegenen Teile von St. Louis sind durch Ueberflutung bedroht. Eine große Anzahl Arbeiter ist damit beschäftigt, Dämme zu errichten, um die Stadt zu schützen, doch befürchtet man, daß die Maßregel nicht viel nützen wird. Das Gelände der Ausstellung ist von der Ueberflutung nicht bedroht, da es auf hügeligem Terrain gelegen ist. Inzwischen werden die Ausstellungsarbeiten durch die andauernde Inanspruchnahme der Arbeiter stark verzögert; über die ist die Ausstellung noch ziemlich im Rückstande, obwohl die Eröffnung morgen erfolgen soll.

Reichstag.

79. Sitzung, Freitag, den 29. April 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Müller. Die erste Beratung der Börsengesetz-Novelle wird fortgesetzt.

Abg. Graf Reventlow (Antif.):

Wir bekämpfen lediglich das spekulative Spiel an der Börse; nicht der einzelne Spieler ist zu schämen, sondern das Spiel als solches, das eine Schädigung der Gesamtheit bedeutet, muß unterdrückt werden. — Wir beglückwünschen die Regierung zu dem Rat, den sie mit der Einbringung einer solchen Vorlage betreiben hat, wir können nur sagen, ihre Bestrebungen auf diesem Gebiete sind gerade so wie auf den meisten andern Gebieten. (Heiterkeit rechts.) Von der Begründung können wir nur sagen, daß sie noch schlechter ist wie die Vorlage. (Heiterkeit.) Die Vorlage bedeutet die vollständige Aufhebung der wichtigsten Abschnitte des Börsengesetzes. Der Kernpunkt ist, daß für die Börse ein günstiges Ausnahmestück geschaffen werden soll. Das Differenzspiel an der Berliner Börse ist nicht Ausnahme, sondern Regel. Wir ist von sachverständiger Seite verurteilt worden, daß 90 Proz. aller hier abgehandelten Geschäfte Spiel- und Schwindelgeschäfte seien. (Widerspruch links. Sehr richtig! rechts.) Ueber die Wirkung des Börsengesetzes kann man überhaupt noch kein abschließendes Urteil fällen. Ich bin der Meinung, daß die Regierung den Interessen des Groß- und Börsenkapitals zu weit entgegenkommt. Ja, ich muß der preussischen Regierung den Vorwurf machen, daß sie veräußert hat, ein Reichsgesetz nach seinem Wortlaut durchzuführen, sie hat auf eine Weise gehandelt, die man im gewöhnlichen Leben als Rechtsbeugung zu bezeichnen pflegt. (Großer Lärm. Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident Graf v. Helldorf: Herr Abgeordneter, Sie dürfen Ihrer verbündeten Regierung nicht Rechtsbeugung vorwerfen! Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Beifall links.)

Abg. Graf Reventlow (fortfahrend):

Soweit der Entwurf irgend eine Abschwächung in Bezug auf Rückforderung von Sicherheitsstellungen, Depots usw. verlangt, ist er für uns ganz unannehmbar. Wir wünschen vor allem eine genaue Begriffsbestimmung des Börsen-Termingeschäftes im § 48. Das Börsenregister wünschen wir beibehalten. Die Bestimmung der Vorlage, welche die Eintragung in das Handelsregister der in das Börsenregister gleichstellt, kommt einer Aufhebung des Börsenregisters gleich. Ich kann nur meine große Verwunderung darüber aussprechen, daß die sozialdemokratische Fraktion auch in dieser Frage eine Lanze einlegt zu Gunsten des an der Börse herrschenden Großkapitals. Ihre Parteigenossen im Lande verstehen vielfach diese Haltung nicht. (Sehr richtig! rechts.) Einer Ihrer besten Schriftsteller, Parvus, hat ein scharfes Urteil über das ganze Getriebe der Börse abgegeben, ich darf es wohl kurz vorlesen; da es nicht meine Aeußerungen sind, laufe ich wohl dabei keine Gefahr. (Heiterkeit links.) Parvus schreibt: „Eine traurige Bande hat sich da wohl zusammengefunden, ohne Grundzüge, ohne Glauben, ohne Kulturbedürfnisse, ohne Gewissen und ohne Scham.“ (Lachen links.) Wenn einer von Ihnen in dieser ausgesprochenen Weise (Lachen links) eine Definition der Börse gegeben hat, so muß es uns wundern, wenn Sie eintreten für das freibeiwillige Spiel mit einem großen Teile des Nationalvermögens, wenn Sie dafür eintreten, daß durch den Handel mit falschen Werten die Preisbildung für die Produkte der ehrlich schaffenden Arbeit nachteilig beeinflusst wird. Da liegt ein gewisser unerklärlicher Widerspruch vor, der in der Geschichte allerdings nicht zum erstenmal auftritt. Wir sehen immer eine enge Alliance zwischen der roten und der goldenen Internationale. (Sehr richtig! rechts.) Wir gehen der Regierung das Versprechen ab, daß sie bei uns eine gründliche, rückhaltlose Opposition finden wird. Wir werden in dieser gewisse Maßnahmen treffen, die konstitutionell möglich sind, von denen man aber gewöhnlich nicht Gebrauch macht. Wir können, weil wir zweifellos reichs- und laienfremd sind, mit um so besserem Recht diese Opposition betreiben und wir werden sie betreiben. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Handelsminister Müller:

Wenn der Herr Vorredner noch einige Jahre länger diesem Hause angehören wird, dann wird er wahrscheinlich zu der Erkenntnis gelangen, daß zwar Ausführungen, wie er sie eben gemacht hat, auf die Zukunft der verschiedenen Seiten des Hauses wirken können, daß aber der große Einfluß auf die politischen Entschlüsse dadurch nicht herbeigeführt wird. Wenn der Herr Vorredner gesagt hat, das Handelsregister sei dem Börsenregister gleichgestellt, so hat er nicht die Fremdbildlichkeit gehabt, die Vorlage anzusehen und meiner Rede zuzuhören. Das Handelsregister ist als Grenzlinie anzusehen für diejenigen Leute, die sich Firmen gegenüber ihren Verpflichtungen nicht entziehen können, die als anständige Kaufleute gezeitungen sind, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen. Das ist der Kernpunkt der ganzen Vorlage. Der Herr Vorredner hat ferner gesagt, der Börse sei Treu und Glauben ein Fremdwort. Ich möchte auf das Allerentschiedenste diese Kreise in Schutz nehmen.

Abg. Graf Schwerin-Ludwig (L.):

Ich will mich bemühen, die Stellung der Minderheit des Börsenausschusses, dem ich nunmehr seit sieben Jahren angehöre, gegen die Anfeindungen hier richtig zu stellen. Was hätte der Handelsminister überhaupt machen sollen, wenn im Börsenausschuß nicht die Minderheit praktische Vorschläge gemacht hätte, auf Grund deren eine Reform möglich wurde! Daß überhaupt damals etwas Praktisches zu Stande kam, verdanken die Regierung und die Börse nicht der Mehrheit, sondern der Minderheit des Ausschusses. Darauf hätte man sich beschränken sollen, dann hätte auch der Bundesrat die Vorschläge auf Erweiterung seiner Befugnisse zur Festsetzung der verschiedenen Normen nicht in die Novelle aufgenommen. Uebrigens habe ich schon vor Jahren ausgeführt, daß es unmöglich ist, beim Terminhandel für Getreide das erlaubte und das illegitime Zeitgeschäft mit Normen oder Definitionen zu treffen. Gerade deshalb haben wir eben auch das Register befristet. Ein Schlußstein, wie er im § 48 Abg. b. vorgelesen ist, ist ja, wie Abg. Lucas gestern sagte, ganz unmöglich. Von den Abg. Kämpf und Dove ist gestern ausgeführt worden, die Rechtsprechung des Reichsgerichts sei nicht eine objektive Auslegung der Bestimmungen des Gesetzes, sondern eine mehr oder weniger willkürliche Anpassung an die vermeintlichen Absichten des Reichstags. Der Abg. Kämpf hat das als durchaus verwerflich hingestellt und dem Reichsgericht daraus einen Vorwurf gemacht, meine Freunde können ihm im Gegenteil dafür nur dankbar sein. Es giebt eben im Reichsgericht noch Richter, die völlig unabhängig von den Wünschen der Börse den Willen der Gesetzgebung zum Ausdruck bringen. (Sehr gut! rechts.) Wie kann man da dem Reichstag zumuten, an Stelle des Reichsgerichts den Bundesrat einzusetzen in einer Frage, die den Kern des ganzen Gesetzes bildet. (Sehr richtig! rechts.) Dagegen hat sich die Minderheit des Börsenausschusses dafür ausgesprochen, daß der mißbräuchlichen Anwendung des Gesetzes, so weit dadurch Treu und Glauben untergraben wird, entgegenzutreten ist, ohne aber die Grundlagen des Gesetzes anzutasten. Dazu gehört das Terminhandels-Verbot, die 30jährige Verjährungsfrist, das Rückforderungsrecht von Sicherheitsstellungen, Depots usw. Herr Dove hat gestern gesagt, die Agrarier behaupteten das Börsengesetz wirke preisdrückend. Wir haben aber nur behauptet, daß die Wirkung des Börsentermingeschäftes eine die Preischwankungen

verstärkende ist. Zweifellos ist, daß die Bewegung der Preise eine viel ruhigere nach der Aufhebung des Börsenterminhandels geworden ist. Vor allem verlangen wir, daß die Börse selbst sich unter das Gesetz stellt. Achtung vor dem Gesetz verlangen wir auch von einer so selbstbewußten Großmacht wie der Börse. (Bravo! rechts.)

Geheimrat Wendelstadt: Gegenüber den Ausführungen der Herren Vorredner muß ich noch einmal mit aller Entschiedenheit betonen, daß auch nach der Ansicht der Regierung der Börsenterminhandel nicht wieder einzuführen ist. Nur das Zeitgeschäft ist eine Notwendigkeit für die Landwirtschaft, das haben ihre Vertreter in der Konferenz im Handelsministerium durchaus anerkannt und zu verhindern, daß auch dies Zeitgeschäft durch die Rechtsprechung als Börsentermingeschäft angesehen werden kann, ist der Hauptzweck der Vorlage. Der Bundesrat wird gewissenhaft von der ihm durch die Vorlage einzuräumenden Befugnis, die Vorschriften über das zulässige Zeitgeschäft abzuändern, Gebrauch machen, sobald sich dies Zeitgeschäft zu einem Termingeschäft auswachsen sollte.

Abg. Bernstein (Soz.):

Die Ausführungen des Herrn Vorredners haben bewiesen, daß die Regierung hier wieder einmal in scharfer Gegensatz zu den Agrariern gerät und ihren ganzen Scharfsinn aufwenden muß, um die Argumente dieser Herren zu bekämpfen. Der letzte Herr Vorredner, der ungewissenhaft mit mehr Sachkenntnis sprach als sein Vorredner, hat energisch die Notwendigkeit der Achtung vor dem Gesetz betont. Das ist gewiß eine schöne Mahnung, aber Voraussetzung ist doch dabei, daß die Staatsgewalt in einem Geiste verfaßt werden, der mit den Anforderungen der Volkswirtschaft im Einklang steht. Auf die Auslegung des Begriffs des Terminhandels durch das Reichsgericht will ich nicht eingehen, betone nur, daß das letzte Urteil darüber nicht der Jurist, sondern der Volkswirt abzugeben hat. (Sehr richtig! links.) Die ganzen Erfahrungen die mit dem Gesetz gemacht worden sind, beweisen, was aus Gesetzen herauskommt, die auf Grund unbestimmter Empfindungen, die an der Oberfläche der Dinge haften, gemacht werden. Das Börsengesetz war ein Gesetz zur Verhütung der durch gewisse Börsenanordnungen aufgetretenen öffentlichen Moral. Ich war ja selbst in jüngeren Jahren Bankbeamter, in den 70er Jahren, wo der Schwindel nicht kleiner war als heute. Was ich damals gesehen habe, hat mich ja einerseits veranlaßt, Sozialdemokrat zu werden, andererseits mich aber auch außerordentlich skeptisch gemacht in Bezug auf Aussprüche der Börsenleute. Ich habe gesehen, daß dieselben guten Leute, die gegen das Börsenspiel weiter, in den intimsten Beziehungen zu ihr standen. (Sehr gut! links.) Der zweite Zweck des Börsengesetzes, das Terminhandels-Verbot, war nicht nur den Getreidepreis stetig, sondern ihn stets hoch zu halten. So war es ein Spezialgesetz, man kann sagen, ein Ausnahmengesetz, denn es war nicht diktiert von Grundgesetzen, die auf dem Grund des Wirtschaftens beruhen, sondern von ganz bestimmten Klasseninteressen, Sonderinteressen gegenüber der Allgemeinheit; man könnte es ein Ausnahmengesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Waisenspekulation nennen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn gegen die Waisenspekulation haben die Herren nie etwas gehabt. Solange die Preise in die Höhe gingen, waren die Agrarier der Börse gut Freund. Darum wollen sie jetzt auch die Lokalmärkte stärken, an denen sich die Landwirte viel leichter zur Hochhaltung der Preise koalieren können. Die tatsächliche Bildung des sachgemäßen Preises im Weltverkehr, dem wir uns doch nicht entziehen können, wird aber am besten dadurch garantiert, daß der Markt von einer größtmöglichen Zahl von Käufern und Verkäufern besucht wird. Das ist die Börse, und darum ist sie unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen — natürlich nur unter diesen — absolut unentbehrlich. Die Börse ist kein vollkommener Regulator; das geben wir Sozialdemokraten am ersten zu. Wir wissen, daß ungeheuerlich hohe Preise herbeigeführt werden können, daß auch durch Börsenmanöver die Preise ungebührlich herabgedrückt werden können. Aber schäme ich das Börsengesetz dagegen? Ist es nicht doppelt anachronistisch, zu einer Zeit, wo so gewaltige Kapitalitäten in einer Hand konzentriert sind, daß man den Preis durch Aufkauf beliebig hoch steigern kann? Ich erinnere Sie nur an die letzten Jahre auf dem Baumwollmarkt. Die Spekulation werden Sie nicht aus der Welt schaffen, wenn Sie nicht die Wirtschaft der Ausbeutung durch Private entziehen. So lange aber wähle ich das kleinere Uebel und lasse mich durch kein Moralisieren gegen die Börsenspekulation einnehmen. Auf Spekulation beruht das ganze heutige Wirtschaftssystem, das nicht auf Ertrag, sondern auf Gewinn gerichtet ist. Da ist die Freiheit des Verkehrs das beste Prinzip. Durch das Verbot des Terminhandels haben Sie nur erreicht, daß die Spekulation sich auf das Bargeschäft im Kassamarkt geworfen hat. Dadurch sind aber große Kapitalitäten festgelegt und der Zins gesteigert worden. Der Zins aber ist ein Tribut der Volkswirtschaft an die Klasse der Kapitalisten und muß im letzten Grunde von der arbeitenden Klasse gezahlt werden, und darum sind wir für keine Maßregel zu haben, die wie diese den Zins steigert. Wir werden niemals Maßregeln unterstützen, die darauf hinauslaufen, den Zins zu erhöhen und so das Einkommen der Kapitalistenklasse auch auf diesem Wege auf Kosten der arbeitenden Klasse zu steigern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bereits im Jahre 1891 erklärte mein Fraktionsgenosse Singer, wir müßten das Terminhandelsverbot ablehnen, weil wir eine Steigerung der Warenpreise als Folge voraussehen. Trotz des § 467 des Bürgerlichen Gesetzbuches floriert das Spiel heute noch ebenso wie früher. Darauf hat ja schon Minister Müller hingewiesen. Ich erinnere an die Spielerprozesse, die in letzter Zeit vorgekommen sind in Oldenburg, Hannover usw., und an denen Kreise beteiligt waren, die den Herren auf der rechten Seite näher stehen als unsrer Partei. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gewiß, wir wollen der Börse soviel Objekte der Spekulation als möglich entziehen; einer Gesetzgebung, die darauf abzielt, werden wir stets zustimmen. Aber wir wollen keine Gesetze zu Gunsten einer schon privilegierten Klasse machen. Es wird von der Unmoralität des Spiels gesprochen. Ich meine, der Gesetzgeber sollte sich vor einem solchen Ausdruck hüten, wo wir doch die staatlich genehmigte Institution des Lotteriespiels haben. (Sehr gut! links.) Und dem Lotteriespiel wird nicht nur von wenigen Spielern sondern von den weitesten Schichten des Volkes gebüßelt. Es ist dem Haus eine Verlockung des Prof. Mayer zugewandten, aus dem die unglaubliche Verbreitung des Lotteriespiels hervorgeht. Professor Mayer schätzt die Spieler in den verschiedenen Staatslotterien auf ca. fünfzehn Millionen. Dazu will man in Preußen wünschenswert noch eine Sparlotterie einführen! Millionen werden dadurch dem Volke vom Staate entzogen, bis zu 67 Millionen Mark jährlich! Für diese Lotterien darf in in jeder Weise Klamme gemacht werden mit Unterstützung der Regierung! (Sehr gut! links.)

Woran scheitert das Börsengesetz in der That? Nicht an den großen Banken, sondern an den Kunden der kleinen Provinzbanken. Dies sind teils Geschäftsleute, Leute aus den besitzenden Klassen, teils auch Landwirte, die alle spekulieren und nicht wollen, daß es die Öffentlichkeit erfährt. Mit dem Börsenregister ist es, wie mit einem Register das unsre hiesige Polizei führt, wo auch diejenigen eingetragen werden, die ein gewisses Geschäft mit einer gewissen Offenheit betreiben und diejenigen nicht eingetragen werden, die teilweise viel gefährlicher sind und dasselbe Geschäft betreiben. Wenn Sie an die großen Skandalprozesse denken, wo Damen der Galawelt die Beteiligten finanziell ausgeraubt haben, dann werden Sie kaum finden, daß eine einzige dieser Damen in das

Register eingetragen war. Die kleinen Banken haben ein viel geringeres Risiko, wie die großen. Ich weiß das aus der Zeit der Gründungsperiode. Da hatte das sogenannte solide Geschäft in der Provinz den Gewinn eingestekt. Die kleinen Bankiers haben dem Publikum die Sachen aufgeschwätzt und sind dabei frei ausgegangen, während die großen Gründungen hineinfielen. Wenn das Publikum geschädigt werden soll durch irgend einen Paragraphen gegen einen Bankier, der Spekulationspapiere aufschwätzt, werden wir die ersten sein, die dafür stimmen.

Dem § 78, der diesen Zweck verfolgt, haben wir zugestimmt. Wir ist nur sehr fraglich, ob er viel angewendet wird. Wir werden die Frage des Börsengesetzes ganz vorurteilslos prüfen ohne Vorurteil für die Börsenjobber, aber auch ohne Vorurteil für die andere Seite. Herr v. Kardorff ist mit Recht für die Reform der Aktiengesellschaften eingetreten. In England hat man statt Aktien auf Inhaber, Aktien auf Roman, so daß man feststellen kann, wer Anteilnehmer an industriellen Unternehmungen ist, wer die Verantwortung trägt. Das ist gerade der Mißstand, daß wir heute diese Trennung des Einkommens aus der Arbeit und der Arbeit selbst haben, daß es so viele Leute giebt, die nur Aktienbesitzer sind, die den Rahm abschöpfen von der Produktion, aber nicht zur Verantwortung herangezogen werden können. Die Gefahr liegt heute darin, daß die Bankokratie sich verbindet mit den großen Unternehmerverbänden. In der Beherrschung gewaltiger Massen von Menschen durch keine aber überaus mächtige Kapitalkonzentrationen, da liegt die Gefahr. Und der kommen Sie durch Ihre Börsengesetzgebung nicht bei. Im Gegenteil: diese Gesetzgebung hat gerade die großen Banken auf Kosten der kleinen gestärkt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von diesem Standpunkt aus werden wir Ihre Vorlage prüfen vom vertiesten Standpunkt volkswirtschaftlicher Unterordnung aus, nicht von dem eines oberflächlichen Moralurteils! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Burtage (C.): Auf den Zukunftsstaat, den uns der Vorredner wieder empfohlen, lassen wir uns nicht ein. Wir betrachten das Eigentum als Grundlage der persönlichen Freiheit. Der Herr Vorredner irrt, wenn er behauptet, daß die kleinen Banken von den großen vernichtet würden. Ich habe schon in meiner ersten Rede nachgewiesen, daß die Lage der Provinzbankiers durchaus günstig ist. An dem gesetzlichen Verbot des Terminhandels muß festgehalten werden. Wird die Novelle unterändert angenommen, so kann er durch eine Hinterthür wieder eingeführt werden. Wir wollen eine gesetzliche Handhabung nicht eintauschen gegen die diskretionäre Willkür der Regierung. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Börsenterminhandel die Schwankungen der Getreidepreise vergrößert. Die Landwirte erheben nur eine gerechte und billige Forderung, wenn sie verlangen, daß das natürliche Spiel von Angebot und Nachfrage nicht durch den künstlichen Eingriff des Terminhandels gestört wird. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Herr Kämpf hat meine Zahlen über den Effektenumsatz von Getreide in Berlin bemängelt. Ich habe deutlich gesagt, daß der gesamte Umsatz an Roggen, Weizen, Gerste und Hafer durchschnittlich in den Jahren 1893 und 1896 und nach Einführung des Börsengesetzes 1897 und 1899 470 000 Tonnen betrug. Auch meine Ausführungen über Treu und Glauben sind von verschiedenen Rednern bekämpft worden. Moral und gesetzliches Recht können sich niemals ganz decken. Gewiß können Gesetze die Moral fördern und beeinträchtigen und wir sind ja auch gern bereit, für gesetzliche Abhilfe zu sorgen, wenn das Börsengesetz zu unmoralischen Einwendungen geführt hat. Die Grundlage der Moral aber ist die innere Ueberzeugung und das Gewissen, und wenn diese beiden Dinge ins Schwanken geraten, dann helfen auch alle Gesetze nicht mehr. (Sehr richtig! im Centrum.) Die notwendigen, wirtschaftlich durchaus berechtigten Lieferungs-geschäfte sind durch keine Reichsgerichts-Entscheidung angegriffen worden. Dem Reichsgericht ist kein Vorwurf zu machen, daß es nicht am Wortlaut gefestigt hat, sondern frei nach dem Sinn geurteilt hat. Ich glaube nun, die Angriffe genügend zurückgewiesen zu haben, und schließe mit dem Antrage, die Kommission auf 21 Mitglieder festzusetzen.

Abg. Camp (Sp.):

Als Ende der 70er Jahre der Terminhandel an den deutschen Börsen eingeführt wurde, hat der effektive Handel sich selbst bitter über den Terminhandel beschwert. Denken Sie doch nur an die skandalösen Vorkommnisse an der Hamburger Kaffeebörse, an die bekannten Berliner Prozesse wegen Verleitung zum Börsenspiel. Damals entstand die Theorie, daß nach den begleitenden Umständen gerichtet werden müsse, ob das Geschäft legitim oder nicht sei, daß z. B. ein Hausdiener nicht ernstlich Kaffee kaufen könne. Es ist doch bekannt, daß 90 Proz. aller Termingeschäfte nur auf Kursdifferenzen hinauslaufen, also Spielgeschäfte sind. Das Gegenteil ist uns gestern nicht bewiesen worden. Wir sind mit den Grundzügen des Entwurfs durchaus einverstanden und können nicht anerkennen, daß die kleinen Bankiers dadurch geschädigt werden. Die Frage betreffend die Verächtigung der Termingeschäfte muß in der Kommission weiter geprüft werden. Die schlimmsten Mißstände des börsenmäßigen Termingeschäftes in Waren sind ja jetzt beseitigt. Unzweifelhaft ist es, daß das Termingeschäft in Waren die Preise drückt. (Sehr richtig! rechts.) Nur dann nicht, wenn eine Ware so knapp ist, daß es schwer ist, sie zu bekommen, dann tritt natürlich zum Nachteil des Konsumenten eine Preissteigerung ein. Ein Raubteil könnte vielleicht das Verbot des Terminhandels in Effekten haben, nämlich die Verteuerung des Zinsfußes, wodurch die Staatsfinanzen in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Aber die Mehrheit meiner Freunde ist bis heute noch der Meinung, daß auch in dieser Beziehung das Verbot des Terminhandels aufrecht zu erhalten ist. Ein großer Fehler ist es gewesen, daß die Börse mit ihrem Gelde ins Ausland gegangen ist und nicht mehr die nationalen und kolonialen Bestrebungen unterstützt hat. (Bravo! rechts.)

Abg. Mommsen (fr. Vg.):

Ich spreche hier nicht als Vertreter eines bestimmten Berufes, sondern als Volksvertreter. Das darf ich vielleicht vorausschicken nach den unerhörten Angriffen die heute gegen den Bankierstand gerichtet worden sind. Man sollte doch endlich aufhören, so ungeheuer wichtige Fragen vom rein politischen Gesichtspunkte zu behandeln, in Frankreich und England denkt kein Mensch daran. Ich möchte besonders auf die nationale Bedeutung der Börse hinweisen. Selbst Regierungspräsident Herr v. Jellich hat bei der großen Krise von 1900 das nationale Verdienst unserer großen Banken anerkannt. Auch die Kollegen Camp und v. Kardorff haben sich bemüht, der Bedeutung der Börse an sich gerecht zu werden. Gerade die Berliner Börse hat uns mit zu unsrer jetzigen weltwirtschaftlichen Stellung verholfen, sie ist für den deutschen Weltmarkt unentbehrlich. Der Abg. Schmidt hat auf die großen Einkommen der Bankdirektoren, Aufsichtsräte usw. hingewiesen und gemeint, daß im Vergleich dazu das Einkommen unserer höchsten Staatsbeamten und Minister wie das eines Stiefsohners ersehe. Man sollte sich vor solchen Uebertreibungen hüten. Ist denn Geldverdien eine Schande? Gewiß es giebt unter den Bankdirektoren Leute mit großen Einkommen. Aber die giebt es unter den Agrariern doch auch (Widerspruch rechts). Nun, ich habe Steuerlisten gesehen, von denen jeder Bankdirektor Achtung haben kann. Aber alle diese Leute arbeiten auch dementsprechend zum Wohle der Allgemeinheit. — Nun warf man der Börse vor, daß sie nicht national genug sei, daß die Banken ihr Geld nicht in den Kolonien anlegten. Aber die Banken sind vor allem Verwalter fremder Gelder, dürfen nur gewinnen bringende Geschäfte machen. Und es ist nicht Schuld der Börse, daß nach so langen Jahren deutscher Verwaltung

...dort noch kein Geld mahrend angelegt werden kann. In der Türkei, in Kleinasien erfüllen die deutschen Banken Kultur-

aufgaben. Ich bedauere, daß der Effektenhandel hier so vollständig gegen- über dem Getreide-Terminhandel zurückgetreten ist. Ich komme später noch auf jenen zu sprechen. Zu diesem will ich nur bemerken, daß Herr Durlage die Umsätze an der Berliner Börse nach der Einfuhr berechnete. Weiß er nicht, daß Getreide, das in Mannheim lagert, in Berlin effektiv gehandelt werden kann? Herr Kampf war durchaus im Recht, wenn er sich über diese Ziffern und ihre Auslegung lebhaft wunderte. Daß ein Getreide-Terminhandel wieder eingeführt werden könnte, wenn die Vorlage Gesetz wird, halte ich für ganz ausgeschlossen. Das handelsrechtliche Lieferungs-geschäft, das durch die Reichsgerichts-Urteile auch bedroht wurde, mußte gesichert werden; die Folgen seines Verbots wären auch für die Landwirtschaft unabsehbar gewesen. Sehr bedauere ich, daß die Regierung nicht gegenüber der Mehrheit dieses Hauses sich dazu entschlossen hat, das Verbot des Terminhandels für gewisse Effekten wieder aufzuheben. Immerhin bedeutet die Vorlage einen Fortschritt. Trotz des Terminverbots in Effekten wird auch heute noch ebenso gepiekt wie früher, nur geschieht es jetzt in Auslande oder im Wege des Kassageschäftes. Die Kapitalanlagen des Publikums sind dadurch auf eine falsche und gefährliche Bahn gedrängt worden. Weiter ist die Placierung von Anleihen dadurch erschwert worden. Aber das vorliegende Material, besonders die sorgfältige Denkschrift des Centralverbandes für das Bank- und Bankiergewerbe, wird von den Vöriengegnern einfach nicht beachtet. Ich möchte die Herren in erster Linie auf das Studium dieser Denkschrift verteilen, die durchaus keinen rein privaten Charakter hat und an der monatlang gearbeitet worden ist. Ist es ein Vorteil für die deutsche Volkswirtschaft, daß jetzt unser Publikum hauptsächlich mit ausländischen, zweifelhaften Wertpapieren, mit Goldshares, Minerventuren u. spekuliert, und so der Kurs unserer heimischen Effekten herabgedrückt wird? Sind es erfreuliche Ergebnisse des Vöriengegesetzes, daß 131 Millionen im Jahre 1902 von deutschen Bankiers an ausländischen Börsen im Termingeschäft umgesetzt worden sind? Allein in Goldminenshares sind nach Auskunft des deutschen Konsuls in Johannesburg 404 Millionen angelegt. Gewiß, Deutschland ist nicht reich genug, um dauernd so große Summen zu entbehren. Aber dann dürfen Sie doch nicht durch schlechte Gesetze das deutsche Kapital ins Ausland treiben. Nur weiß ich ja, daß wir das Vöriengegesetz usw. doch nicht wieder loswerden. (Sehr richtig! rechts.) Aber dann müssen wir die Vorschläge der Regierung doch als leichte Befreiung anerkennen. Graf Kanitz hat in seiner letzten Rede schon wieder einmal gefragt, warum die Vörie die Befreiung, die den Differenzierern erhoben haben, nicht ausschließt. Nachdem ihm schon wiederholt gesagt worden ist, daß das geschehen ist, lege ich heute Alten zum Schweigen dafür vor und bitte ihn nun, diese Frage endlich zu unterlassen. (Sehr gut! links.)

Die Regierung mußte nach den Verhandlungen im Vörien-ausschuß annehmen, daß auch die Rechte einer solchen Reform, wie sie hier vorliegt, zustimmen würde. Jetzt aber erklärt Graf Kanitz, was wir da empfohlen haben, das war nur eventualissimmo, heute ist die Zeit zur Reform noch nicht gekommen. Ich meine, wo sich solche Verhältnisse ergeben haben, wie aus dem Vöriengegesetz von 1896, ist eine Reform dringender notwendig. Wir werden die Regierung nach Möglichkeit in ihrem Bestreben unterstützen.

Der Herr Staatskommissar an der Berliner Börse konnte den Herren auf der Rechten sagen, daß alle Vorgänge an der hiesigen Börse sich in Uebereinstimmung mit dem Gesetz befänden und das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen brauchen. Die Abgg. Graf Kanitz und Graf Schwerin haben die Rechtsprechung des Reichs-gerichts in Schutz genommen. Alle bedeutenden Juristen, auch Laband, sind darüber einig, daß die Urteile des Reichs-gerichts thatsächlich im offenen Widerspruch zu den Motiven des Gesetzes stehen. Glauben Sie, daß die Autorität des Reichsgerichts gefährdet wird, wenn ihm von den agrarischen Parteien von der Trübungs-Weisung geredet wird? Eine solche Verbeugung der Agrarier erscheint mir viel bedenklicher als die schärfste sachliche Kritik. (Weisfall links.) Wenn wir uns entschließen, die ungenügenden Vorschläge der Regierung, die in der Kommission noch beschränkt werden sollen, anzunehmen und überhaupt mitzuarbeiten, so geschieht es nur aus dem Wunsche, unser Wirtschaftsleben auszugestalten und für die Vörie die großen Aufgaben zu erfüllen, die jeder Stand im deutschen Vaterlande hat. Wir hoffen, daß wenigstens die großen Verletzungen von Treu und Glauben verhindert werden, damit die Börse nicht ganz ohne Rechtsboden dasteht. (Bravo! links.)

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Kampf (fr. Sp.) wird die Debatte geschlossen.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung, Stempelsteuergesetz, Totalisatorsteuer.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Zu den französischen Gemeindevahlen.

Paris, 27. April. (Eig. Ber.) Am 1. Mai als am ersten Mai-Sonntag finden die Gemeindevahlen statt. Diese Wahlen haben in Frankreich von jeher eine allgemein-politische Bedeutung — schon deshalb, weil die Gemeinderäte durch ihre Wahlmänner den ausschlaggebenden Teil der senatorischen Wählererschaft liefern. In den ersten Zeiten der Republik bildete die Abschaffung des Senats eine energische, ernst gemeinte Forderung des radikalen Programms. Seither verblähte sie immer mehr zu einer platonischen Redensart in dem Maße wie die Radikalen regierungsfähig wurden und im Senat selbst an Einfluß gewannen. Jetzt wird sie nur noch als pietätvolle Erinnerung an das „heroische Zeitalter“ mitgeführt. Der Senat hat sich fest eingewurzelt. Seine ehemaligen Gegner erblicken in ihm sogar — in Ueberschätzung seiner Rolle während des Boulangerismus und der Dreifus-Reise — eine Hochburg der Republik. Niemand denkt mehr an seine Abschaffung. Alle Parteien, die auf diesem Gebiete in der Offensive stehenden Linksparteien voran, suchen sich vielmehr des Senats zu bemächtigen. Das sicherste Mittel dazu sind aber die Gemeindevahlen.

Der politische Charakter der Gemeindevahlen, wie er verfassungsmäßig objektiv gegeben ist, wurde aber lange genug im Bewußtsein der breiten Wählermasse naturgemäß durch die nächstliegenden lokalen Interessen gänzlich verdrängt, selbst in den größeren Gemeinden. Ja, auch heute ist es nicht der entscheidende Einfluß der Kommunalwahlen auf die Zusammensetzung des Senats, der ihren politischen Charakter in merkwürdigen Grade für die Wählermasse zu einer Bewußtseins-tatsache macht. Das wird vielmehr bewirkt durch ihren allgemein-politischen Demonstrationenwert. Der jeweils die Situation beherrschende Parteienkampf bemüht auch die Gemeindevahlen zu einer politischen Machtwort. Oppositionelle Gemeindevahlen können die Regierung nicht stürzen, aber in einem demokratischen Lande sind sie doch als Kundgebung des allgemeinen Wahlrechts, das in Frankreich für die Gemeinde wie für das Departement und den Staat gilt, von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Seit den letzten Kommunalwahlen von 1900 hat sich die vorherrschende Parteigruppierung nicht geändert. Die Merikal-nationalistische und mollnistische Opposition steht nach wie vor im Kampfe gegen das regierende Kartell der Linken. Demgemäß steht auch die gegenwärtigen Gemeindevahlen politisch im Zeichen jenes Kampfes. Alle Parteien bezw. Wahlorganisationen von rechts und links haben sich an die Wähler mit politisch zugespitzten Aufrufen gewendet. Die

oppositionellen Organisationen haben den parteipolitischen Charakter der Wahlen am schärfsten betont.

Doch zeigt die Merikal-nationalistische Agitation im Vergleich mit 1900 eine gewisse Mattigkeit. Es fehlt ihr an Selbstvertrauen und erst recht an Einheitslichkeit. Das wahre einigende Band der reaktionären Demagogie aller Richtungen, das Merikale Interesse darf weniger denn je vor der Wählermasse enthüllt werden. Es muß mehr denn je durch die Ausrufung der „Gewissensfreiheit“, der „Vereinsfreiheit“ (lies: der Kongregationenfreiheit) verhüllt werden. Die heuchlerisch vorgeschobene gemeinsame patriotische Fahne der Opposition aber ist nur noch ein verschliffener Lappen ohne jede Anziehungskraft und Täuschungskraft. Seit sechs Jahren arbeiten die Patrioten tagtäglich mit der Phrase vom Verrat, vom Verkauf des Vaterlandes an alle möglichen Erbfeinde, von der tiefen und tiefsten Erniedrigung Frankreichs, während thatsächlich Frankreich internationale Stellung immer stärker und glänzender wird. Nur die ganz Blöden können noch an jene Verratsphrase der nationalistischen Agitatoren glauben. So sucht denn die Opposition den Schwerpunkt der Wahlagitation auf das finanzielle Gebiet zu verlegen. Die finanziellen Folgen des antikongreganistischen Schulkampfes für die Gemeinden werden gewissenlos ins ungeheure übertrieben. Im Manifest der „Liberalen Aktion“, der reichsten und stärksten Merikalen Wahlorganisation, werden die Gesamtkosten der neuen Schulbauten auf 300 Millionen Frank und das Jahresgehalt des neuen Lehrpersonals auf 60 Millionen Frank geschätzt! Nach den amtlichen Angaben aber werden die Kosten bloß rund 50 Millionen betragen, wovon auf die Gemeinden nur 23 Millionen entfallen würden.

Speziell die Agitation der Pariser Nationalisten ist ein Musterbild der Zerfahrenheit. Die vor vier Jahren siegesichereren Stürmer und Dränger scheinen jetzt, wo es den eroberten Gemeinderat zu behaupten gilt, ihre glorreiche Vergangenheit vergessen machen zu wollen. Die fürchterlichen Vaterlandsverräter von 1900 sind ängstliche Mandatsretter geworden. Die übrigen matten Bemühungen der Ghes, der Jules Renaitre, der Drumont und Rochefort, den Kandidaten patriotischen Schwung einzubringen, scheitern zumeist an dem egoistischen Instinkt der Selbsterhaltung, der insbesondere den bisherigen Gemeinderatsmitgliedern den gründlichen Unterschied zwischen der Wahlsituation von 1900 und 1904 klar macht.

Neben der reaktionär-Merikalen Bourgeoisie und einigen durch die patriotische Demagogie verblendeten Arbeiterelementen war es hauptsächlich das politisch wie ökonomisch niedergehende und haltlose Kleinbürgertum, das 1900 den Pariser Gemeinderat den Nationalisten ausgeliefert hat. Das war aber nicht nur eine Kundgebung blöder Anzuchtbarkeit. Die Pariser Krämer erwarteten von der neuen Partei rettende Thaten, wie seiner Zeit vom Boulangerismus, eben weil es eine neue Partei war und weil sie noch demagogischer Art allen alles versprach. Jetzt aber ist es keine neue Partei mehr und die nationalpolitischen Verwirrungen konnten natürlich nicht gehalten werden — ebensowenig im Pariser Gemeinderat, wie seit 1902 in der Deputiertenkammer. Der nationalistische Parteiname ist daher nicht mehr Trumpf. Man beobachtet nun an den in Paris besonders zahlreichen Mandatsjägern die umgekehrte Erscheinung wie 1900. Damals suchten die Chamaleonenhaften Politiker die stechendste nationalistische Farbe anzunehmen, jetzt suchen sie den Erfolg in einer möglichst blassen politischen Färbung, die in harmlos schillernder Vieldeutigkeit sich an die Zusammensetzung des jeweiligen Wahlbezirks anpassen ließe. Daß ferner die bisherigen nationalistischen Gemeinderats-Mitglieder in den verschiedenen Stadtvierteln einen verschiedenen politischen Eigenamen sich zulegen — vom „Liberalen“ (lies: Merikalen) bis zum „socialistischen Republikaner“, „socialistischen Patrioten“ oder „patriotischen Socialisten“ — das ist eine Wiederholung der bunten Maske der 1900. Neu aber ist an diesem alten Wismasch das Auftreten mehrerer nationalistischer Kandidaten in einigen Wahlbezirken, und das unter dem Schutze verschiedener Organisationen oder Oberführer. Die Kandidatenliste Rocheforts und Drumonts weist mehrfach verschiedene Namen und verschiedene Viden auf. Ein Vorbote des kommenden Zerfalls. Und Drumont feuert bereits ganz offen über die mangelnde Intelligenz der Seinen, die im Punkte der Disziplin von dem höheren Parteiverständnis des Blocs nicht lernen wollten. Er vergißt, daß der Bloc besonders in Paris und auf kommunalem Gebiet eine enge durch gemeinsame, offen proklamierte Zwecke zusammengehaltene Koalition verwandter Parteien ist, während der Nationalismus von Anfang an einen buntschwedigen Wismasch bildet, der unter falschen Schlagworten die Wähler im verheimlichten Merikal-reaktionären Interesse zu über-tölpeln sucht, einen Wismasch, der in seinem führenden Teil aus Ueberresten alter, aus kümmerlichen Keimen neuer Parteigruppen und namentlich aus gejunghelosen Ueberläufern und Abenteurern besteht. Kein Wunder, daß der erste ungünstige Wind das lose Gefüge zum Schwanken bringt.

Uebrigens hat die Abbröckelung des Nationalismus schon im Pariser Gemeinderat von 1900 begonnen. Die ursprüngliche geschlossene nationalistische Mehrheit von 43 Mitgliedern (gegen 37) ist schließlich in wichtigen Abstimmungen auf 35 oder 36 Mann zusammengebrochen, während in den vier Jahren nur ein nationalistisches Mandat an die Republikaner verloren ging. So hat die socialistische und radikale Minderheit mit Hilfe der nationalistischen Abtrünnigen die Uebernahme der Gasbeleuchtung in die kommunale Regie durchgesetzt, trotzdem die alte Gasmonopol-Gesellschaft 1900 durch klingende Wahlhilfe für die Nationalisten sich die Erneuerung des Monopols erlauben zu können geglaubt hatte. Andererseits hat die nationalistische Führerschaft im Gemeinderat gar bald ihre politisch-intransigenten Allüren gegenüber dem schmählich beschimpften Präsidenten der Republik und dem „Ministerium des Landesverrats“ abgelegt. Zum Entsetzen der patriotischen Wähler suchte das nationalistische Präsidium bei Loubet und dem Ministerpräsidenten gnädige Audienzen nach. Und gegenwärtig drängt sich der nationalistische Gemeinderats-Präsident auf der italienischen Reise Loubets vor, während die nationalistische Presse die französisch-italienische Verbrüderung in üblicher Weise für eine Schwächung, Bedrohung oder Erniedrigung des Vaterlandes ansieht.

Trotz alledem aber ist man im Lager des Blocs des Sieges Paris', das heißt der Mäderoberung des Gemeinderates nichts weniger als sicher. Die „Ueberumpelung“ von 1900 wirkt noch immer ängstlich. Die Haltung des Kleinbürgertums scheint ungewiß. Dazu kommt die weitere Verschiebung der Pariser Bevölkerung zu Ungunsten der proletarischen Stadtviertel. Der im Parlament herrschende Bloc hat ja keine Zeit gefunden, die Wahlkreis-Einteilung in einigermaßen gerechtem Sinne umzuändern, und der verspätete Versuch in dieser Richtung scheiterte an dem Reid der Radikalen, die den Socialisten nicht einige neue Mandate gönnen mochten. So könnte vielleicht wiederum wie 1900 die antinationalistische Wählermehrheit der ganzen Hauptstadt eine nationalistische Gemeinderatsmehrheit der einzelnen Bezirke ergeben.

In der Provinz ist jedenfalls ein Sieg der Regierungsparteien zu erwarten. Dafür sprechen die politischen und sonstigen Wahlen seit 1900 und 1902. Was die Wahlsituation des Socialismus betrifft, so ist ihre Ungunst schon dadurch gekennzeichnet, daß nicht sie den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses bildet. Das war in den Wahlen der 90er Jahre, auch in den kommunalen, anders. Seit den Kammer-

wahlen von 1898 (Dreifus-Wahlen) und dann besonders mit dem immer engeren Anschluß der ministeriellen Socialisten an die bürgerliche Demokratie konzentriert sich stets das allgemeine Interesse auf den Kampf zwischen dem Linkskartell und dem Merikal-Nationalismus. Die letzten Kammerwahlen von 1902 haben so ziemlich einen Stillstand des Socialismus aller Richtungen gezeigt nebst einem knappen Mandatsgewinn zu Gunsten der ministeriellen Socialisten. Auch jetzt liegt kein Grund vor, ein Vordringen des Socialismus zu erhoffen. Die Jaurèsisten mögen vielleicht in einzelnen Städten von ihrem Bündnis mit den Radikalen profitieren. Mit Ausnahme von Paris, wo die Einervahl noch Bezirken gilt, und von Lyon, das in einige Sektionen mit Vistemwahl zerfällt, werden die Kommunalwahlen auf Grund der die ganze Gemeinde umfassenden Vistemwahl vorgenommen. Die Jaurèsisten werden daher, von den angeführten Ausnahmen abgesehen, überall in der Regel gemeinsame Listen mit den Radikalen gleich im ersten Wahlgang bilden. In diesem Sinne hat übrigens der Nationalrat der V. S. F. den Beschluß des Kongresses von Saint-Etienne erläutert. Ob aber derartige Mandatsverfolge, die notwendig eine Vertiefung der socialistischen Grundzüge voraussetzen und eine Vertiefung der ohnehin unklaren Wählererschaft bedingen, wirklich als spezifisch socialistische Erfolge zu betrachten sind, das ist freilich zu verneinen.

Aus Industrie und Handel.

Die neue russische Kriegaanleihe. Ueber die einzelnen Bedingungen, unter welchen die russische Anleihe von dem Pariser Bankensyndikat übernommen wird, fehlt es noch immer an zuverlässigen Mitteilungen; allem Anschein nach sind die Verhandlungen zwischen dem russischen Finanzministerium und der französischen Bankgruppe noch nicht zum Abschluß gelangt. Diese Auffassung wird durch folgende anscheinend aus dem Kreise der beteiligten Banken inspirierte Notiz der „Königlichen Zeitung“ bestätigt: Nach den Meldungen über die zu erwartende Höhe der russischen Kriegskosten, die in offiziösen Petersburger Mitteilungen bis zum Monat Juni auf 200 Millionen Rubel und für eine Dauer von 18 Monaten auf 800 Mil. Rubel veranschlagt wurden, war es vorauszuweisen, daß ein russisches Anleihegeschäft größeren Umfangs nicht mehr lange auf sich warten lassen würde. Zwar verfügte die russische Staatsbank Ende Januar noch über einen Metallbestand von 750 Mil. Rubel, dem ein Notenumlauf von nur 600 Mil. Rubel gegenüberstand, allein die Erhöhung der Notenziffer wäre nicht nur wegen der vor nicht allzulanger Zeit vollzogenen Regelung der Währung unthunlich gewesen, sie hätte auch deshalb ihre Zwecke nur unter mancherlei Unbilligkeiten erfüllen können, weil der größte Teil der Zahlungen des russischen Schatzamts im Auslande zu erfüllen ist. Andererseits mußte ein Anleihegeschäft im eigentlichen Sinne fürs erste unterbleiben, da auf den mit russischen Renten bereits stark überlasteten französischen Markt Rücksicht zu nehmen war. Bei den Verhandlungen für die Uebernahme von 800 Mil. Frank Schatzscheine durch eine französische Bankgruppe, deren grundsätzlicher Abschluß bereits erfolgt ist, scheint letzterer Punkt eine besondere Rolle gespielt zu haben. Wie nämlich aus guter Quelle verlautet, hatten sich in letzter Stunde gewisse Hindernisse eingestellt, die einem mittelbaren Zutun des französischen Finanzministeriums entspringen sollen. So wurde angeblickt wegen des Wettbewerbs, den die hochverzinslichen russischen Schatzscheine für alle Staatsrenten, besonders aber für die französischen Rente darstellen würden, für die neuen Schatzscheine nicht bewilligt werden würde. Man hat ferner zur Verhütung von Laufschwierigkeiten der Kleinkapitalisten verlangt, daß die einzelnen Abkante der Schatzscheine nicht, wie ursprünglich geplant, im Betrage von 500 Frank, sondern in folchem von mindestens 10 000 Frank ausgegeben werden. Das soll sogar den Credit Thomais, der seine Kundschaft zur Zeichnung bereits eingeladen hatte, zur Zurückziehung seiner Kundschreiben veranlaßt haben. All dieses wird natürlich verhindert, daß das Geschäft, bei dem es fürs erste nur auf eine Kreditbewilligung mit vorgezeichnetem Frist ankommt und dessen Formen nicht die unbedingte Teilnahme des französischen Anlagekapitals in sich schließen, abgeschlossen wird. Wie bereits gemeldet wurde, sind die beiden Vertreter der beteiligten Bankengruppe nach Petersburg zurückgekehrt, um den Vertrag über die Anleihe endgültig zu unterzeichnen.

Ein Differenzierewand-Prozess, der in seinem Verlauf gerade jetzt, wo im Reichstage die Reform des Vöriengegesetzes zur Beratung steht, doppelte Aufmerksamkeit verdient, ist der des eingetragenen Vörienbesizers Chr. Teubert in Hohen-Neuendorf. Teubert hatte den Differenzierewand gegen eine hiesige Bankfirma erhoben wegen eines Betrages von 18 000 M., den er zuletzt der Bankfirma schuldig geworden war, nachdem er früher im Laufe der Zeit aus der Geschäftsbewandlung 95 000 M. Gewinn gezogen. Vor der schiedsrichterlichen Kommission der Börse hatte Teubert den Differenzierewand, Spielereiwand, Registerereiwand und den Einwand des verbotenen Termingeschäfts geltend gemacht. Dabei verfuhr er, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, in der Weise, daß er die Geschäfte in Industrierpapieren als nichtig ansah, gleichzeitig aber die Dividendencheine von diesen Papieren, welche die Klägerin in Depot hatte, heraus verlangte. Die schiedsrichterliche Kommission der Aktienbörse hatte den Registerereiwand als gegen die kaufmännische Ehre verstoßend verworfen. Daraufhin hat nunmehr der Rechtsanwalt des Beklagten in einem sich daran anschließenden neuen Prozeß vor der schiedsrichterlichen Kommission kurz vor Erlassung des Urteils der Kommission in einem Schriftsatz mitgeteilt, daß er gegen sämtliche schiedsrichterliche bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige aus § 336 des Strafgesetzbuches wegen Rechtsbeugung erstattet habe. (Der § 336 lautet: „Ein Schiedsrichter, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtsache vorzüglich zu Gunsten oder zum Nachteil einer Partei einer Beugung des Rechtes schuldig macht, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.“)

Die Affaire wird vielleicht noch rechtzeitig genug bekannt, um im Reichstage besprochen zu werden. Sie liefert einen neuen Beweis dafür, zu welchen Konsequenzen das Vöriengegesetz führen kann.

Auswanderung aus England. Die gedrückte wirtschaftliche Lage und der Arbeitsmangel in England haben ein erhebliches Anwachsen der Auswanderung nach Kanada veranlaßt. Durchschnittlich wandern 2000 Personen wöchentlich dorthin aus, um Farmarbeit zu betreiben. Unter den Auswanderern sind Baumvolkarbeiter aus Lancashire stark vertreten.

Marktpreise von Berlin am 28. April 1904 nach Ermittlungen des Hgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis	
*Weizen, gut D.-Gr.	17,20	17,25	Kartoffeln, neue D.-Gr.	8,00	5,00	
- mittel	17,22	17,18	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20	
- gering	17,14	17,10	do. Bauch	1,40	1,10	
*Roggen, gut	13,10	13,09	Schweinefleisch	1,50	1,00	
- mittel	13,08	13,07	Rohfleisch	1,80	1,20	
- gering	13,06	13,05	Hammelfleisch	1,80	1,20	
†Gerste, gut	14,20	13,10	Butter	2,60	2,00	
- mittel	13,09	11,90	Eier 60 Stk	3,60	2,80	
- gering	11,80	10,80	Kartoffeln 1 kg	2,00	1,20	
†Hafer, gut	15,00	14,10	Kais	3,00	1,40	
- mittel	14,00	13,10	Banzen	3,00	1,20	
- gering	13,00	12,10	Beide	2,20	1,20	
Rübsstroh	4,00	3,82	Barthe	2,00	0,80	
Heu	7,40	4,80	Schote	3,00	1,40	
Erbsen	40,00	28,00	Bieie	1,40	0,50	
Speisebohnen	50,00	36,00	Stroh	per Schof	15,00	3,00
Linzen	60,00	25,00				

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 30. April. Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opernhaus. Ein Sommer-nachstramm.
Deutsches. Rose Bernd.
Reiner. Alt-Heidelberg.
Leistung. Papstencisch.
Westen. Japanische.
Neues. Kabale und Liebe.
Central. Die 300 Tage.
Central. Der Sonnenvogel.
Belle-Alliance. Freut Euch des Lebens.
Thalia. Der Hochtourist.
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Kleines. Fräulein Julie.
Luise. Mädchen von Schöneberg.
Trianon. Das elfte Gebot. Hierauf: Der Dieb.
Carl Weiss. Der Totschläger.
Deutsches. Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Gebd. Herrfeld. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Casino. Husarenliebe. Jährliche Verlobung.
Palast. Die Liebe im Eckhaus. Die Weber.
Wintergarten. Specialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr: Das Land Tirol.
Um 4 Uhr (kleine Preise): Frühlingstage an der Riviera.
Jubiläumstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater.
Heute 7 1/2 Uhr: Revue:
Der Sonnenvogel.
Operette in 3 Akten v. S. Holländer.
Paula Worn a. O.
Sonnabend, 24. Uhr: Wahrheit.
Schauspiel in 4 Akten von Fritz Sille (Lieutenant a. D.). Vorher zum erstenmal: Vinota. Dramatischer Financier von Martin Groll.
Abends 7 1/2 Uhr: Der Sonnenvogel.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Kabale und Liebe.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Kabale und Liebe.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Rechte Vorstellung in dieser Saison.
Das Wildmädchen von Schöneberg.

Residenz-Theater
Heute und folgende Tage:
Die 300 Tage.
(L'enfant du miracle.)
Schauspiel in 3 Akten von Paul Gavault und M. Chereh.
Deutsch von Alwed Palm.

Metropol-Theater
Zum 47. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
Abends 8 Uhr:
Phänomenale Specialitäten.
8 1/2 Uhr: Die Sensations-Novität:
Liebesgötter.
Im dritten Bild:
Der Götterzug
und die grandiose Apotheose.
Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Heute: Schluss der Saison.
Die Liebe im Eckhaus.
Lustspiel in 2 Akten von Cosma r.
Am pyramidalen Specialitäten:
Miss Stairs, die mittelaltliche Laube.
Emmeline Hochberg, Borst-Subrette.
Deamando und Anni.
akrob. - equilibristischer Melange-Act.

Die Weber.
Charaktergemälde mit Musik von R. Gerde.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Haus Rosenhagen.
Sonnabendmittag 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Montagabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Das grobe Hemd.
Sonnabendmittag 3 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Montagabend 8 Uhr:
Haus Rosenhagen.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV. 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Dichtung Jean Kron und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.
Wegen des Umbaus Schluß der Saison am 1. Mai.
Nur noch 2 Vorstellungen:
Der Hochtourist.
Sonnabendmittag 3 Uhr: **Charleys Tante**
Schluss der Saison am 3. Mai.

Cirkus Busch.
Abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Benefiz-Abend
für die Schulleiterin **Fräulein Martha Mohnke.**
Zum erstenmal: „Abdallah“, russisch-arabischer Dumm, in der hohen Schule geritten von der Benefiziantin. — Insuper dem „Wald Boy“ in seinen Schuhen über der Erde; ferner der Steiger „Herman“ Sodann.
Fortsetzung der großen internationalen **Ringkampf-Konkurrenz** unter dem Ehrenprotectorat des Herrn Professors Dr. Bogas. Beginn gegen 8 1/2 Uhr.
Urban Christoph gegen **Jacob Koch.**
Zum Schluß zum 100. Male: **Aus den Alpen.** Bemerkenswert: Der Automobilsturz. Was! Am Sonntag, den 1. Mai, in beiden Vorstellungen nachmittags und abends: **Aus den Alpen.**

Brauerei Friedrichshain
früher Lipps (Deleonom: E. Niemann) am Königsdöhr.
Grösster Konzertsaal Berlins.
Heute Sonnabend:
Konzert
aus **Johann Strauss** aus Wien
Dirigent der k. u. k. Österreichischen Hofballmusik mit seiner gesamten Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Reserv. Pl. 1,00.
Morgen fällt das **Johann Strauss-Konzert** aus.
Fortsetzung: Montag und folgende Tage.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Das Land Tirol.
Um 4 Uhr (kleine Preise): Frühlingstage an der Riviera.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 163.
Letzte Woche!
Die Tunesen-Truppe
(Afrika in Berlin!)
Grosse Völkerschau.
Die schönen Harems-Damen aus Tunis.
Anfang 8 Uhr!
Sonnabend:
Zum **250.** Male.
Deutsch-Amerikanisches THEATER
Köpenickerstrasse 67.
Jeden Abend:
Gastsp. Ad. Philipp Ueborn
GROSSEN TEICH.

Casino-Theater.
Lehringstr. 37. Anf. 8. Sonn. 7 1/2.
8 Uhr: „Husarenliebe.“
8 1/2: Das brillante April-Programm.
Markort, fr. am Leistung-Theater re.
9 Uhr: **Jährliche Verwandte.**
Sonnabendmittag 4 Uhr: „Hotel Klingebusch.“ Auftreten der neuen Specialitäten.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtasyl.**
Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Zum erstenmal:
Der Totschläger.
(L'Assomoir.)
Barfuss-Gesellschaft in 5 Akten (9 Bildern).
Anfang 8 Uhr.
Morgen nachmittag 3 Uhr (Barfuss 60 Pf.): **Othello.** Abends 8 Uhr: **Der Totschläger.**

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Extra-Elite-Vorstellung.
Wirtware oder: Eine lustige Gespensebeschwörung.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Wintergarten
Letzte Vorstellungen des sensationellen Aprilprogramms.
Kellner-Truppe Italienische Akrob. Paul Conchas In seiner Scene im Bivouak.
Robinson Baker-Trio Springer. Helens Land Vortrags-Soubrette.
Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler
Siegwart Gentes Humorist.
Orforda Wunder-Elementen.
Paschhoff-Truppe Russische Tänzer.
Die Blumenkönigin Tanzdivertissem.
Biograph.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Sonntag: **Maifeier.**
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmesters Goethe-Ensemble.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Nach der Vorstellung:
Frei-Tanz.
Wittmoos: **Fuhrmann, Horst, Walde-Sänger.**

Reichshallen
Stettiner Sänger
Zum Schluß: **Neu!**
Circus Lenz und Circus Pusch.
Anfang 8 Uhr.
Hochzeit 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci.
Königlicher Hof - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Solree: **Tanz.**

Brods Gesellschaftshaus
an Damerinssee.
Inhaber: **H. Degebrodt**
vom Strandlosh am Müggelsee.
Empfehle Fabrike, Beieren und Korporationen für Sommervergnügen und Ausflüge mein geräumig gelegenes Lokal. Zwei große Säle, Hallen, genügende Nebenzimmer, Beistellungen aller Art. Coullante Preise.
H. Degebrodt.

Restaurant „Neue Mühle“
Dampfer-Station.
Robert Kiedel.
Empfehle den geachteten Beieren und Gesellschaften mein herrlich an Wald und Wasser gelegenes Stabliement. Großer Garten, 2000 Bäumen, laubende, verdeckte Hallen und Bestanden, zwei Stegelbahnen. Bestgepflegte Bier und Weine erster Häuser. Vorzügliche Küche.
Ständlicher Verkehr vom Götlicher Bahnhof bis Königs-Butterhausen.

Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.
Seht nach beendeter Engros-Saison

Einzel-Verkauf enorm billig.
Paletots, Jacketts, Capes, Kostüme.
Kostümrücke, Mädchenmäntel.
Gegen Vorzeigung dieses Inserats an der Kasse werden 5 % extra vergütet.
Robert Baumgarten
Hausvogelplatz 11, II. Et. (Ede der Bernauerstrasse.)
Auch Sonntags geöffnet!

Hüte in allen Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Dresdenerstr. 100,
an der Prinzenstrasse. 4752L*

Enorm billig
unübertroffen ist die Eleganz, der tadellose Sitz unsrer in bester Massschneiderarbeit zum Verkauf gelangenden nur hochmodernen vornehmen Herren-
Anzüge Paletots
aus feinsten Massstoffen.
Masspreis bis 70 M., jetzt 18-38 M. Gehrockanzüge, Masspreis bis 80 M., jetzt 23-43 M. Bekleider jetzt 8-12 Mark.
Sonntag 8-10 u. 12-2 geöffnet.
Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, I. Trepp.
Auf Hausnummer achten!

Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft
„Stern“
Berlin, Brückonstr. 6b. Potsdam, Lange Brücke.
Sonntag, den 1. Mai 1904.
Beginn der täglichen regelm. Fahrten nach den auf den Stationen aushängenden Frühjahrsplänen.
Um 9 1/2 ab Zammowitzbrücke, 9 1/2 Schilf. Thor Extrafahrt mit Musik nach Schloss Welterdörf. Hin- u. Rückf. 1,00 M., einfach 75 Pf.
Zur Baumblüte in Werder
von Berlin, Weidendammer Brücke 8 30 u. 10, Roabiter Brücke (Café Gärtner) 8 30 u. 10 30, Charlottenburg, Schloßbrücke, 9 30 u. 10 30, von Spandau, Charlottenbrücke 10 30 u. 12, von Potsdam, Lange Brücke, 9 30, 10 30, 11 30, 12 30, 2 30, 3 30, 4 30, 5 30.
(* auch Wochentags bis auf weiteres.)

Sommer-Paletots
moderne, chike Form, mit senkrechten oder geraden Taschen, von mittel- oder dunkelfarbigen, melierten, gestreiften oder geprenkelten Stoffen, teilweise auf Seide gearbeitet, elegant und tadellos sitzend: **20, 25, 30, 35, 40, 45, 50 und 55 M.**

Jackett-Anzüge
ein- u. zweireih. Form, modern und chik gearbeitet, vollständiger Ersatz für Massarbeit: **20, 25, 30, 35, 40, 45 und 50 M.**

Die Preise sind billig aber streng fest.

Grösste Auswahl von **Knaben- u. Jünglings-Garderobe.**

Beste Verarbeitung. Vollständiger Ersatz für Massarbeit.

Grosse Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Carl Stier
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe
Berlin SO. Berlin W.
Oranienstr. 166. Potsdamerstr. 113a.
Potsdam, Nauenerstr. 23.

Preise nie wiederkehrend!
Nach beendetem Umzuge sind die Preise auf:
Teppiche, Gardinen, Portieren etc.
bis zu **33 1/3 %** herabgesetzt.
Jede Hausfrau benütze diese günstige Gelegenheit!
Teppichhaus B. Adler & Co.
Königstr. 20-21, an der Judenstrasse,
im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Plüsch-Portieren,
gestickt, alle Farben a Garnitur, bestehend aus 2 Shawls und einem Lambrequin, **12 M.**
Velvet-Portieren, m. Applikation, in reicher Auswahl, sehr preiswert.
Tuch-Portieren, gestickt, a Garnitur **15,- bis 8 M.**
Wollene Portieren, gestickt, a Garnitur **12,50, 10,- bis 7 M.**
Gewebe Portieren a Stück **6,-, 4,-, 3,-, 1, 25 bis 1 M.**
Vorjährige Muster und Restbestände für die Hälfte des Preises.
Teppich-Haus B. Hurwitz,
Rotes Schloss,
vis-a-vis dem Nationaldenkmal.
Telephon 1, 6811.

Für Garten- Lokale

empfehlen 3041L*

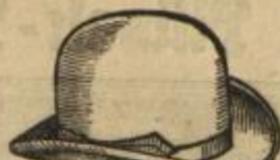
- Grosse Posten Porzellan-Tassen 10, 15, 20 bis 38 Pf.
- Grosse Posten Porzellan-Teller 8, 10, 15, 20 bis 30 Pf.
- Grosse Posten Porzellan-Kaffeekannen für 2, 4, 6, 8, 10 u. 12 Tassen, von 0,30 bis 1,20
- Grosse Posten Kaffeekannen für Kaffeeküchen
- Grosse Posten Milchtöpfe, zu obigen Kannen passend
- Grosse Posten Email-Kaffeekannen u. Milchtöpfe
- Grosse Posten Kaffeelöffel, 5, 7 bis 15 Pf.
- Grosse Posten Tablettes, 10, 15, 25 Pf. bis 3,50
- Grosse Posten Messer und Gabeln, Paar 20, 25, 35 bis 60 Pf.
- Grosse Posten Bierseidel $\frac{1}{16}$, $\frac{1}{10}$, $\frac{1}{8}$ Liter, in allen Formen.
- Grosse Posten Bierbecher von 6 Pf. an.
- Grosse Posten Wassergläser von 5 Pf. an.
- Grosse Posten Weissbiertgläser 18 und 30 Pf.
- Grosse Posten Liqueurgläser von 5 Pf. an.

Unsre Specialmarke
Kronenglas
Seidel, Pokale etc.
in allen Grössen und Formen grosses Lager.

L. Katz & Co.
Spandauer-Str. 45, am Molkenmarkt.



Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1,75 Mark, mit Atlasfutter 2, kleinere Form 1,50



Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 2 Mark.



Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Mützen



Oscar Arnold

Grösstes Special-Geschäft
Engros für Filzhüte, Strohhüte u. Mützen Export
nur **Dresdenerstr. 116** (Kein Laden)
Einzelverkauf zu erstaunlich billigen Preisen
und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Möbel auf Teilzahlung. **H. & M. Lewent,**
Contante Zahl-Bedingungen. Oranienstr. 131.

Billigste, beste Herren-Hüte Garantie-Hüte



In allen Farben. Form E.

Vorzüglich haltbare Filz-Hüte unter Garantie der Tragbarkeit, in 5 Formen. **2 90 M.**

Filz-Hüte Weiche Formen. **1 90 M.**
Moderne Farben 6.—, 4,25, 2,90

Filz-Hüte Weiche Formen. **2 25 M.**
In glatt oder flamme oder floconné 6.—, 3,50, 2,90

Filz-Hüte Steife Formen. **1 90 M.**
Erprobte Fabrikate 6.—, 4,25, 3,75, 2,50

Leinene Kragen 1 80 M.
In 11 neuesten Fassons das $\frac{1}{2}$ Dutzend

Lein. Manschetten 1 65 M.
In neuesten Fassons das $\frac{1}{2}$ Dutzend

Ober-Hemden 2 65 M.
mit prima Leinen-Einsatz

Baer Sohn

Chausseestr. 24a/25 • Brückenstr. 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 23. Preisliste 1904 über gesamte Herren- und Knaben-Kleidung mit über 200 Illustrationen wird kostenlos und portofrei zugesandt.

H. Esders & Dyckhoff

BERLIN

Oranienstr. 48, Ecke Luckauerstrasse
und
Leipzigerstr. 50a, am Dönhoff-Platz.

Herren- u. Knaben-Bekleidung

fertig und nach Mass.

Herren-Mode-Artikel.

- Sacco-Anzüge von 12,50 M. an.
- Rock-Anzüge " 27,—" "
- Sommer-Paletots " 15,— "
- Sommer-Ulster " 19,— "
- Hosen . . M. 2,75 3,45 4,50 5,50 und höher.
- Phantasie- und Wasch-Westen 2,25 2,90 3,90 4,00 und höher.

Arbeiter- und Berufskleidung

zu anerkannt billigen Preisen.

- Loden-Joppen von 3,50 M. an.
- Arbeits-Joppen in engl. Leder, Pilot etc. " 2,75 " "
- Arbeits-Hosen " " " " " 1,50 " "
- Maler-Kittel " 1,75 " "
- Maschinen-Jacke " 1,25 " "
- usw.

Damen-Konfektion.

Berliner Spar- und Bauverein

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Bilanz am 31. Dezember 1903.

Aktiva.	R.	Pf.
1. Grund- und Boden-		
Conto 1.	57 787	50
2. Bau-Conto 1.	160 000	—
3. Grund- und Boden-		
Conto 2.	56 292	50
4. Bau-Conto 2.	160 000	—
5. Grund- und Boden-		
Conto 3.	32 835	—
6. Bau-Conto 3.	90 000	—
7. Grund- und Boden-		
Conto 4.	94 850	—
8. Bau-Conto 4.	275 750	—
9. Grund- und Boden-		
Conto 5.	94 190	—
10. Bau-Conto 5.	302 900	—
11. Grund- und Boden-		
Conto 6.	178 500	—
12. Bau-Conto 6.	570 000	—
13. Grund- und Boden-		
Conto 7.	200 000	—
14. Bau-Conto 7.	28 078	40
15. Grund- und Boden-		
Conto 8.	100 000	—
16. Bau-Conto 8.	10 650	47
17. Bau-Conto 9.	130	—
18. Grundstücks-Ge-		
werbs-Conto Char-		
lottenburg	864 701	04
19. Inventar-Conto	250	—
20. Anlage-Conto der		
Stiegfried Revy-		
Schenkung	50 000	—
21. Wertpapier-Conto	117 090	37
22. Rückständige Mieten-		
Conto	138	25
23. Debitoren-Conto	349	—
24. Geschäftsaufgaben		
bei der Deutschen		
Central-Genossen-		
schaft	500	—
25. Bank-Guthaben	5 864	74
26. Kassenbestand	19 242	28
Ca.	13 470 099	55

Passiva.	R.	Pf.
1. Geschäftsaufgaben-		
Conto	172 062	55
Bermeh-		
rung im		
Jahre		
1903.	26 697	35
2. Spareinlagen-Conto	482 562	—
3. Reservefonds-Conto	9 536	62
4. Stiegfried Revy-		
Schenkung	51 800	—
5. Verfassungs-Conto		
der Stiegfried Revy-		
Schenkung	611	05
6. Schulden-		
Schreibungs-Conto	213 360	—
7. Hypotheken-Conto 1.	197 176	02
8. Hypotheken-Conto 2.	200 000	—
9. Hypotheken-Conto 3.	101 000	—
10. Hypotheken-Conto 4.	318 000	—
11. Hypotheken-Conto 5.	385 406	99
12. Hypotheken-Conto 6.	546 000	—
13. Restausgleich-Grund-		
stück Charlottenburg	745 875	—
14. Creditoren-Conto	13 381	20
15. Reingewinn	6 529	77
Ca.	13 470 099	55

Gewinnverteilung:

31/12 Dividende auf Ge-
schäftsaufgaben am
31. Dezember 1902 5640,70 R.
Dem Reservefonds gut-
geschrieben 889,07
Ca. 6529,77 R.

Mitgliederzahl:

Am 1. Januar 1903 2565
Eingetreten im Jahre 1903 362
2927
Am 31. Dezember 1903 (Schieden
aus infolge Ausschluß, Tod
und Austritt) 831
Bestand an Mitgliedern am
1. Januar 1904 2596
Diebstahlsumme sämtlicher
Mitglieder betrag am
Schlusse des Geschäfts-
jahres 1902 784 500 R.
Dieselbe hat sich ver-
mehrt um 9 000 .
Gesamt-Gesamtsumme am
Schlusse des Geschäfts-
jahres 1903 793 500 R.
Der Vorstand.
L. Schmidt. Ernst Roscher.



Diese Hosen 1,80 M.
Feinere Qualitäten 3,50 R.
Haarhüte von 5,50 R. an.

Schirme Regenschirme in
größt. Auswähl
von 1,50 R. an

Krawatten Blau-
v. 90 Pf. an
Schleifen
v. 15 Pf. an

Wäsche Oberhemden,
Kragen, Wan-
schetten, Servet-
tücher in bester
Qualität

Handschuhe farbige Glacés,
Paar 1,50 R. 11

Gottmann,
Gr. Frankfurterstr. 130.

Eine Mark

möbentliche Teilzahlung liefert
eleg. fertige Herren-Moden.
Verteilungen u. Ref. tabell. Ausf.
Verfäkt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

Die Mai-Resolutionen der Berliner Arbeiterschaft.

Den Gewerkschaften, die am 1. Mai eine Versammlung abhalten, empfiehlt der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Resolution zur Annahme:

Die heute am 1. Mai versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären, an dem in der Maifeier zum Ausdruck kommenden Gedanken festzuhalten.

Vor allem bekunden die Versammelten, daß sie es als ihre erste Aufgabe betrachten, Reformen zu verlangen auf wirtschaftlichem Gebiete, Schaffung eines ausreichenden wirksamen Arbeiterschutzes, insbesondere den Achtstundentag.

Die Versammelten fordern von der Regierung, daß sie auf dem Gebiete der Socialgesetzgebung mehr wie zuvor den Vorschlägen und Anträgen der Arbeiterschaft Rechnung trägt; sie fordern, daß die Socialgesetzgebung, wie sie in den Februar-Erlässen von 1900 ausgedrückt ist, energisch zur Durchführung gebracht wird.

Die Versammelten protestieren energisch gegen alle Maßnahmen, die geeignet sind, der arbeitenden Klasse den Gebrauch des Koalitionsrechts zu beschränken.

Die Arbeiterschaft erhebt unso energischer Protest gegen diese Maßnahmen, als die Unterdrückungs- und Gewaltmaßnahmen des Unternehmertums gegen die Arbeiter zur Genüge bewiesen haben, daß die Organisation der Arbeiter eine im Interesse der Sittlichkeit, Humanität und Kultur begründete Notwendigkeit ist.

Die Versammelten sprechen ihre Entrüstung aus, daß bei Streiks den Arbeitern jede Bewegungsfreiheit durch horrenden Strafmandate, Verbot des Streikpostensiehens und Anlagen auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung sowie der Expressions-Paragrafen genommen wird; sie verlangen das volle Koalitionsrecht.

Aber eingedenk der Worte, daß die Befreiung der arbeitenden Klasse nur das Werk der arbeitenden Klasse selbst sein kann, wird diese, unbeeinträchtigt durch die Maßnahmen ihrer Feinde, unermüdet, vertretend auf ihre eigene Kraft, fortfahren, am Ausban besserer Zustände für die Arbeiterschaft thätig zu sein. Auch wird sich dieselbe stets und mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, daß sie durch Klassengesetze und Klassenjustiz in ihren Rechten geschmälert wird.

Diese Ziele zu erreichen, zur Abwehr gerüstet zu sein, ist nur dadurch möglich, daß jede Zersplitterung der Gewerkschaftsorganisationen vermieden wird. Fort mit allen Sonderorganisationen, nur die Centralisationen können in dem gewaltigen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit den Versammelten zu ihrem Recht verhelfen!

Die Versammelten sprechen allen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden ihre vollste Sympathie aus. In diesem Sinne weiter zu wirken, richten die Versammelten brüderliche Grüße an die zur Befreiung der Sozialarbeit heute am 1. Mai versammelten Arbeiter der ganzen Welt!

Den im Gewerkschaftskartell vereinigten Organisationen wird folgende Resolution zur Annahme empfohlen:

In Uebereinstimmung mit den internationalen Kongressen der gesamten Arbeiterschaft der Welt und nach den grundlegenden Anordnungen des Kongresses der socialdemokratischen Partei Deutschlands zu Köln (1893) feiert das Proletariat heute am 1. Mai 1904 zum 15. Male den Weltfeiertag der Arbeiter, welcher den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung und dem Weltfrieden gewidmet ist.

Die Versammelten bekunden aufs neue, mit aller Kraft und Energie für die Verwirklichung der in der Maifeier zum Ausdruck kommenden Gedanken einzutreten.

Hierzu fordern wir in erster Linie das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Körperschaften der staatlichen und kommunalen Gesetzgebung und Verwaltungskontrolle.

Ferner fordern die Versammelten eine wirksame Arbeiterschutz-Gesetzgebung unter Anteilnahme der Arbeiter an der Organisation der Unfallversicherung und Unfallverhütung im Interesse ihrer Gesundheit, ihrer Sittlichkeit. Dazu ist erforderlich die Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages, um den Arbeitern Zeit und Möglichkeit zu gewähren, sich die für die Erreichung ihrer Ziele notwendigen Kenntnisse anzueignen, die Verwirklichung eines Reichs-Arbeitsamts und durchgreifende gewerbliche Hygiene, einschließlich der Heimindustrie.

Wohl sind die Versammelten davon überzeugt, daß alle Verbesserungen für die Arbeiter infolge eingeführter Reformen innerhalb der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung nur Palliativmitteln sind. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, dessen einziger Möglichkeit in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation wurzelt.

Daher fordern die heut Versammelten zunächst ein unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht und die unbeschränkte Ausübung des Vereinsrechts zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, die die Reichs-Gewerbeordnung gewährleistet.

Für diese Forderungen erheben wir heute unsere Stimme und reichen allen denen brüderlich die Hand, ohne Rücksicht auf Rasse, Nationalität oder Glauben, die mit uns den unerbittlichen Klassenkampf aufnehmen und bis zum Ende durchführen wollen.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend 8 Uhr in Weissensee, Königs-Chaussee 55:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Fr. Kotzke über „Deutsche Elbdenkmäler“. 2. Diskussion. 3. Bericht vom Delegiertenkongress und der Kommission. 4. Verhandlungsgegenstände. 5. Verschiedenes.

Sonntag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, Versammlung

Königsbank, Grosse Frankfurter-Strasse 117. Tages-Ordnung: Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Kollege G. Reuter. — Gefangenschaftsbericht vom Gewerkschaftsverein der Möbelpolierer. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Montag, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Rixdorf, Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Delegiertenkongress. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mittwoch, den 4. Mai, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Centralisierte Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen E. Bernstein über: „Das Reich der Gewerkschaften und seine Grenzen“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Vertrauensmänner und Kommissionen. 4. Küber den Vertrauensmännern können auch andre Kollegen des wichtigen Themas wegen dort erscheinen.

Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß nach Beschluß der letzten Generalversammlung die Kranken- sowie Arbeitslosen-Unterstützung Montag, den 2. Mai zum letzten Mal, von da ab jeden darauf folgenden Freitag abends 7 Uhr bei Schulz, Blumenstr. 38, angesetzt wird. Als Obmann des Ausschusses ist Kollege August Nüsse, Landsberger Allee 151, gewählt. Der Vorstand.

Achtung! Militärschneider!

Heute Sonnabend, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

in den „Reminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung: 1. Die neuesten Vorgänge in der Berliner Militärbranche. Referent: Kollege Ritter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Kollegen aller Uniform-Geschäfte werden ersucht; zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Einberufer.

Tischler-Verein zu Berlin.

(E. H. 89.) 108/11

Heute Sonnabend, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Lipke, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten, Bezahlung der Beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

Restaurant Forsthaus.

Hermisdorf an der Nordbahn, rechter Bahnaufgang.

Sonntag, den 1. Mai 1904: Grosse Mai-Feier.

Es ladet freundlich ein Karl Demke. Fernsprecher. Amt Tegel, Nr. 100.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Verwaltungsstelle Berlin. Fernsprecher: Amt IV, 3353.

Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin

Montag, den 2. Mai d. J., abends 8 1/2 Uhr: in der „Neuen Welt“, Hasenheide Nr. 108-114.

Tages-Ordnung: 1. Rassenbericht und Bericht der Revisoren. — 2. Neuwahl zweier Beamten. — 3. An die Verwaltung gelangte Anträge. Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt! Zahlreichen Besuch erwartet 114/20 Die Ortsverwaltung.

4912L

Sofastoffe

Resonanzwahl aller Qualitäten. Wolle, Reste! Moquettes, Plüsch, Sattelstoffschen.

Master d. näher. Angabe franco. Emil Lafèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Holzarbeiter!

Sonntag, den 1. Mai, mittags 12 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide.

Tages-Ordnung: Die Bedeutung des ersten Mai. Referent: Reichstags-Edward Bernstein. Abgeordneter Der Einberufer.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 83/4

Central-Verein der Bildhauer Deutschlands.

Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 2 Uhr, im neuerbauten Riesenaal des Restaurants „Korpsentisch“, Treptower Landstraße:

Maifeier.

Referent: Dr. phil. Graf Engelbert. Willkür werden am 1. Mai selbst nicht verkauft. 20/17 Das Vergütungskomitee.

Musikinstrumenten-Arbeiter! Maifeier 1904.

Die Kollegen versammeln sich am Sonntagmorgen um 9 Uhr im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18 a. Aufbruch zur Versammlung in der „Neuen Welt“ Sonntag 10 Uhr. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse Edward Bernstein. 83/7 Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Branchen-Kommission.

Bürsten- und Pinselmacher!

Am Sonntag, den 1. Mai, treffen sich die Kollegen von 9 Uhr an beim Kollegen A. Ziegel, Restaurant, Dollmannstr. 40. Um 10 1/2 Uhr Abgang zur „Neuen Welt“, Hasenheide. Der Obmann.

Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Sonntag, den 1. Mai, mittags 12 Uhr:

Zwei große Versammlungen

Referenten: Genossen Antrick und Bernhard über: „Der Tag nach dem Achtstundentag“. Von 2 Uhr nachmittags ab: **Konzert.** Belustigungen aller Art. In den Sälen: **Tanz.** Die Kaffeeküche ist geöffnet. Eintritt 25 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Das Komitee.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Cementbranche. Gruppe: Rabsitzspanner.

Sonntag, den 1. Mai, vorm. 10 Uhr, bei Jannasch, Inselstr. 10. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bedeutung des 1. Mai. 2. Gewerkschaftliches. Erscheinen aller Kollegen notwendig. 143/4

Gruppe: Cementierer.

Sonntag, den 1. Mai, vorm. 9 Uhr, bei Wille, Brunnenstr. 188: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bedeutung des 1. Mai. Referent: Abrecht Hülle. 2. Gewerkschaftliches. Erscheinen aller Kollegen dringend erwünscht. Der Vorstand.

„Café Ruhwald“ Wollersdorfer Schleuse

bei Erkner.

Morgen Sonntag, den 1. Mai er., von nachmittags 2 Uhr ab: **Gr. Garten-Freikonzert** mit nachfolgendem Tanzfranzösischen. Die Kaffeeküche ist geöffnet. Von vormittags ab: **Wellfleisch, sowie frische Blut- und Leberwurst.** Um zahlreichem Besuch, bitte Hochachtungsvoll **Hermann Palm.**

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die **Branchen-Versammlungen** vom 30. April bis zum 4. Mai er. stattfinden. Wir richten an die Mitglieder das dringende Ersuchen, diese Versammlungen zahlreich und pünktlich zu besuchen. 159/17 Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaften von Rummelsburg u. Stralau.

Sonntag, den 1. Mai, vormittags 11 Uhr, im Lokale der Ww. Schonert in Stralau: **Oeffentliche Versammlung** sämtlicher Gewerkschaften von Stralau-Rummelsburg u. Umg. Tagesordnung: Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Genosse Kassar. Gewerkschaftskartell Rummelsburg-Berlin. 222/9 S. H.: Karl Bruschke.

Restaurant Lindengarten Ober-Schöneweide.

Sefenerstraße 5. Fernsprecher Nr. 178. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß vom 1. Mai ab mein am Wasser gelegener Sommergarten eröffnet ist. Anlegen für Ruder- und Segelboote. Um gerechten Preis ersucht achtungsvoll **Robert Schulz, Gastwirt.**

Segler-Schloss

Hankels Ablage. Empfehle meine **Säle** für große und kleine Gesellschaften, Vereine und Fabriken. Ich habe im Juni und Juli noch mehrere Sonntags- und Sonntags- f e t. **W. Heinrich.**

Mai-Versammlungen 1904

der im

Gewerkschafts-Kartell

für Berlin und Umgegend vereinigten Organisationen

Sonntag, den 1. Mai.

Tagesordnungen in den Versammlungen:

Die Bedeutung des ersten Mai.

Bauarbeiter.

Oeffentliche Versammlung mittags 12 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Bürsten- und Pinselmacher.

Mitglieder-Versammlung vormittags 10 Uhr bei G. Patt, Dragonerstr. 15.

Bleiglasler und Glasmaler.

Die Mitglieder schließen sich am Nachmittag mit ihren Angehörigen den in ihrem Kreise stattfindenden Parteifestlichkeiten an.

Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Mitglieder-Versammlung vormittags 10 Uhr bei Dietrich, Brunnenstr. 41.

Fliesenleger.

Die Mitglieder schließen sich am Nachmittag mit ihren Angehörigen den in ihrem Kreise stattfindenden Parteifestlichkeiten an.

Frauenverein.

Den Mitgliedern steht es frei, sich einer der zunächst befindlichen Versammlungen anzuschließen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Hausdiener und Packer.

Oeffentliche Versammlung nachmittags 4 Uhr in Wendts Industriefabrik, Weuthstr. 19/20, I.

Isolierer und Rohrumhüller.

Oeffentliche Versammlung nachm. 4 Uhr in Scheruchs Festfabrik, Müdersdorferstr. 45.

Kistenmacher.

Am Vormittag findet ein Ausflug nach Treptow statt. Treffpunkt für die Kollegen vom Südosten und Süden: Morgens 8 Uhr in Zahlstelle II bei Tiedemann, Reichenberger- und Lausitzerstrassen-Ecke.

Treffpunkt für die Kollegen vom Osten, Nordosten und Centrum: Morgens 8 Uhr im Arbeitsnachweis, Dresdenerstr. 28. Zusammentreffen der Kollegen um 9 1/2 Uhr im Restaurant Reglerschloßchen, Köpenicker Landstraße.

Kleber und Tapezierer.

Ausflug nach Pichelswerder. Treffpunkt vormittags 9 Uhr Bahnhofrestaurant Station Grunewald. Für Nachzügler nachmittags 3 Uhr in Freund's Inselgarten.

Kürschner.

Mitglieder-Versammlung im Alten Schützenhaus, Linienstr. 5, vormittags 10 Uhr.

Maler und Lackierer.

Oeffentliche Versammlung bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, mittags 12 Uhr.

Die Einberufer haben das Anmelden ihrer Versammlung selbst zu besorgen. Bei den Zusammenkünften bedarf es keiner Anmeldung.

Dem Bureau, Dragonerstr. 15, Amt III 5028, ist über den Verlauf der Versammlung und über die Zahl der Versammlungsbefucher etc. Mitteilung zu machen.

Den Mitgliedern nebst Angehörigen wird anempfohlen, sich an den Parteifestlichkeiten der Wahlkreise rege zu beteiligen.

Rüftet zum Maientag!

Der Ausschuß.

Markthallen-Arbeiter.

Die Mitglieder schließen sich am Nachmittag mit ihren Angehörigen den in ihrem Kreise stattfindenden Parteifestlichkeiten an.

Maurer.

Ausflug mit Familie nach Birkenwerder.

Dieselbst nachmittags 2 Uhr:

Versammlung im Paradies-Garten.

Abfahrt Bahnhof Gesundbrunnen morgens 9,56 u. 11,01 Uhr.

Metallarbeiter.

Ausflug nach Tegel.

Treffpunkt früh 8 1/2 Uhr bei Pfeffer, Potenthalerstraße 57.

Für Nachzügler 10 1/2 Uhr Ringbahnstation Jungfernheide.

Tour: Ueber Haselhorst nach Tegel, Moabitier Schützenhaus.

Musikinstrumenten-Arbeiter

Mitglieder-Versammlung vormittags 10 Uhr bei Grammann, Rammstr. 27.

Möbelpolierer.

Mitglieder-Versammlung vormittags 10 Uhr im Lokale „Königsbank“, Große Frankfurterstr. 117.

Rohrer.

Die Mitglieder schließen sich am Nachmittag mit ihren Angehörigen den in ihrem Kreise stattfindenden Parteifestlichkeiten an.

Schiffs- und Bootsbauer.

Ausflug nach Eichwalde. Treffpunkt früh 8 1/2 Uhr Bahnhof Treptow.

Am Nachmittag beteiligen sich die Kollegen an der Parteifeier in Eichwalde.

Schirmmacher.

Die Mitglieder schließen sich am Nachmittag mit ihren Angehörigen den in ihrem Kreise stattfindenden Parteifestlichkeiten an.

Tischler.

Ausflug nach Johannisthal.

Treffpunkt: von 9-10 im Lokale von Mertens, Roonstr. 2, Johannisthal.

Töpfer.

Ausflug nach Grünau. Treffpunkt morgens 10 Uhr am Sportdenkmal.

Zinkgiesser und Stürzer.

Die Mitglieder schließen sich am Nachmittag mit ihren Angehörigen den in ihrem Kreise stattfindenden Parteifestlichkeiten an.

Zimmerer.

Oeffentliche Versammlung im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11-13, mittags 1 Uhr.

Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. - Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, II., Zimmer 13. - Telefon: Amt 4 Nr. 3348.

Achtung! Mitglieder aller Branchen! Achtung!

sowie alle im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen!

Sonntag, den 1. Mai, mittags 12 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

bei Bugenhagen, am Marktplatz.

Tages-Ordnung: „Die Bedeutung des 1. Mai“.

Referent: Genosse P. Litka. 681

Da der 1. Mai in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt und somit einem jeden Gelegenheit geboten ist, die von uns anberaumte Versammlung zu besuchen, hoffen wir, daß der Besuch dementsprechend auch ein überaus zahlreicher sein wird.

Die Ortsverwaltung Berlin I.

Tapezierer.

Sonntag, den 1. Mai, macht der Verband einen Ausflug nach Pichelswerder, Restaurant Freund. 177/8

Treffpunkt und Abmarsch: Bahnhof Grunewald, vorm. 1/10 Uhr. Zahlreiche Beteiligung mit Familie erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Schuhmacher!

Sonntag, 1. Mai, mittags 11 1/2 Uhr, im Schweizergarten (Friedrichshain):

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Genosse Ritter. 170/1

Nach der Versammlung: Ausflug nach Stralau („Alte Taverne“).

Stukkateure!

Sonntag, den 1. Mai, vorm. 11 Uhr, bei Franke, Sebastianstrasse 39:

Oeffentl. Maifest-Versammlung mit Frauen

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Dr. Herzfeld.

Zur Deckung der Unkosten findet Kellerfammlung statt.

Das Erscheinen sämtlicher Stukkateure Berlins ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit erwartet 173/8

Der Einberufer.

Lithographen, Steindruckere und Berufsgen.

Sonntag, den 1. Mai, mittags 12 Uhr:

Fest-Versammlung

im kleinen Saale der Brauerei, Tempelhoferberg.

Tages-Ordnung: Die Bedeutung des 1. Mai.

Referent: Genosse Fülle.

Einen zahlreichen und pünktlichen Besuch erwarten

C. Borisch. M. Sahn. B. Dübelt. R. Schöpke. F. Eggebrocht. 289/13

Central-Verband der Schmiede.

Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 1. Mai, mittags 1 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c (oberer Saal):

Oeffentliche Mai-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Kollege Stadtverordneter Emil Basner.

Zahlreiche Beteiligung erwartet 176/5

Die Ortsverwaltung.

Anarchisten! Socialisten!

Sonntag, den 1. Mai 1904, vormittags 11 Uhr:

Volks-Versammlung

im „Luisenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstraße 37.

Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung des 1. Mai. 2. Diskussion.

Referent: Herr Schriftsteller Erich Mühsam. 9085

Um zahlreichen Besuch ersucht Der Einberufer.

Brotts Gesellschaftshaus, Erkner.

Inhaber: M. Degebrodt.

Sonntag, den 1. Mai 1904:

Grosse Mai-feier

arrangiert von den Parteigenossen von Erkner u. Umgegend.

Konzert. Festrede. Tanz. Humoristische Vorträge.

Anfang nachmittags 3 Uhr. Abends: Kinder-Fackelzug.

Die Kaffee-Küche steht den geehrten Damen von 2 Uhr ab zur Verfügung. [222/5*] Entree 25 Pf.

Um zahlreichen Besuch bittet Das Komitee.

Treptow - Baumschulenweg

am Sonntag, den 1. Mai, von nachmittags 2 Uhr an bei

Preuss „Neu Tivoli“

Treptow, Neue Krug-Allee 59. 50382*

Schloss Weissensee

Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 4 Uhr:

Grosse Mai-Feier

veranstaltet von den Parteigenossen Weissensees.

KONZERT Neues Tonkünstler-Orchester

Dirigent: Franz Hoffelder.

Auftreten der Gesangsduettisten Gebr. Riedel

sowie des Nordstern-Ensembles (art. Leiter Rud. Schauss).

Von 4 Uhr ab: TANZ in beiden Sälen.

Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Bei ungünstigem Wetter stehen genügend verdeckte Räume

zur Verfügung. 222/7

Einlasskarte 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Zahlreichen Besuch erwartet Das Komitee.

Rixdorf! 1. Mai!

Sonntag, den 1. Mai, mittags 12 Uhr:

Drei öffentliche

Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Thiel, Bergstraße 151/152: Referent Genosse Dittmer.

Heickhaus, Rixdorfgrabenstr. 8a: Referent Genosse Kiesel.

für das Baugeschäft bei

Münzer, Anleberstraße 113: Referent Genosse Hildebrandt.

Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet. 903/1 Das Gewerkschaftskartell.

Ober-Schöneweide.

„Schlosspark Wilhelminenhof“.

Sonntag, den 1. Mai:

Grosse Maifeier.

Konzert. Gesangsvorträge. Humoristische Aufführungen.

Festrede. Prolog. Kinderspiele. Tanz. Lebende Bilder.

Entree 30 Pf. Anfang 3 Uhr. Tanz 50 Pf.

Zahlreiche Beteiligung erwartet 222/5* Das Komitee.

Verkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Wegen Umbau und Vergrößerung

S. Joseph

Räumungs-Ausverkauf

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstrasse.

meines grossen
Lagers in

fertiger Herren- und Knaben-Garderobe.

Leihhaus Friedrich-Strasse 131D

I. Etage Ecke Karlstrasse, zwischen Oranienburger Thor und Bahnhof Friedrichstrasse Kein Laden

Täglicher Verkauf streng moderner Herren-Garderoben. Der Preis ist auffallend billig, aber streng fest und mit grossen Zahlen an jedem Stück vermerkt.

Frühjahrs-Paletots Mark **7.50**
10,-, 12,-, 15,-, 18,-, 20,-, 25,-, 30,- Prima

Herren-Stoffhosen Mark **2.-**
3,-, 4,-, 5,-, 6,-, 7,-, 10,- Prima

Herren-Stoffanzüge Mark **8.50**
10,-, 12,-, 15,-, 18,-, 20,-, 25,-, 30,- Prima

Kellner-Anzüge Mark **11.-**
Kellner-Jackets für 7 Mark.

319b Werktäglich von morgens 8 bis abends 9 Uhr geöffnet. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr. Pol. konz. Leihhaus.

Elegante und einfache
Damenjacketts
5.50, 6.50, 8.50-12.00 M.
Reste
zur 4062L*
Damenmäntel- u. Kinderkonfektion.
Knabenanzüge, Paletots.
Mädchenkleider, Mädchenjacken.
Riesenauswahl.
Rosenberg,
98 Kottbuserdamm 98.
Prämiiert auf der III. Kochkunst-
Ausstellung Berlin 1904.
Nähr Malzkaffee
bestes und
Nahrungs- und Genussmittel
Ceylon Kaffeesatz
der
Ceylon-Malzkaffee
u. Kaffee-Surrogatfabrik
Röhrsdorf-Chemnitz.
Vertretung und Engros-Lager bei
E. Borgmann, Berlin.
Fernsprecher IX 7054 Pariserstr. 2.

Lächerlich!!
billig verkaufen wir unsre eleganten
Herren-Anzüge,
Frühjahrs-Paletots,
Hosen etc. in neu, getragene
Garderobe zu Preisen von
8,-, 10,-, 12,- bis 25 M.
Monats-Abonnementssachen
(an feinste Herrschaften verleihten),
für jede Figur (Spec. Bauch)
passend, zu **billigen** Preisen.
Hauptgeschäft
J. Wand, Prinzenstr. 17,
a. d. Wasserb. Str. 116.
Sonntags 7-10, 12-2 Uhr.

Bernhard Baer

parterre und I. Etage.
Telephon Amt III 1129. **5 Rosenthalerstrasse 5.** Telephon Amt III 1129.

Moderne fertige Anzüge

in solider Ausführung aus nur guten Stoffen gearbeitet.

Jacket-Anzüge Klein gemustert, Cheviot und Kammgarn 30, 27, 25, 24, 22, 20.00 M.	Gehrock- u. Rock-Anzüge schw. Satin und Kammgarn 55, 50, 48, 42, 40, 36, 32, 28.00 M.
Jacket-Anzüge schwarz, blau und modern gemustert 40, 36, 33, 30, 28, 26, 24, 22.00 M.	Frühjahrs-Paletots marengo Cheviot u. gestreift Kammgarn 32, 29, 27, 24, 20, 17.00 M.
Jacket-Anzüge Ersatz für feine Massarbeit 50, 48, 45, 40, 36, 32, 30, 28.00 M.	Sommer-Paletots Ersatz für feine Massarbeit 36, 33, 30, 28, 26, 23, 21.00 M.

Abteilung für Kindergarderobe.
Fertige Schul- u. Blusen-Anzüge. Richtige Façons!
1 Posten Waschanzüge jeder Anzug **2.50 M.**
Ferner:
Fertige Pelerinen u. Pyjacks. Billig! Gut!
1 Posten Knaben-Blusen jede Bluse **75 Pf.**

Volksgarten Wilmersdorf Berlinerstr. 40. Jeden Sonntag: **Grosser BALL.** Dazu ladet ein **C. Salomon.**

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an
Knabenhüte „ 0,75 „
Grösstes Lager in Strohhüten
von den einfachsten bis zu den feinsten Genres.
Schirme zu aussergewöhnlich billigen Preisen.
Wägen, Krawatten. 49872*
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,
Ecke Stallhofstrasse.

S. Piket,
Herren- und Knaben-Garderoben,
jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden.
Zeige meiner geehrten Kundschaft hierdurch ergebenst
an, dass ich mein Geschäft von Prinzenstr. 77 in die
bedeutend vergrösserten Räume
44 Prinzenstr. 44, gegenüber dem
alten Geschäft, 4960L*
verlegt habe.
Monats-Garderobe.

Brauerei Germania
Aktien-Gesellschaft
Frankfurter Allee 53.
Fernsprecher VII. 9045.
Faschinenbau VII. 9046.

Faschenbiere
M. 1,50
frei Haus.

Tafelbier (gold.) 18 ca. 1/2 Ltrfl.
do. 15 ca. 1/2 „
Vorsand (dunkel) 15 ca. 1/2 „
Pilsener (hellgelb) 15 ca. 1/2 „
Kl. dopp. Weisses 20 Fl.
Kl. 00 15 „
Malzbier, pasteurisiert, alkoholfrei,
nährhaft, 18 ca. 1/2 Ltrfl.

Nathan Wand,
129 Stallhofstr. 129.
Die schönsten 46332*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu,
jeinle speciell
Monats-Garderobe
von Stahllisten getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speciell Bauchanzüge sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand,
129 Stallhofstr. 129.
Gehobene Kostümfertig.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Stettiner Lose
Ziehung: 10. Mal or.
4114 Gewinne i. W. von Mk.
135,000
Lose à 1 M. - 11 Stück 10 M.
(Porto und Liste 20 Pf.)
Marienburger Lose
à 1 M. - 11 Stück 10 M.
(Porto und Liste 20 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
O. m. b. H. Bank-Geschäft,
Berlin W., Friedrichstr. 151.
Filialen:
NW., Wilsnackerstrasse 63.
O., Andreasstrasse 46a.
SO., Oranienstrasse 177.

107 Bellealliancestr. 107
werden **lombardiert** gewesene und andre **Herren-Garderoben**
zu noch nie dagewesenen billigen Preisen verkauft.
Herren-Stoffanzüge schon für **5.75 M.**
Herren-Stoffhosen „ **1.80 „**
Herren-Paletots „ „ schon für **5.50 M.**
Knaben-Anzüge, blau und farbig „ **1.50 „**
Verkauf täglich bis 9 Uhr abends. Sonntags 8-10 u. 12-2 Uhr.

Gegründet 1878.

Jackett-Anzüge von 17,50 M. an	Frühjahrs-Paletots nach Mass von 30 M. an
Rock-Anzüge von 22 „	Frühjahrs-Anzüge nach Mass von 33 „
Gehrock-Anzüge von 25 „	Hosen nach Mass von 10 „
Paletots von 18 „	Sportkleidung, Gummimäntel,
Hosen von 5 „	Knaben-Anzüge in grösster Auswahl.

M. Schulmeister
Schneidermeister
Dresdenerstr. 4, | Hauptstrasse 139
Ecke Adalbertstrasse. (Schöneberg).

Streng feste Preise.

J. Georg Simon

8. Reinickendorferstrasse 8.

Grösstes Bekleidungshaus des Nordens von Berlin.
Ecke Ravenstrasse. Am Bahnhof Wedding.

- Herren-Anzüge. 7⁷⁵ 10⁰⁰ 14²⁵ 18⁰⁰ etc.
- Herren-Paletots 7²⁵ 8²⁵ 10⁰⁰ 16⁰⁰ etc.
- Herren-Hosen . 1⁵⁰ 2⁴⁰ 3⁵⁰ 5⁰⁰ etc.
- Jünglings-Anzüge 5⁰⁰ 7²⁵ 10⁰⁰ 13⁰⁰ etc.
- Knaben-Anzüge . 2²⁵ 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁵⁰ etc.

Arbeiter- und Berufskleidung für jedes Gewerbe.
Anfertigung nach Mass unter Leitung erster Zuschnneider zu mässigen Preisen, und Übernahme für guten Sitz und saubere Verarbeitung volle Garantie

GOTTLIEB WEISS

Hauptstr. 151 • Schöneberg • Hauptstr. 151
Grösstes Special-Geschäft des Westens.

Seltene Gelegenheitskäufe!

Anzug solider Cheviotstoff, neue car. u. gestr. Dess. mit Eff., nur Mk. 14

Anzug hochparto Kammergr.- u. Cheviotstoffe Ersatz für Mass, nur 23

Anzüge Hochmoderne Stoffneheiten, erstklassige Verarbeitung, Mk. 45, 40, 37, 25, 19, 14.-

Paletots Moderne Glockenform, reinwooll. Cheviot- u. Kgrnastoffe Mk. 36, 29, 20, 16.-

Gehrock-Anzüge Vornehmer Schnitt, beste Stoffe Mk. 55, 50, 45, 36, 28.-

Cigarren-Fabrik-Lager
Rosenstrasse 18, I. Etage (nahe Bahnhof Börse) Rosenstrasse 18, I. Etage.
Billigste Bezugsquelle für Händler!
Cigarren mit langer Einlage von M. 16,- per Mille u. in allen übrigen garantiert rein überseeisch schon 24,75 an Preislagern.
Verkaufszeit: 8-1 u. 2^{1/2}-8 Uhr. Fernsprecher: III 3716
BELL & CO.
Für Neu-Etablierung nur durchaus gelagerte Ware in allen Preislagern.

Achtung! Werder. Achtung!
Restaurant Schwarzer Adler.
Inhaber Max Koch, Fischerstrasse 98. 50072*
Parteilokal. - Dampfheizung.
Allen Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen empfehle bei Ausflügen nach Werder meine Lokalitäten zur freundlichen Berücksichtigung.

Kraft-Rothwein
Fu-Blutarme u. Kranke
Feurig-Süßler
R. 150 u. 2 M. Überall haben
Santalucia
in Apotheken, Drogen- und Delikatessen-Geschäften, steht unter ständiger Kontrolle des Gerichts-Chemikers Dr. C. Bischoff.

Wo? Ist der schönste Ort für Sandpartien und Ausflüge per Dampfer, Kremier und zu Fuß durch den Graunwald zu erreichen? Auf der Insel Wlodekwerder, Wirtshaus zum Freund. Bei schlechtem Wetter Unterkunft für 1500 Personen.

bewährteste Nahrung für
Kufeke's Flinder
gesunde, magen-darmkranke Kinder.
Dr. Simmel, Prinzstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Kinderwagen
neul hochlegant! unverwundlich und bequemes Modell, weil direkt v. der Fabrik, größtes städtisches Kinderwagenfabrik J. Treiber, Grimma 134
Mein Katalog Deiner Kataloge. Sage beim Kauf, ob gegen Bar mit 10% Rabatt, od. bequeme Teilzahl. gewünscht.
Pianino sofort verfügbar
Ritterstr. 120, part. I.

Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurations billig veräußert, voller Schank, Zählstelle, Verein, Auskangt Krause, Cigarrengeschäft, Bienenbienenstrasse 11. 7110*

Restaurations mit Vorgarten, Zählstelle, Vereinszimmer mit drei Vereinen, umständehalber sofort preiswert zu verkaufen. Offerten unter D. 6 erbeten bis Dienstag, den 3. Mai an die Expedition des "Vorwärts", S.W., Lindenstrasse 69. 5725*

Restaurations, Brauereibüchse, wegen zurückgegangener Zeit billig zu verkaufen Göttingerstrasse 43. 8985*

Cardinenshaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 737*

Bedienungsmann Herren-Anzüge, Sommerpaletots, vorjährig, aus feinsten Stoffen, 18-38,00, Beinhalter 7-11, Täglich, auch Sonntags-Verkauf. Deutsches Verbandshaus, Bismarckstrasse 63, I. 22548*

Heberzieher, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur passend, auch neue, zurückgelehrt, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Jüstenfeldt, Rosenbühlstrasse 15 III. 10920*

Tamendadett (Kleinstmutter), teils auf Seide, durchweg 8 Mark. Gutes Steppdecken (Seidenstoff) statt 8 Mark durchweg 3,75, verkauft Julius Neumann, Veltensbäumstrasse 105. 22638*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stiel 65 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hülfabrik, Computo, Neue Friedrichstrasse 81 I. Ecke Königstrasse, und Holzmarktstrasse 37 a parterre, früher Kaiserstrasse 25 a. Sonntags geöffnet. 23308*

Krawattenstoffe, größte Auswahl, Ballmerstrasse 3. 4155

Steppdecken, großer Posten, sollen zu jedem Preis verkauft werden. Köpferstrasse 62. 6915

Teppiche! (sehr schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Godelscher Markt 4, Bahnhofsstrasse. 9322*

Teppiche, Betten, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Wäsche, Tischdecken, Regulatoren, Anzüge, Sommerpaletots, Remontenarbeiten, Wärfel, Spiegel, Bilder, Möbel, spottbillig Verbandshaus, Reanderstrasse 6. Teilzahlungen gestattet. 1444*

Steppdecken, Tischdecken, Teppiche spottbillig Verbandshaus Weidenweg Nr. 19. 755*

Betten, Gardinen, anerkannt spottbilligste Bezugsquelle Verbandshaus Weidenweg 19. 755

Vertikale, Selbstbezüge, Bettlaken spottbillig Verbandshaus Weidenweg 19. 755*

Regulatoren, Dreifachzimmer, Spiegel, Küchengeräte, spottbillig Verbandshaus Weidenweg 19. 755*

Tischdecken, Herrenleiten, Damenleiten, Schmuckstücke spottbillig Verbandshaus Weidenweg 19. 755*

Möbelverkauf. Wollstrasse 81, verkaufe ganze Wohnungs-Einrichtungen 150, 200, 300, 400 bis 1000. Winterzimmer zur Ansicht, kein Rauch, beste Gelegenheit für Brautleute, Kleiderständer 24, Kommode 20, Nachtschreibtisch 10, Bettstellen mit Federmatratzen und Kissen 27, Ausziehtisch 16, Kuchenschrank 36, Vase 38, Schrank 36, Schrank 36, Teppich 70, höchste Leinwand 50, Teppich, Polstermöbel, Kuchentisch 25, Herrenschreibtisch 45, Kuchentisch 25, Kommode 38, Nachtschreibtisch 3, Säulenschreibtisch 38, Büffette, englische Schloßkammer, Kuchenschrank, Betten, Bilder, Gardinen, auch Teilzahlung. Transport in Berlin und Vororten frei. 1416*

Betten, hochfeine, 18,00, Michel, Dresdenstrasse 38. 9106

Papageienvogel, tauche nicht sprechende, Kanarienvogel, Fuchswildchen, Kuckuck, Buchfink, Schlangen, 1,50, Natter, Dromedar, Schlange 87. 9006

Biliger Verkauf getragener Schuhwaren, Besondere, Weinbergweg 11d. 9136

Radschreiber kaufen prima Sattel und spottbillig, Schuhwarenhaus Gräber, Rosenbühlstrasse 67. 1374*

Geräte und Gemüsegüter billig zu verkaufen. Röhren, Sando, Pappel, Klee 117. 786*

Jeht Ritterstrasse 125. Tischdecken reinigen 75, Feder 75, Leder 60, Regulator 1,50. 9236

Gelächter verkaufen gebogene komplette Aufschreibestellen 30,00, geschliffener Turm 30,00, echt laurinierten Aufschreibestellen, Aufschreibestellen 38,00, Säulenschrank 45,00, Ausziehtisch, Salontisch 15,00, Büchertisch 30,00, Verlegetisch 4,75, Tischdecke, Betten, Stuhl, Gardinen, Bilder, Solongarnier 95,00, Schnell, Köpferstrasse 126 a. I. 9116

Sofort verkaufe billig eleganten Teppich, Tischdecken, zwei feine Gardinen, Tischdecke, Stuhl, gutes Bett, zwei Steppdecken, Liebergardinen, Hofmann, Rummelstrasse 52.

Restaurations wegen Krankheit der Frau zu verkaufen, monatlich 21 halbe, Mele 1125, Preis 1700, mit anschließender Wohnung, Auskangt Groß, Veltensbäumstrasse 151. 759*

Schontgeschäft, kleines, volle Konzession, kein Mittagessen, Erhaltung der Straßenbahn, Kuchentisch, passend für Anfänger, verkauft wegen Übernahme eines größeren Geschäfts, erlangt Brunnstrasse 31, Cigarrengeschäft.

Cigarren, Cigaretten, verpackt gewiesen! Spottbilliger Detail- und Engrosverkauf. Weiss Verbandshaus, Friedrichstrasse 55. höchste Bezeichnung von Fahrrädern, Gold, Silber, Bäder, Wandlampen, Möbel, Warenposten jeder Art. Distrikte. 23674*

Gerrenrad, 40 Mark, Damenrad verkauft Schul, Kollstrasse 11. 9025

Fahrrad, fast neu, 60,00, Preis, Rummelstrasse 31.

Verschiedenes.

Rechtsbureau. Alagen, Interventionen, Eingabengefuge fertigt an Dronienstrasse 109, I. 22508*

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig. Langjähriger Gerichtsbeistand! Raterteilung! Eingabengefuge! Steuerberatung! 8115*

Rechtsbureau Brunnstrasse 107, langjähriger Prozessbeistand, Steuerfach, Eingabengefuge, Raterteilung (allerbilligst). 8245*

Rechtsbureau (Alexanderplatz), Anzeigebüro, Gerichtsbeistand, Interventionen, Strafsachen, Raterteilung, Eingabengefuge. 112/12*

Rechtsbureau, Gerichtsbeistand, schiller, Andreasstrasse 88. Sonntag abends. 8825*

Patentanwalt Dammann, Dronienstrasse 57, Reichplatz. Rat in Patentfragen bis abends neun. 18353*

Stencereingaben, Interventionen, Aufschreibestellen, Alimenterischen, Bemerkungen, Eingaben, Deutsch, Fortsetzung 10, III. 8215*

Uhren, Goldschmied repariert Wilhelm Rode, Rummelstrasse 30. 7148*

Rechtsbureau, Gerichtsbeistand, Steinmetzstrasse 45, Laetgebäude hochpartere.

Aufpolierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch auhem Hause. Baumgarten, Blumenstrasse 35 b. 21732*

Parthen vergibt Selbstbezug, direkt, Liebe, Pöfenerstrasse 33, Rummelstrasse. 8095*

Fahrräder kauft, bezieht Kapital, Schönbauer Allee 163a. 10879*

Handwärmer mit Kopf, frisch in Spiritus essentia Wasser, kaufen a 2 Mark, Annara, Anwaltsstrasse 103.

Wunder kauft, bezieht Antiquarier Rummelstrasse 56, I. Kam I. 8831. *

Vereinzimmer Annenstrasse 16.

Vereinzimmer mit Pianino zu vergeben. Potsdamer Stangenber, North Str. Stallstrasse 29. 731

Platina, alte Goldschmied, Drahtgold, Silber, Gefäße, Pfandstücke, Brillanten, alte Uhren, Wappgold, Rehring, laßt Rehr, Wangelstrasse 4.

Waisener! Empfehle meinen wertigen Stoffen, Genossen mein Gartenhof, Deutsche Baumbäume, Kuchentisch, Kuchentisch, Restaurant Landhaus, Charlottenburg, Kuchentisch 29. 71136

Mahanzüge, Paletots von 30 Mark an, wer Stoff hat 20 Mark, Nordb., Schneidermeister, Alexanderstrasse 8, neben Prädium. 9055

Zeuge gesucht. Der Arbeiter, welcher am Dienstag, den 26. April, den in der Rummelstrasse 29, täglich von einem großen Haupte angefallenen Anker betriebe, wird dringend ersucht, seine Adresse der Städtigen Polizei oder Herrn Jüstenfeldt, Rummelstrasse 101, mitzuteilen. 7122

Wohnungen.

Kleinstwohnungen sofort, helle, gesunde, billige Lyrastrasse 11 (Wedding). 142/2*

Zimmer.

Zimmer vermietet sofort oder später Schmidt, Reichsbergerstr. 148, vorn III. 731

Möbliertes Zimmer an Herrn zu vermieten Kollstrasse 2, Quergebäude II, Obel. 7120

Schlafstellen.

Schlafstelle, Röhner, Jüstenfeldtstrasse 5. 8936*

Saubere Schlafstelle, separat, für Herrn. Otto Simon, Langestrasse 107, Hof I. 8915*

Möblierte Schlafstelle, ein oder zwei Herren, Admiralstrasse 6, vorn II rechts. 144/7

Schlafstelle an Herrn, separater Eingang, Stallstrasse 8, vorn III, Jagul. 9145

Schlafstelle vermietet Schuster, Petersburgerstrasse 75, Hof I rechts.

Zwei Schlafstellen vermietet Kramer, Stallstrasse 101, vorn Keller.

Bessere Schlafstelle Reichsbergerstrasse 61 a. I. 9206

Schlafstelle, Herrn. Witt, Brundenburgstrasse 28, Hof III. 9125

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Vollfänger, Gesellschaft Levanbomsky, Weisstrasse 28. 786*

Komiker Glöckl, Grapluststrasse 7.

Stellenangebote.

Zattelmacher, wüßigen, verlangen Lohnmutter u. Wolf, Weisstrasse 7. *

Zattler auf Wärfel finden lohnende Arbeit in und außer dem Hause. Heinrich Lemm, Ritterstrasse 45. 8866

Bogenfänger verlangt Kurzpapier, Jakob Wilhelm Boehme, Reichsbergerstrasse 158. 431*

Schlofferichtung verlangt Jolepstrasse 11. 931b

Reinmachefrau sucht Comptoir Koggenstrasse 12 I.

Eingefügtes Mädchen, leichte Handarbeit, Altdorf, Redarstrasse 9, partere Inf. 7122

Teppichweber
auf Rutenstühle verlangt
9065 **Teppichfabrik,**
Berlin, Schinkelplatz No. 3.

Ein tüchtiger, solider, selbstständig arbeitender 144/3*

Linoleumleger
für Frankfurt a. M.
in ein grosses Linoleumgeschäft gesucht bei hohem Lohn und dauernder Stellung. Schriftliche Offerten unter F. J. T. 932 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. Bei Konvention wird die Reise rückvergütet.

Achtung, Holzarbeiter!
Zuzug ist streng fern zu halten von
Gautschlern, Einsehern
nach der Werkstatt 81/8
Maass, Lichtenberg, Gagenstrasse 55.
Für Tischler, Drechsler, Bildhauer, Polierer, Maschinenarbeiter: Frankel, Waldemarstr. 14. Bruns, Völkermöbel-Fabrik, Chorinerstrasse 26.
Herrn ist Zuzug fern zu halten nach Steglitz, Groß-Lichterfelde, Sankt- und Friedenau für Bauarbeiter und Einseher.

Achtung! Leitergerüstbauer!
Wegen vorliegender Differenzen bei der Firma Faust u. Co. (Hilfmann), Charlottenburg, ist laut Verammlungsbeschluß Zuzug nach dort dringend fern zu halten. 67/20* Die Sektionsleitung.

Achtung! Maurer!
Cöpenick.
Der Bau der Wajd-Kanal von Bayer, Freiheit 50b, ist für organisierte Kollegen gesperrt, da dort Accordmänner beschäftigt werden. Der Bau wird ausgeführt von der Firma Richter & Schmidt, Berlin O., Stralauerplatz 18/19. 143/5 Die Ortsverwaltung.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 29. April 1904.

Börsenbesuche im Reichstag.

Erste Lesung. — Stimmungsbild aus dem Reichstag. — Herr Müller. — Die Rede des Grafen Kanitz. — Das Kampfobjekt. — Die Logik des Herrn v. Kardorff. — Schmidts Rede.

Seit drei Tagen beschäftigt sich der Reichstag mit der Novelle zum Börsengesetz. Noch vor kurzem ging durch die kapitalistische Presse ein großes Lament, daß auf eine Beratung der Vorlage in der jetzigen Session kaum noch zu rechnen sei, da Graf Vallasstrem in Rücksicht auf die Wünsche des Centrums und der Deutsch-Konserverativen die Absicht bekundet habe, die Novelle erst nach der Erledigung der dritten Etatslesung auf die Tagesordnung zu setzen. Doch ein günstiger Zufall hat es gefügt, daß die Novelle nun doch plötzlich zur Beratung gelangt ist. Da die Budgetkommission noch immer in selbstgefälliger Breite die Stengelsche Reichsfinanz-Reform diskutiert und die zweite Lesung des Etats nicht beendet werden konnte, ergab sich eine Lücke in den Verhandlungen. Als Lückenbüsser mußten andre Vorlagen eingeschoben werden, und unter ihnen befand sich auch die Börsengesetz-Novelle — vielleicht weil man inzwischen in den agrarischen Kreisen zu der Ansicht gelangt ist, daß es besser sei, vorläufig die Novelle die erste Lesung passieren zu lassen, um sie dann zu desto gründlicherer Ablagerung an eine Kommission zu verweisen. Allerdings zu der Konzeption, einige Tage ausschließlich der Beratung des Börsengesetzes zur Verfügung zu stellen, hat sich das Präsidium doch nicht zu verstehen vermocht, die Zeit zur Beratung der Novelle wird nur in homöopathischen Dosen gewährt — wahrscheinlich um die geistige Verdauungskraft gewisser Elemente des Reichstages nicht allzujehr anzustrengen.

Schon am Montag sollte die Börsengesetz-Novelle zur Beratung kommen, aber die Verhandlungen über die Reichsgarantie für die Kolonialbahn von Dar-es-Salaam nach Kigoma ließen das hohe Haus, dessen Kolonialenthusiasmus durch die Vorgänge in Südwesafrika bisher wenig beeinträchtigt worden zu sein scheint, nicht bis zur Beratung gelangen. Erst am Dienstag kam die Börsengesetz-Novelle an die Reihe, aber auch erst in vierter Stunde, nachdem vorher das Abkommen über das internationale Privatrecht und die Krankenversicherung für Seelente diskutiert worden waren. Vorgestern fanden zunächst Wahlprüfungen statt und gestern ging der Börsengesetz-Berater wieder eine Lesung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz für Seelente voran.

Wenn diese portionsweise Einteilung der Verhandlungen auch den Börsenblättern wenig gefällt, so hat sie doch dem Tribünenbesucher Gelegenheit zu höchst interessanten psychologischen Studien. Es war erstaunlich, wie sich die Whystagnomie des Hauses am Dienstag änderte, als die Scene wechselte und der Beratung des Börsengesetzes die Verhandlung des Krankenversicherungsgesetzes folgte.

Ehrig verteidigt Rollensuche die Interessen der Seelente; man fühlt, daß er eine Sache vertritt, die ihm am Herzen liegt. Neben ihm an der Rednertribüne hat sich Geheimrat von Jönköpings hingesezt. Herdös macht er sich hin und wieder Notizen, schiebt einen der Diener nach Schrift und geht dann heftig auf und ab. Dann ergreift er das Wort. Was ist ihm die ganze Angelegenheit? Er sieht sich nur als Regierungsdirektor, der deren Stellung möglichst schneidig zu verteidigen hat, womit, ist gleichgültig. Die ein Redner faßt er keine Aufgabe auf, dem es absolut gleich ist, wen und was er verteidigt, der aber es als seine Pflicht betrachtet, alles heranzuholen, was zu Gunsten seines Klienten spricht, mag es ihm auch selbst vielleicht wenig schicklich dünken. Die kleinen Redner können, erklärt er, die geforderte Ausdehnung der Krankenversicherung für ihre Schiffmannschaften nicht tragen und außerdem könnten die Seelente leicht veranlaßt werden, sich gleich nach ihrer Abmusterung einem liebreicheren Lebenswandel zu ergeben, um den Redner zu schädigen.

Und nun folgen nach einander die Redner der andern Parteien; Herr Bahig von der nationalliberalen Fraktion, Herr Bergmann von der freisinnigen Volkspartei, Herr Kirck vom Centrum etc. Sie alle sind ängstlich besorgt um die Wiederbesetzung.

Auf den Vätern der Rechten und des Centrums sitzen nur wenige Herren, von denen nur drei, vier gelangweilt den Rednern zuhören, die andern lesen Zeitungen oder schreiben Briefe. Die meisten sitzen draußen im Restaurant oder im Jockey. Fast noch gelangweilter folgen die Tribünenbesucher den Rednern. Einige Keullinge — anscheinend gutstimmte Provokateure, die zum Besuch in Berlin sind — hören mit equaliter Aufmerksamkeit halb empört den Verhandlungen zu, auf den Gesichtern einen Ausdruck, als wollten sie sagen: „Das ist nur der Reichstag! Den haben wir uns ganz anders vorgestellt. Solche Mühseligkeit! Die wenigen Personen, die im Saal sind, hören ja gar nicht die Redner an.“ Neben ihnen, links und rechts sitzen einige sündige Herren; wie man ihnen schon von weitem anseht: Bankangestellte. Ungebildig erwarten sie den Beginn der Verhandlungen über das Börsengesetz. Alle fünf Minuten flüstert der eine dem andern zu: „Gott, ist das langweilig.“ — „Der Rollensuche hat's Redefieber!“ — „Kennen Sie Kämpf? Da unten sitzt er beim Schrader, erste Reihe.“ — „Dove kommt wohl erst morgen dran?“ — „Wenn nur der Rollensuche endlich aufhören wollte.“

Endlich kommt die Börsengesetzgebung zur Beratung. Aus dem Jockey kommen die Abgeordneten herein. Die Börsengesetz-Vorlage ist doch interessanter als der Arbeiterschutz. Der Handelsminister spricht — monoton, trocken —, jedes Wort wohlüberlegt. Seit er Excellenz geworden, hat er der ihm eignen Großartigkeit Steifheit, wie man sie bei den Chefs alt-hanseatischer Handelshäuser findet, noch eine gute Dosis preussischer Bureaucratie würde aufgeschöpft. Was er aus der Geschichte des Börsengesetzes berichtet, ist dritter, vierter Güte; volkswirtschaftliche Theoretik ist nie seine starke Seite gewesen. Dennoch hören ihm die vorher durch Rollensuches Reden verärgerten Herren von der Rechten und dem Centrum aufmerksam zu. Spricht er von der Ehrbarkeit der Börse und ihrer notwendigen wirtschaftlichen Funktionen, dann lachen sie ironisch; spricht er von der Unmoralität gewisser Spekulationskreise, die sich in der häufigen Erhebung des Registers und Differenzentwandes belüdeln, findet er freudigen Beifall.

Dann kommt Kanitz, der Theoretiker der Rechten. Er hat ein gutes Material zusammengetragen und weiß es von seinem Standpunkt aus geschickt zu verwenden, von der Rechten oft durch Beifallsausbrüchen unterbrochen. Seine Ausführungen leiden allerdings an einem großen Fehler. Er betrachtet die Börse nicht in ihrem historischen und wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem kapitalistischen System; er laßt die beobachteten Spekulationserscheinungen als rein spezielle Charaktereigenschaften der Börse auf, während sie in Wirklichkeit konstitutionelle Fehler der ganzen heutigen Wirtschaftsweise sind und nur an der Börse als dem Centralpunkt des Geld- und Warenhandels am schärfsten zum Ausdruck kommen. Betrachtet man aber einmal diese Einseitigkeit des kanitzschen Standpunktes als durch die ganze Stellung des deutschen Großgrundbesitzes im heutigen Wirtschaftsgetriebe bedingt und gegeben, dann ist die Rede des Grafen Kanitz eine ganz anerkanntswürdige Leistung.

Anders dachten freilich die Finanzjongler, die neben mir auf der Tribüne saßen. Sie zeigten sich tief entrüstet über die Angriffe des Grafen Kanitz, die sie mit allerlei Stoffen begleiteten. Wiederholt hörte ich sie sich gegenseitig zuschreien: „Welcher Unsinn!“ — „Morgen kommt Kämpf, der wird's ihm eintreiben!“ — Und als der Redner von den amerikanischen Baumwollspekulationen sprach, meinte einer der Herren indigniert: „Was geht uns die Baumwolle an; in Deutschland wächst keine!“

Es ist eine höchst luctose Komödie, die sich seit einigen Tagen im Reichstag abspielt — allerdings gewissermaßen nur ein Nachspiel zu dem Präsidium, das schon seit langem die Börsen-

und die Agrarpresse aufzuführen. Der Kampf ist, im Grunde genommen, lediglich ein Streit darum, ob das Geld- und Finanzkapital in seiner Aktionsfähigkeit zu Gunsten des feudal-immobilen Kapitals mehr oder weniger beschränkt, ob speziell durch Inhabierung resp. Verengung des Getreide-Terminhandels, der tatsächlich, wenn auch nicht immer im einzelnen, in seiner Gesamtrichtung an der Berliner Produktionsbörse à la baisse tendiert, das durchschnittliche Getreidepreinsniveau etwas erhöht werden soll, oder ob dem Geldkapital eine größere Elbogenfreiheit eingeräumt werden soll. Es handelt sich also um rein materielle Interessen zweier differierender Kapitalgruppen; geführt wird der Kampf aber als kämen die bestritten Güter des deutschen Volkes in Frage — und zwar auf beiden Seiten. Während die Herren, die sonst für die hohen Funktionen des Totalitators schwärmen, die Börsenspekulation der schärfsten Sädigung der deutschen Sittlichkeit durch Entschärfung der Spielregeln anklagen, jammert dieselbe liberale Presse, die sonst sehr wenig dagegen einzuwenden hat, wenn durch schon kolonisierte Emissionsprospekte und Bankrellamen deutsches Kapital zur Beteiligung an faulen erotischen Gründungen und Anleihen verlockt wird, über die Begünstigung der Auslandsbörsen und der fremden Geldmärkte, oder macht sogar in hochpatriotischen Anwandlungen, indem sie zu beweisen sucht, daß zur Versorgung der deutschen Armee mit Getreide bei einem Kriegsabbruch der Terminhandel durchaus notwendig sei. Dabei verfahren durchnag bei ihren Beweisen die beiden Seiten genau nach demselben logischen Rezept. Die Börsenvertreter folgern einfach aus der Thatfache, daß seit dem Inkrafttreten des Börsengesetzes gewisse geschäftliche Uebelstände sich gezeigt haben, daß diese nur vom Börsengesetz herabzuheben können; und die Agrarier kommen dann wieder und weisen ebenso logisch nach, daß auch vor 1894 schon solche Uebelstände vorhanden waren, sie folglicht nichts mit dem Börsengesetz zu schaffen haben können.

Und damit in diesem Disput auch die grobe Komik nicht fehlt, trat gestern als Vermittler zwischen den Extremen Herr v. Kardorff auf. Als ehemaliger Adjunkt der Firma Reichardt und Mitbegründer der schönen schlesischen Laura plädierte er für die Aufhebung des Terminhandelsverbots für Industrie-Aktien, als schlesischer Großgrundbesitzer und Getreideproduzent dagegen für eine noch weitere Verschärfung des Verbotes betreffs des Getreide-Terminhandels: eine Stellungnahme, die deutlich zeigt, wie nicht prinzipielle Auffassungen, sondern rein materielle Gründe seine Haltung bestimmen.

Eine hübsche Entgleisung war es, als er bei der Begründung dieser Zwittrstellung auftrte, dem Terminhandel in Getreide müsse schon deshalb mit noch schärferen Mitteln entgegengetreten werden, weil noch immer der Zulandspreis für Getreide ständig niedriger sei, als der Weltmarktpreis plus Zoll. In den Jolldebatten erklärte er wiederholt, das Getreide werde durch Zölle nicht verteuert, denn diese trage das Ausland. Seitern fand er es dagegen für ganz selbstverständlich, daß der Zoll voll im Preis zum Ausdruck kommt. Wo dieses Fact aus irgend welchen besonderen Einflüssen nicht erreicht wird, da will er durch Kunstmittel nachhelfen.

Der einzige Redner, der bisher einen höheren Beurteilungspunkt eingenommen hat und die Börsenspekulation in ihrem Zusammenhang mit dem Gesamtmechanismus des heutigen Wirtschaftssystems betrachtete, ist Genosse Robert Schmidt. Dafür bleibt ihm freilich die Anerkennung der Agrar- wie Börsenpresse veragt. So schreibt z. B. die „National-Zeitung“: „Von socialdemokratischer Seite beleuchtete zunächst der Abgeordnete Schmidt die Einseitigkeit der agrarischen Auffassung vom Börsenwesen, um dann feinerleits die ebenso einseitige Auffassung der Socialdemokratie vom gesamten Kapitalismus vorzutragen.“

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte am Freitag die Beratungen über die Finanzierung des Reichshaushalts-Etats fort. Die Reichsbottichsteuer wurde um 2 Mill. höher mit 14 1/2 Mill. M. angesetzt; die Verbrauchsabgabe für Branntwein soll 106 Mill., die Schaumweinsteuer soll 4 1/2 Mill. M. bringen. Bei dem Titel Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier (20 1/2 Mill. M.) regte der Referent Abg. Krendt eine Reform der Biersteuer an, durch die aber die Konsumenten nicht höher belastet, sondern nur die kleinen Brauereien besser gegen die Konkurrenz der großen geschützt werden sollten. Korreferent Speck wies darauf hin, daß die in Bayern durchgeführte Staffelung des Malzaufschlags zu Gunsten der Kleinbrauer den kapitalistischen Konzentrationsprozeß nicht hätte aufhalten können. Schahsfekretär v. Stengel meinte, daß eine Verbesserung der Veranlagung der Brausteuer wünschenswerter sei; die Regierung hätten sich aber mit der Frage noch nicht befaßt. Der Reichstag habe sich bisher gegen die Verbesserungsvorschläge immer ablehnend verhalten. Abg. Müller-Julda wies auf die Eröschung hin, daß die Erträge der Biersteuer allmählich abnehmen, obgleich Bevölkerung und Konsum zunehmen. Unterstaatssekretär v. Fischer glaubte, daß die Maßregelnbestrebungen nicht ohne Wirkung auf den Bierkonsum geblieben seien; auch die kalte Witterung im Sommer 1902 und die schlechte wirtschaftliche Konjunktur müßten in Rechnung gestellt werden. Schahsfekretär v. Stengel machte darauf aufmerksam, daß die Höhe des Bierkonsums parallel gehe mit der Bauhätigkeit. „An dem Durst der Maurer geschäftlich offenbar die Möglichkeitbestrebungen.“ Abg. Dr. Pasche plädierte für den Erlaß eines Surrogatverbotes, wie es in Süddeutschland besteht, auch für das Gebiet der Brauereigenenschaft; der Kaiserverbraucher für das holländische Bier nähme andauernd ab, der Surrogatverbrauch stiege entsprechend. Unterstaatssekretär v. Fischer bestritt die letzte Bemerkung. Der Anlaß der Brausteuer und der der Aversen wurde unverändert gutgeheißen.

Der Spielkartenstempel soll 1 1/2 Millionen bringen, die Wechselstempelsteuer 1 1/2 Millionen. Beim Etat der Wertpapiersteuer wies Abg. Müller-Julda darauf hin, daß bei der größten deutschen Aktiengesellschaftsgründung durch geschickte Manipulation der Betrag der Stempelsteuer im Betrage von 3 1/2 Millionen Mark nicht bezahlt worden sei. Der preussische Inferienstempel für die Immobilien im Betrage von einer Million Mark sei von derselben Gesellschaft nicht erhoben worden, weil diese ja angeblich reichstempelplüchtig gewesen sei. Auf diese Weise wären sowohl Reich wie Staat um die Stempel-einnahme gekommen. (Es handelt sich hier um die „patriotische“ Firma Krupp! Red. d. Wort.) Es sei überhaupt bedenklich, daß man die sogenannten Wucherzünden und ungenutzten Stempelfrei lasse; diese würden in der letzten Zeit auffällig bevorzugt. Schahsfekretär v. Stengel bemerkte, daß es unter seiner Amtsführung ordnungsmäßig hergegangen. Die Ausführungen des Abg. Müller seien ihm sehr interessant gewesen; man solle aber die Diskussion bis zur Beratung einer Reichs-Stempel-Novelle verlagern.

Die Ueberweisungen an die Bundesstaaten erleiden infolge der Finanzreform eine wesentliche Veränderung. Eingesetzt waren 542 Millionen Mark. Die definitive Einsetzung neuer Ziffern muß vorbehalten bleiben bis nach den Beschlüssen des Plenums über die lex Stengel. Vermutlich wird sich die Summe auf 100 Millionen Mark stellen. — Bei dem Etat für die Verzinsung der Reichsschuld wird sich der Bedarf nach den Absichten des Reichstages am diesjährigen Etat etwas geringer stellen. Die Gesamtabschreibung des Reichstags, die zum größten Teile von der Zuschuhankleihe abgesetzt werden sollen, belaufen sich auf rund 50 Millionen Mark, davon gehen aber wieder ca. 5 Millionen Mark für die südwesafrikanischen Ereignisse ab, so daß immerhin noch der Anleihebedarf um ca. 45 Millionen Mark gefügt ist. Abg. Speck regte die Steuerbefreiung der Reichs- und Staatsanleihen an und forderte ihre Stüdelung herab bis zum Betrage von 100 Mark. Schahsfekretär v. Stengel trat dem Wunsche nach Steuerbefreiung

entgegen und erklärte, daß er der Einrichtung kleiner Appoints der Reichs-Schuldenscheine keineswegs principiell ablehnend entgegenstehe. Nur halte er für den kleinen Sparrer die Anlage des Geldes in der Sparkasse für besser, weil er dadurch allen Ausschweifungen entgehe. Eine Herabsetzung des Betrages für die Verzinsung der Reichsschuld wiederholte der Schahsfekretär, da eine dritte Ergänzungsforderung für Südwesafrika in sicherer Aussicht liege; über die Höhe der Forderung habe sich der Bundesrat noch nicht entschieden.

Die Zuschuhankleihe ist mit 50 1/2 Millionen Mark in den Etat eingelegt worden; nach den Arbeiten der Kommission würde sich der Betrag auf rund 24 Millionen Mark ermäßigen. Referent Speck wies auf das principielle Bedenken gegen diese Art von Anleihen hin. Wenn man die Ausgaben für Südwesafrika auf den außerordentlichen Etat übernehme, dann könne man den Anleihebedarf auf 19 Millionen ermäßigen; mit der Erhöhung der Reichsbottichsteuer würde sich der Betrag auf 17 Millionen stellen. Da sei zu erwägen, ob man nicht um diesen Betrag die Matrularbeiträge erhöhen solle. Korreferent Dr. Krendt schloß sich dieser Anregung an. Der Schahsfekretär v. Stengel suchte für die Zuschuhankleihe im Interesse der Einzelstaaten. Mit wachsenden Matrularbeiträgen mache auch die Reichsverschuldung. Abg. Müller-Julda sprach sich gegen die Zuschuhankleihe aus. Der württembergische Ministerialdirektor v. Schneide, wandte sich natürlich gegen die Vorschläge der Kommissionsmitglieder; ihm schloß sich ebenso natürlich der badische Bevollmächtigte Scherer an. Abg. Dr. Südekum trat den Bemerkungen dieser Herren entgegen und verwies darauf, daß die Verfassung des Reiches die Staaten zwingt, die Fehlbeträge durch Matrularbeiträge zu decken. Ob sie sich dazu „bereit erklären“ oder nicht, sei völlig belanglos. Die Kommission müsse der verfassungswidrigen Zuschuhankleihe ein Ende bereiten, und das gehe auch darum um so besser an, da ja Preußen 12 Millionen zu tragen habe. Daß es in Preußen an Geld nicht fehle, beweise die „Germanisationspolitik“ und die Thatfache, daß schon telegraphische Mitwirkung Aufsehender an der Finanzgebarung möglich sei.

Schahsfekretär v. Stengel wurde in seinem Widerstande gegen die Absichten der Kommissionsmehrheit durch den badischen Centrums-Abgeordneten Hug unterstützt. Die Abg. v. Richthofen und Dr. Pasche sprachen sich für die Erhöhung der Matrularbeiträge aus. Abg. Speck beantragte, den Einzelstaaten wenigstens circa 6 Millionen abzunehmen, indem die Ausgaben für Südwesafrika auf die ordentliche Anleihe übernommen werden. Auch im Namen der thüringischen Staaten protestierte Geheimrat v. Schneider gegen die Erhöhung der Matrularbeiträge. Abg. Pasche erklärte, daß der Bundesrat den Rat haben möge, für neue Ein-nahmquellen des Reiches zu sorgen. Geh. Rat Paucken legte die Steuerverhältnisse der thüringischen Staaten dar, um die Unmöglichkeit der Aufbringung von mehr als 24 Millionen Mark ungedeckter Matrularbeiträge nachzuweisen. Schahsfekretär v. Stengel hielt neue Steuerorschläge für aussichtslos.

Die Kommission beschloß, die Matrularbeiträge um 16 Millionen Mark zu erhöhen.

In einer Resolution verlangte Abg. Speck, daß die Verwaltung des ostafrikanischen Expeditionscorps mit der Verwaltung von Kantschow „haldhündlich“ verbunden werde.

Erledigt wurden soeben noch einige Petitionen, darunter eine von den Anwohnern in Südwesafrika, die durch die Beschlüsse der Kommission für erledigt erklärt wird.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste. Der Arbeiterschaft stehen von jetzt ab folgende Lokale zur Verfügung:

Johannisthal: „Jägerhaus“, Inhaber Krause, Friedrichstr. 1. — Tegeler: Restaurant „Leuchtturm“, Joh. v. Weibrauch. — Schützen-dorf bei Zogel: Trillers Restaurant „Hubertus“. — Erkner: „Schützenhaus“, Joh. Müller.

In untenstehenden Ortschaften stehen folgende Lokale der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht mehr zur Verfügung; man wolle sie in der Lokal-Liste vom 17. April streichen. Köpenick: Restaurant „Lobn Hof Sadowa“. — Erkner: „Gasthof zur Eisenbahn“, Joh. Stadelmann; „Gasthof zur Traube“, Joh. Müller.

Grünheide, Fankelschule, Bergsch. Zu Ausschügen, Partien etc. ist nur das Lokal von F. Schulze, „Hotel zum Dampfisch“ in Fankelschule zu berücksichtigen, indem dieses Lokal der dortigen Arbeiterschaft zu Versammlungen etc. zur Verfügung steht.

Alle andern Lokale in diesen Ortschaften sind streng zu meiden. Die Lokal-Kommission.

Den Genossen des sechsten Wahlkreises zur Kenntnis, daß das am 1. Mai im Schloß Weddingpark, Müllerstr. 178, stattfindende Raiffeist mit der von unserer Partei veranstalteten Mairfeier abfolut nichts zu thun hat. Vielmehr ist der auf den Plakaten verzeichnete Regisseur Max Rieger aus dem Wahlverein ausgeschlossen worden. Der Vorstand des socialdemokratischen Wahlvereins.

Sechster Wahlkreis. Am Dienstag, den 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale des Herrn Milbrodt, Müllerstr. 7, eine öffentliche Versammlung statt zur Aufstellung des Kandidaten für den 40. Kommunal-Wahlbezirk. Die Tagesordnung lautet: Vortrag des Genossen Leo Arons über: „Die Aufgaben der Socialdemokratie im roten Hause.“ Freie Aussprache. Aufstellung des Kandidaten. Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vertrauensmann. Alt-Mienick. Der Wahlverein hält seine Mitgliederversammlung Sonntagmorgen 3 1/2 Uhr bei Sch. ab. Tagesordnung: Die Bedeutung des 1. Mai. Referent Genosse Philipp Bornstein. Nachdem geistliches Beisammensein. Gäste willkommen. Die Gewerkschaften sind dazu eingeladen.

Brix. Das Raiffeist wird folgendermaßen gefeiert. Vormittags 11 Uhr in Hübners Saal (früher Adam), Aufschlag, Rudowstrasse: Versammlung. Referent Genosse Dr. Gorchardt. Nachmittags von 4 Uhr ab in Wetges Festhale, Chausseestr. 30: Großes Raibergnügen, Gesang, turnerische Aufführungen, humoristische Vorträge und Tanz. Entree 20 Pf. Um tige Beteiligung bittet

Das Komitee. Friedrichsfelde. Die Raiffeist findet am Sonntagmorgen von 3 Uhr an im Lokal von Dube statt. Konzert, Theater, Vorträge, Recitationen, Lebende Bilder und Tanz. Die Festrede wird vom Genossen J. Stühmer gehalten. Eine besondere Versammlung findet nicht statt.

Johannisthal und Rudow. Die Raiffeist findet Sonntagmorgen 4 Uhr in Rudow bei Reimer, Vendasstrasse, statt. Alle Genossen, die sich daran beteiligen, wollen sich zum gemeinschaftlichen Abmarsch Sonntagmorgen 3 Uhr bei Vertins, Roonstr. 2, einfinden. Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand des Wahlvereins.

Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Die diesjährige Raiffeist findet in zwei Lokalen statt, und zwar bei Richter, Groß-Lichterfelde, Chausseestr. 104, und bei A. Woll, Lankwitz, Calandrest. 27/28. Morgens findet ein Spaziergang statt; Abmarsch vom Restaurant Richter 8 Uhr, Endpunkt Ref. an der Woll, Lankwitz. — Das vom Amtsvorsteher in Mariendorf für Lankwitz vorbehaltene „politische“ Tanzvergnügen ist nunmehr „durch Gilboten“ aufgehoben.

Rudow. Die Raiffeist findet in folgender Weise statt: Morgens 7 Uhr Spaziergang nach Dretow. Abmarsch von Bernhards Volksgarten. Nachmittags von 2 Uhr ab in letzterem Lokal: Konzert, turnerische Aufführungen, Festrede, gehalten vom Genossen Redakteur Alb. Reher-Brandenburg. Abends: Ball. Wir erziehen die Genossen, für zahlreiche Beteiligung zu agitieren.

Weissenfee. Wir machen die Genossen auf die diesjährige Maifeier ganz besonders aufmerksam. Das reichhaltige Programm ist durch das Auftreten des Nordstern-Ensembles noch vergrößert worden. Wir bitten das heutige Inserat zu beachten. Das Komitee.

Lichtenberg. Sonntagmorgen 4 Uhr findet eine Versammlung im Hölischen Lokal, Frankfurter Chaussee 120 statt, in der der Genosse Kasperlein über die Bedeutung des 1. Mai sprechen wird. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die sich an diese Versammlung anschließende Feier besteht aus Konzert, Gesang, Kinderfestzug, lebenden Bildern, humoristischen Vorträgen und Tanz.

Mariendorf und Umgegend. Der Wahlverein feiert die diesjährige Maifeier in zwei Lokalen. Nachmittags 2 Uhr findet in Mariendorf, Chaussee 16, beim Genossen Reichardt eine Versammlung statt, in welcher die Genossen P. Thiede referiert, um 4 Uhr wird eine solche in Marienfelde bei Dittmann, Berlinerstraße, abgehalten; hier referiert Genosse Albrecht Kalle. Nach den Versammlungen ist in beiden Lokalen gemüthliches Beisammensein. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Treptow-Baumjungenweg. Die Maifeier findet im Restaurant Preuß, Neu-Libicki, Neue Strug-Allee 59, statt. Endstation der Linie Lehrenstraße—Treptow. Näheres siehe Inserat.

Pankow. Die Maifeier findet bei Ebersbach, Berlinerstraße, statt. Spezialitäten. — Gesangsaufführungen. — Kinderbelustigungen. — Ball.

Nieder-Schönhausen. Maifeier bei Benzler, Lindenstraße. Konzert. Gesangsaufführungen. Kinderbelustigungen. Tanz.

Waldmannskopf. Der Wahlverein hält die Maifeier bei Vergemann in Stolpe an der Nordbahn ab. Bei den Konzertvorträgen wirken mit die Arbeiter-Gesangvereine Raibund (Dalldorf) und Waldchor (Vorsigwalde). Die Festrede hält Reichstags-Abgeordneter Stadthagen.

Rnigs-Düsterhausen. Sonntag findet im Niedelschen Lokale eine Maifeier statt. Nachmittags 2 Uhr im selben Lokale: Maiversammlung. Referent: Genosse Dreslauer aus Rixdorf. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Lokales.

Um den Kopf!

An den zwei Häden der Revision und der Vergnadigung hängt das Leben des früheren Heilgeißelten Walther. Reichen die, so wird der unheimliche Herr in schwarzen Anzug, der die letzte physische Gewalt unseres Rechtsstaates repräsentiert, an dem Verurteilten seines Amtes waltend, und niemals wird es die Welt erfahren, daß es ein Unschuldiger war, dem das Haupt vom Stamm getrennt worden ist. Kein anderer wird auf seinem Totenbette gesehen, daß er den Mord an Meta Walther begangen habe, denn nach menschlichem Ermessen kann die Tötung dieser Frau eben nur dann ein Mord und kein Selbstmord gewesen sein, wenn just ihr Mann der Mörder gewesen ist.

Kein Sachverständiger hat bezweifelt, daß Meta Walther durch Selbstmord geendet haben kann. Ihre Tötung durch fremde Hand kann vielmehr nur erfolgt sein, wenn das Opfer zuvor betäubt wurde, aber keine Untersuchung hat bewiesen, daß es wirklich betäubt worden ist.

Ein zureichender psychologischer Grund für einen Selbstmord ist nicht bekannt. Aber es geschehen viel öfter Selbstmorde ohne erkennbaren psychologischen Grund als Morde, zumal solche Morde, die mit großer Ueberlegung ausgeführt worden sind. Walther soll seine Frau ermordet haben, weil er Bernhildine Klein heiraten wollte. Die Verhandlung hat zur Gewissheit erwiesen, daß zwischen Walther und der Klein ein intimes Verhältnis, keine tiefe Leidenschaft, keine ernste Heiratsabsicht bestanden haben, daß aber einer solchen Absicht, wenn sie überhaupt bestanden hätte, ein nur durch ein Verbrechen überwindbares Hindernis nicht entgegengesand hätte; denn Frau Walther hätte einer Scheidung keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Frau Walther kann sich nicht ohne erkennbaren psychologischen Grund selbst getötet haben, Walther muß ohne erkennbaren psychologischen Grund zum Mord geschritten sein!

Warum? Weil er mit gefährlichem Schmurrbart von Emmerich nach Berlin gefahren war, weil er sich hier mit seiner Frau, deren Existenz seinen Lebenswandel nicht im mindesten störte, durch einen anonymen Brief ein Rendezvous verschafft hatte, weil er mit ihr an dem Orte, wo der Tod erfolgte, gesehen worden war, schließlich, weil er sich, einmal des Mordes beschuldigt, in das widerspruchsvollste Netz von Ausflüchten verwickelte.

Daß er sich im Horne von ihr getrennt, daß sie darauf Selbstmord begangen haben könnte, daß er sich aus Angst vor dem Verdacht eines Mordes, derwirrt und eingeschüchtert, durch unwahre Behauptungen zu reinigen versuchte — nichts spricht gegen die Möglichkeit dieser Annahme, und desto mehr spricht für sie. Sie hat zum mindesten genau dieselbe Wahrscheinlichkeit für sich, wie die Annahme des Staatsanwalts und der Geschwornen, daß Walther aus unabweislichen Beweggründen einen unabweislichen Mord begangen hätte.

Die ganze Anlage der Untersuchung und der Verhandlung bietet ein typisches Bild davon, wie Justizmorde zu Stande kommen. Walthers erste Frau war plötzlich gestorben. Man hatte diese Thatsache wie bedenklich gefunden; jetzt, da man den Verdacht sah, er könnte die zweite Frau ermordet haben, fand man den Tod der ersten verdächtig, und weil man den Tod der ersten verdächtig fand, mußte er auch die zweite ermordet haben. Die Voraussetzung soll die Folgerung stützen, und die Voraussetzung bestätigt sich nur dadurch, daß man die Folgerung für richtig hält. Ein anderer höchst gravierender Moment war das zerzaute Haar der Toten. Zerzaust sollte das Haar infolge verbotener Gewaltanwendung durch fremde Hand sein; wozu war aber diese unabweisbare Gewaltanwendung notwendig, wenn die ebenso unabweisbare, aber ebenso behauptete Verämbung erfolgt war? Wie die Untersuchung arbeitete, beweist der Umstand, daß Walther schon zugegeben hatte, die Klein geschwängert zu haben, während die Untersuchung durch die Hebeamme das Fehlen der Schwangerschaft feststellte.

Kein Mensch kann die Möglichkeit bestreiten, daß Walther seine zweite Frau, seine erste und vielleicht noch einige andre Menschen ermordet haben könne. Aber ebensovienig kann irgend ein Mensch nach dem jetzigen Stande der Dinge einen dieser Morde beweisen. Vielleicht könnte die Gesellschaft ruhiger schlafen, wenn sie alle Leute, die sie im Verdachte hat, sie könnten Mörder sein, dem Henker überantwortete. Vielleicht aber auch nicht! Denn wer verurteilt dem Einzelnen, daß nicht auch er einmal in die Indizienfänge gerät? Er bräuhete dann vielleicht weniger Angst vor dem Mörder haben, er mühte aber um so größere haben vor dem Henker. Alles in allem: Wenn Walthers Kopf in den Nord fällt, so wird es niemand einfallen, seine Richter für übermäßig vorsichtig, die Todesstrafe für eine lobenswerte Einrichtung und den Henker für das nützlichste Mitglied der Gesellschaft zu erklären! —

Aus der Magistratsitzung vom Freitag. Auf Antrag der Gewerbe-Deputation wurde beschloffen, dem Erlass eines Orisstatuts, durch das in Fabriken, Vau- und Engrosgeschäften die Sonntags-

arbeit auf zwei Stunden, nämlich von 8—10 Uhr vormittags eingeschränkt wird, zuzustimmen. Ausgenommen werden sollen die Nahrungs- und Genussmittel-Branchen, in welcher die Arbeitszeit fünf Stunden dauern könne. Die Gewerbe-Deputation soll ersucht werden, den Entwurf eines solchen Orisstatuts dem Magistrat einzureichen.

Opfer fallen hier. Ein Potsdamer Blatt fñhlt die moralische Pflicht in sich, den Besuchern der Baumbllüte in Werder mit folgender Warnung zu kommen: „Unzähligen Ausflüglern früherer Jahre ist es bei ihrem Besuche zur Baumbllüte in Werder passiert, daß sie bei leerem Magen Obstwein getrunken haben, und zwar nicht bloß ein Glas, sondern „immer noch eins“. Der hinkende Bote kam aber nach und holte diese schnelle Radfahrer ein in Gestalt eines recht fatalen Magenjämmers. Die Chausseeegräben können es bezeugen. Also die Moral davon: „Erst etwas ordentliches an Speisen im Magen haben, und dann Obstwein trinken“.

Von der illustrierten Wochenchrift „In Freien Stunden“ ist soeben das 18. Heft des achten Jahrganges erschienen. Die Zeitschrift bringt in dieser Nummer die Fortsetzung des Gersäderischen Romans „Die Fluchspiralen des Mississippi“, zu dem der Münchener Maler F. Dainberger die Illustrationen zeichnet. Das Heft enthält ferner die Fortsetzung von Alexander Dumas „Gabriel Lambert, der Galeerenflabe“, und damit auch der Humor nicht zu kurz kommt. „Ein gebildeter Censor“, eine kleine Erinnerung aus der guten alten Zeit, sowie kleinere Beiträge, die den Inhalt des Heftes in anregender Weise beleben. In jeder Woche erscheint ein Heft zu 10 Pf., das in allen Parteibuchhandlungen, in Berlin bei allen Parteidistributionen zu haben ist und von jedem Kolporteur oder Zeitungsausbräuger besorgt wird. Abonementen können noch jetzt eintreten und erhalten Heft 1 auf Wunsch zur Ansicht. Wir liefern auch denjenigen Parteigenossen, die in Versammlungen, Fabriken u. für die Ausbreitung unserer Zeitschrift agitieren wollen, das nötige Sammelmaterial.

Dank gegen die göttliche Allmacht. Ein Lokalberichtersteller bringt folgende hübsche Notiz: „Am 2. Mai begiebt sich der Kaiser mittels Extrazuges nach Berlin und direkt ins Igl. Schloß. Nachmittags um 2 Uhr findet im Weisem des Kaisers auf der Luiseninsel im Tiergarten die Enthüllung des Jung-Wilhelm-Denkmal statt, zu welchem einfach-feierlichen Akt der Monarch ein ausserwähltes Schaupublikum geladen hat. Bei dieser Gelegenheit wird der Oberbürgermeister Kirschner dem Kaiser den Willkommengruß der Stadt Berlin darbringen, verbunden mit dem Dank gegen die göttliche Allmacht für die glückliche vollständige Wiedergenehung des Monarchen.“

In den Kreisen der Berliner Radfahrer herrscht allgemeiner Zweifel, ob die Polizeiverordnung vom 1. April, die Freigabe eines Teils der früher gesperrten Straßen für den Radfahrerverkehr betreffend, auch für Landens (mehrsitzige Zweiräder) gültig ist. Bisher war für mehrsitzige Zweiräder so ziemlich die ganze innere Stadt gesperrt. Auf eine Anfrage des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Berlin“ an das Polizeipräsidium ist nun die Antwort eingegangen, daß die Polizeiverordnung vom 1. April d. J. für sämtliche Zweiräder — ohne Rücksicht ob ein- oder mehrsitzig — gültig ist.

Die **Direktion der Großen Berliner Straßenbahn** ersucht uns, folgende Warnung zu veröffentlichen: Seit dem Eintritt des wärmeren Frühlingwetters sind auch in diesem Jahre in letzter Zeit einzelne Unfälle dadurch eingetreten, daß auf der Straße spielende kleine Kinder plötzlich auf die Geleise gelaufen und unter unsre Wagen geraten sind. Wemgleich wir unsre Wagenführer zu einem aufmerksamen Fahren unausgesetzt anhalten und unsre Bediensteten den gegebenen Anweisungen nachkommen, so ist es in den gegebenen Fällen den Fahrern nicht immer möglich, ihren Wagen so zeitig zum Halten zu bringen, daß bei einem plötzlichen Vortreten der Geleise das betreffende Kind von einem Unfall bewahrt bleibt. Wir möchten daher an das Publikum im allgemeinen die Bitte richten, kleine Kinder auf mit Geleisen belegten Straßen niemals unbeaufsichtigt zu lassen, da andernfalls es unmöglich ist, derartige bedauerliche Unfälle zu vermeiden.

Auf dem Grundstück des alten botanischen Gartens soll nach einer Lokalcorrespondenz das Reichs-Marine-Kontor errichtet werden; wenigstens sollen Verhandlungen nach dieser Richtung hin stattgefunden haben. Dieser Plan werde freilich bekämpft, besonders deshalb, weil der alte botanische Garten vom Reichstage und von der Gegend, wo sich die Reichs- und Staatsbehörden befinden, zu weit entfernt ist.

Die **Bereinigung mehrerer Pakete zu einer Postpaketadresse** ist für die Zeit vom Sonntag vor Pfingsten bis zum ersten Pfingstfeiertage einschließlich, d. i. vom 15. bis 22. Mai, verboten. Auch für den Auslandsverkehr empfiehlt es sich, zu jeder Sendung besondere Begleitpapiere auszufertigen.

Eine Wahnfinstnacht. Auf dem Grundstück Essasserstraße Nr. 8 stürzte sich gestern morgen um 5^{1/2} Uhr der 30 Jahre alte Schneidermeister Gustav Jahnke mit seinem 9 Monate alten Söhnchen Willy aus dem dritten Stock auf den Hof hinab. Der Knabe war sofort tot, der Vater wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht und starb dort nach kurzer Zeit.

Jahnke stammt aus Barentin und war seit zehn Jahren verheiratet. Aus der in jeder Beziehung glücklichen Ehe gingen zwei Kinder hervor, ein 9 Jahre alter Sohn Franz und der kleine Willy. Seit vier Jahren lebte die Familie in Berlin. Jahnke war hier als Zuschneider tätig und hatte sein gutes Auskommen. Seit 1^{1/2} Jahren war er in Stellung bei dem Schneidermeister Piehler in der Essasserstr. 41, wo er auch wohnte. Am 1. d. Mts. hatte Piehler mit dem er befreundet war, sein Geschäft an einen Schneidermeister Aittendorf verkauft, um sich zur Ruhe zu setzen und nach Weissensee in sein eignes Haus zu ziehen. Jahnke machte sich nun selbständig und zog nach der Essasserstr. 8, wo er im dritten Stock des Vorderhauses drei Stuben und Küche bewohnte und seine Werkstatt hatte. Schon bevor er das eigne Geschäft antrat, war er versümmt darüber, daß er nicht Zuschneider geblieben war. Man sah ihn in dem Hause Essasserstr. 41 oft ärgerlich und verärgert umhergehen, während er früher stets heiter und umgänglich gewesen war. Seine Aufregung wuchs fortwährend, da es mit dem eignen Geschäft nicht recht gehen wollte. Als er am vergangenen Sonnabend dem Nachfolger seines früheren Meisters begegnete, sah er ganz verzweifelt drein und klagte über sich selbst, weil er das Geschäft angefangen habe und nicht Zuschneider geblieben sei. Die nervöse Erregtheit steigerte sich bis zum Wahnsinn und führte zu einer schrecklichen Katastrophe. Gestern morgen um 5^{1/2} Uhr stand das Ehepaar auf. Da der kleine Jahnke, während der ältere Sohn in einer andern Stube noch schlief, so ging Frau Jahnke nach der Stube, um die Milchflasche für ihn zurecht zu machen. Während sie damit beschäftigt war, rix Jahnke das Kind aus der Wiege, nahm es auf den rechten Arm, stieg auf das Brett des offenen Schlafzimmersfensters und stürzte sich kopfüber auf den mit Steinen gepflasterten Hof hinab. Der Hausreingerin, die gerade den Hof setzte, fiel er vor die Füße. Auf ihr Hilfsgeheul holten Hausgenossen und Nachbarn die Polizei und einen Arzt. Dieser stellte fest, daß der kleine Knabe nur noch eine unförmliche tote Masse bildete. Der Mann hatte sich den Schädel und beide Beine gebrochen, lebte aber noch. Er wurde unverzüglich mit einem stoppigen Rettungswagen nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht, starb dort aber gleich nach der Einlieferung. Die Polizei des 12. Reviers sperrete das Haus ab, da viele Neugierige sich zu der Unglücksstelle drängten, und ließ die Leiche des Kindes nach dem Schauhause bringen.

Der **Zuhälter Greubel.** Zu dem Nordberich und Selbstmord auf offener Straße wird noch mitgeteilt, daß die Leiche des Postarten-Händlers Will Greubel zur gerichtsarztlichen Oeffnung be-

schlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht wurde. Bei dem Toten fand man eine polizeiliche Vorladung, die über den Beweggrund zur That weitere Aufklärung giebt. Die Krämer lief vor vierzehn Tagen zur Polizei und zeigte an, daß Greubel sie furchtbar mißhandelt habe. Als sie dann aber von der Kriminalpolizei vernommen wurde, nahm sie, wie das in solchen Fällen die Regel ist, ihre Beschuldigungen zurück und erklärte, daß sie in der Aufregung zu viel gesagt habe. Statt Ruhe bekam sie jedoch jetzt nur noch mehr Prügel. Braut und blau geschlagen suchte sie bald wieder die Polizei auf und wiederholte ihre Beschuldigungen. Jetzt verfügte die Staatsanwaltschaft die verantwortliche Vernehmung des Peinigers. Greubel wußte nun, als er am Dienstag die Vorladung vor die Kriminalpolizei erhielt, was ihm bevorstand. Er sah voraus, daß er wegen der Mißhandlungen und als Zuhälter eingesperrt werden würde, und beschloß daher, sich an der Krämer zu rächen und sich dann selbst ebenfalls das Leben zu nehmen. Er hatte auch davon gehört, daß schon andre Mädchen ungünstig über ihn ausgefagt hatten.

Ein **gefährlicher Kinderfreund** ist unschädlich gemacht worden. Ein 32 Jahre alter aus Köln a. Rh. gebürtiger Buchhandlungsreisender August Hoffmann lodte in der Steinmehstraße, wo er seinem Beruf nachging, keine Mädchen an, indem er ihnen Bonbons gab, und verging sich dann an ihnen. Gestern wurde er dabei ertappt, der Polizei übergeben und von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Feuerbericht. Die böswilligen Alarmierungen der Wehr wollen kein Ende nehmen. Es vergeht jetzt keine Woche, ohne daß nicht über derartige Fälle berichtet werden muß. Leider werden die Thäter nur in den allerersten Fällen ergriffen. In der Nacht zum Freitag wurde der öffentliche Feuermelder in der Behmstraße böswillig gezogen. Auch hier konnte der frevelhafte Bursche nicht dingfest gemacht werden. Gegen 10 Uhr lief ein Alarm von dem königlichen Garnisonlazarett I in der Schornhorststraße 11 ein. Es handelte sich indes hier um „blinden Lärm“, weshalb die Wöschlinge sofort wieder kehrt machen konnten. Zur selben Zeit gab es in der Zimmerstraße 84 zu thun, weil hier in der Konditorei von Richter durch Ueberkochen von Fett Feuer ausgebrochen war. Viel Arbeit machte der Wehr ein Kellerbrand, der nachmittags in der Rappell-Allee 24 aus nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch kam. allerlei Gerümpel, Kisten, alter Hausrat usw., das in den zahlreichen Beschlägen aufgespeichert war, bot reiche Nahrung und mußte daher eine Dampfspritze lange Zeit Wasser geben, um die Flammen auf den Keller zu beschränken. Ein zweiter Kellerbrand wurde dann noch aus der Rantstraße 18/19 gemeldet. Hier konnte die Gefahr leicht beseitigt werden.

Im **Palast-Theater** an der Burgstraße fand am Donnerstag zu etwas ungewohnter Stunde, nämlich gegen Mitternacht, die Aufführung eines besonderen Varietés-Aktes statt. Eine früher am Metropol-Theater beschäftigt gewesene Dame will, wie uns scheint, es mit der Reform oder Veredelung des Varietés versuchen und bringt nun in einem Atemzuge alles, was Herz und Sinn nahe liegt. Mit einem scenischen Aufwande, der im alten Feenpalast immerhin aufzufallen muß, wird von der erwähnten Künstlerin eine Art Melodrama dargestellt, das sich „La belle Aphrodite“ nennt. Wenn auch nach einem klassischen Ausdruck ein bißchen französisch sich wundert schön macht, so hätten in diesem Falle doch ebenso gut deutsche Worte gewählt werden können, um den Trauun aus der griechischen Mythologie dem verehrlichen Publikum zu veranschaulichen. Die träumende Dame schwärmt gleich Schiller von den Göttern Griechenlands, erweist uns im klassischen Gewande mit einem vom Balletmeister Ringel hübsch arrangierten Tanz und stellt dann in eifigen lebenden Bildern die besseren Hälften der klassischen Götter dar, wobei die lästige Gewandung so weit als angängig fortfällt. Die ein wenig geräuschvolle, aber sonst hübsch angelegte Musik des Kapellmeisters Alwin Franke begleitet die Vorführung von Anfang bis zu Ende, die wenigen Textworte sind von Karl Döring. Da die Vorführung in größeren Varietés-Theatern vor sich gehen soll, wird sich bald herausstellen, ob der hoch angelegte Plan der Künstlerin auf Beifall und Verständnis rechnen kann.

Die **Heimfürsorgestelle** des Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose in Schöneberg ist am 15. April im Rathause zu Schöneberg eröffnet worden. Die Sprechstunden finden Dienstags und Freitags von 1—2 Uhr statt.

Die **politiknische Sprechstunde** für innerlich Kranke von Geheimrat Professor Schwemmer in der königlichen Charité wird während der Sommermonate Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 8^{1/2}—10 Uhr vormittags abgehalten. Behandlung kostenlos.

Neue und einheitliche Fahrpreise bringt die Spree-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“ mit ihrem neuen Frühjahrsfahrplan am nächsten Sonntag, den 1. Mai, zur Einführung. Vor allem fällt der bisherige Aufschlag an den Sonntagen. Die Fahrpreise betragen z. B. auf der Obersee und Dahme von der Jannowibridge in Berlin nach Stralau 15 Pf., Treptow 20, Wilhelmshof 35, Ostend 40, Sadowa 50, Köpenick 60, Grünau 60, Schmödvig 80, Friedrichshagen 60, Mübezahl 70 Pf. Auch die Niederschiffahrt nach Loreley zu 50 Pf., nach Köpenick zu 60 Pf., nach Grünau oder Friedrichshagen zu 80 Pf. werden Sonntags ausgegeben, nicht nur Werktags, wie bisher. Auf der Untersee und Havel bleiben die Fahrpreise unverändert. Von Potsdam nach den neu einbezogenen Stationen Perch und Glindower Alpen kostet die Fahrt je 60 Pf. Wochentags werden Hin- und Rückfahrkarten von Potsdam nach den beiden Orten zum Preise von 80 Pf. ausgegeben.

Der Sternhimmel im Mai. Am 1. Mai um 10, am 15. um 7, am letzten um 8 Uhr abends steht der erste Deichselstern des Großen Wagens (auch großer Vär genannt) fast im Zenith, ein wenig nördlich. Der Große Wagen und von hier aus der Polarstern, der in der verlängerten Linie der Hinterräder des Großen Wagens liegt, sind also leicht zu finden. Am östlichen Himmel fallen drei helle Sterne erster Größe auf: fast nach Südosten Spica vom Sternbild der Jungfrau, bedeutend höher im Osten der rötliche Arcturus vom Sternbild Bootes, und im Nordosten Wega vom Sternbild der Leier.

Am Westhimmel sind Sirius, Orion und Aldebaran, die vor einem Monat noch über dem Horizont waren, nicht mehr zu sehen. Von Sternen erster Größe finden wir im Südwesten Regulus vom Sternbild des Löwen, im Westen ziemlich tiefsiehend Procyon oder den Kleinen Hund, und etwa 22 Grad höher stehend Pollux, neben welchem, in nordöstlicher Richtung 6 Grad entfernt, sein Zwillingbruder Castor steht; diese beiden sind die hellsten Sterne des Sternbilds der Zwillinge.

Am nördlichen Himmel zieht die Milchstraße von Osten nach Westen hin. In ihr stehen gerade im Norden vier von den fünf W. idernig angeordneten Sternen, die das Sternbild Cassiopeja bilden. Dieses Sternbild ist leicht zu finden, weil es stets dem großen Löwen gegenüber an der andren Seite des Polarsterns steht.

Deutlich von der Cassiopeja steht das Sternbild des Schwans, dessen hellster Stern, Deneb, nur ein Stern zweiter Größe ist; er steht da, wo die Milchstraße sich in zwei Äste gabelt. Westlich von der Cassiopeja erstreckt ein Stern erster Größe, der helle Capella vom Sternbild des Fuhrmanns.

Planeten stehen in diesem Monat nicht am Abendhimmel; nur Merkur ist in den ersten Tagen noch etwa eine halbe Stunde nach Sonnenuntergang zu sehen.

Die Sonne, die am 1. Mai um 7^{1/2} Uhr auf und um 1^{1/2} Uhr untergeht, steigt höher und höher am Himmel; am 31. Mai geht sie schon um 4 Uhr 8 Minuten auf und erst um 2 Minuten vor 1^{1/2} Uhr unter, die Tageslänge dehnt sich also im Laufe des Monats von 14^{1/2} Stunden auf 16^{1/2} Stunde aus.

Der Mond zeigt am 7. Mai sein letztes Viertel, am 15. Mai ist Neumond, am 22. Mai haben wir erstes Viertel und am 29. Mai Vollmond. Sein Licht sñdet den Gang der Sterne also am wenigsten in der Mitte des Monats.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Die Parteigenossen am Orte haben einen recht schmerzlichen Verlust erlitten. Der Genosse Hermann Zimmermann ist in der Frühe des 20. April im Alter von 62 Jahren einem schweren Magenleiden erlegen. Mit ihm geht wieder einer jener Genossen hinüber, die ihren redlichen Anteil an der Entwicklung der Sozialdemokratie genommen haben. Zimmermann war Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, schloß sich dann der Bewegung bei seiner Niederlassung am Orte an und wirkte seit Jahren als ein vom Freund geschätztes und vom Gegner geachtetes Mitglied der Gemeinde als Gemeindeverordneter. Bei der Landtagswahl im November vorigen Jahres, an der er als Wahlmann in Erfüllung seiner Parteipflicht, schon im leidenden Zustande, teilnahm, brach er in der Bernauer Stadtkirche zusammen und hat sich seitdem nicht wieder erholen können. Ein hinzugezogener Herzschlag hat nun seine Qualen beendet. Die Beerdigung erfolgt wahrscheinlich am Montag; das Nähere darüber wird noch bekannt gegeben werden.

Die Gemeindevorstellung von Lichtenberg hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage des Krankenhausbauens zu beschäftigen. Wie wir schon mitteilten, wollten die Beauftragten der Grundbesitzervereine die Vertagung der Sache herbeiführen, doch fiel diese menschenfreundliche Absicht mit einer Stimme Mehrheit ins Wasser. Nur traten die Herren vom Bürgerverein mit führender Miene auf die Seite der Sozialdemokratie, und so kam denn mit 14 gegen 12 Stimmen der Beschluß zu stande, einen Bauplatz an der Frankfurter Chaussee, für den 208 M. pro Quadratmeter gefordert wurden, für 200 M. anzulassen. Zu ihrem Erlaunen mußten unsre Parteigenossen erfahren, daß die eigentlichen Förderer des Krankenhausbauens die Freisinnigen waren, obwohl diese Herren in Gemeindefaust mit dem Gemeindevorstand bestritten, daß der Krankenhausbau dränge. Bemerkte sei noch, daß die Armenverwaltung wieder erklären ließ, daß ihre Kranken immer noch in Berlin ein Unterkommen gefunden hätten, und daß auch Herr Plötz sich auf Berlin berief. Man führte weiter an, wie bedenklich es sei, daß Schöneberg z. B. bei seinen 100 000 Einwohnern noch kein Krankenhaus habe und Lichtenberg bei 40 000 Einwohnern schon einen — Bauplatz laufe. Unser Parteigenosse Grauer trat für die Vorlage ein. Von den übrigen 14 Gegenständen der Tagesordnung waren nicht weniger als elf der Verteilung von Pfasterkornsenen und der Ausschließung von Spekulationsterrain gewidmet. Aufgeschlossen wird u. a. das große Rittergutsterrain zwischen Herzbergstraße und Landsberger Chaussee und das Terrain innerhalb der Ringbahn und der Girtelstraße.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Nixdorf nahm in ihrer Sitzung am Donnerstagabend die Wahl von je zwei Vertretern und zwei Stellvertretern für die Ersatzwahlen im 7. und 10. Wahlbezirk der dritten Wählerabteilung vor. Für den 7. Bezirk wurden u. a. auch die Genossen Nohe bezw. Ribell, für den 10. Bezirk die Genossen Conrad bezw. Lehmann gewählt. — Der Magistratsantrag, die Deputation um ein Mitglied zu verstärken, und zwar durch den neuangestellten zweiten Stadtbauinspektor als Bürgerdeputierten, wurde einstimmig abgelehnt, gleichzeitig aber der Wunsch ausgesprochen, diesen neuen Hochbau-Techniker stets zu den Deputations-Sitzungen als Berater hinzuzuziehen. — Einem Abkommen mit dem Kreise Teltow, zum Bau einer Brücke über den Teltowkanal im Zusammenlegungsgebiet der Mitterlände rund 12 000 M. zuzuschicken und die Unterhaltung des Oberbaues auf städtische Kosten zu übernehmen, wurde zugestimmt. — Ferner genehmigte die Versammlung die Errichtung einer dritten Infanterie-Kaserne in der städtischen Krankenanstalt und die Aufnahme von Privatkranken in diese Anstalt zu einem Pflegefahne von 6 M. — Der nächste Beratungsgegenstand betraf das von uns schon in der Mittwochnummer erwähnte Gesuch der evangelischen Kirchengemeinde um Ueberlassung des Reuterplatzes zum Kirchenbau. Gegen die Vorlage des Magistrats, diesem Gesuche zu entsprechen, erklärte sich neben den Sprechern der sozialdemokratischen Fraktion nur noch der Stadtverordnete Hesse. Obwohl in der Diskussion die Genossen Hoppe, Conrad, Denny alle Gründe ins Treffen führten, die sowohl von unserm wie vom Standpunkt der mit öffentlichen Plätzen so schwach bedachten Stadt für die Ablehnung des Gesuches sprachen — es half alles nichts: die „arrogante Fraktion“ der Rechten brachte die Vorlage zur Annahme. Erwähnt sei noch, daß der Stadtverordnete Nohe in seinen Ausführungen sich in pathetischer Weise für das Seelenheil der Sozialdemokraten verband und der Hoffnung Ausdruck gab, daß auch diese einst in ihrer letzten Stunde sich der Religion ihrer Väter erinnern werden, was natürlich auf unsre Genossen den gegenteiligen als den vom Redner gewünschten Eindruck machte. Nach Genehmigung einiger Straßenpflanzungen und des Projektes für den Mathias-Arbau wurden wegen der vorgerückten Zeit die übrigen Punkte der Tagesordnung vertagt.

Aus Groß-Lichterfelde schreibt man uns: Die Entwicklung unsres Ortes, der nunmehr eine Einwohnerzahl von 30 000 aufweist, sowie die Konkurrenz der benachbarten Vororte drängen auf den verschiedensten Gebieten unsres Gemeinwesens zu Umgestaltungen und Verbesserungen. Dies gilt insbesondere auch für das Verkehrswesen und die Schaffung eines modernen Straßenpflanzens; das letztere ist in Groß-Lichterfelde der Schwand aller Radfahrer und Fußwegverwehler. Gleichzeitig mit der Neupflanzung der Chausseestraße, die Lichterfelde mit Steglitz verbindet, ist zugleich deren Verbreiterung und Verschönerung in Aussicht genommen. Es ist kein Zweifel, daß durch diese Veranstaltungen der Gemeinde den Anliegern, meistens Besitzer von Mietshäusern, besondere wirtschaftliche Vorteile im Sinne des § 9 des Kommunalabgabengesetzes erwachsen. Mit Rücksicht hierauf wurde vom Gemeindevorstand der Gemeindevorstellung ein Entwurf zur Beschlußfassung vorgelegt, nach welchem diejenigen Grundbesitzer, denen durch solche Veranstaltungen solche wirtschaftlichen Vorteile erwachsen, mit entsprechenden Beiträgen herangezogen werden sollen und zwar:

1. bei Verbreiterungen ganzer Straßen oder einzelner Straßenteile mit Ausnahme der im Zuge der Straßen vorhandenen Brücken;
 2. bei Errichtung von freien Plätzen, von öffentlichen Parks innerhalb des bebauten Gemeindebezirks, und von Brücken; ferner von Straßenüberführungen und Unterführungen nebst den erforderlichen Rampen und Zugangswegen, durch welche neue Verkehrswege geschaffen werden.
- Es braucht wohl nicht erst betont zu werden, daß dieses durchaus berechnete Vorhaben, die Grundstücksbesitzer, denen ohne ihr Zutun durch solche Einrichtungen das Geld in die Taschen geflossen wird, durch besondere Beiträge zur Kostendeckung heranzuziehen, der entschiedensten Opposition in der Gemeindevorstellung begegnete. So verlangte ein Gemeindevorsteher, daß ein solches Statut, dessen Notwendigkeit überhaupt erst erörtert werden müßte, speziell für die Chausseestraße bestimmt werden solle. — Die Willensbesitzer wollten sich das Wohnen nicht verteuern lassen. Den Wertzuwachs lassen sie sich selbstverständlich recht gern gefallen. Für die eignen Interessen haben die Herren Gemeindevorsteher bei uns eine sehr feine Nase; dagegen lassen deren Kenntnisse aus verwaltungsmäßigem und verwaltungsrechtlichen Gebiete außerordentlich viel zu wünschen übrig. Daß ein Entwurf in Gemäßheit des § 4 des Kommunalabgabengesetzes von öffentlich-rechtlichem Charakter nicht ausschließlich für einen bestimmten Ortsteil oder eine Straße beschließen werden darf — das sahen ihnen nicht einzuwenden. Man fürchtete die Konsequenzen bei Ausführung des Statuts, wenn einmal „andere Leute“ im Rathaus säßen. Nur der wiederholten Versicherung des Schöffen Dr. Lengner, daß die Vorlage speziell nur unter Berücksichtigung der brennend gewordenen Frage der Verbreiterung der Chausseestraße gemacht worden sei, ist es zuzuschreiben, daß der Absatz 1 des Statuts angenommen wurde; alles übrige lehnte die Gemeindevorstellung ab. Die Willensbesitzer wollen zwar besser, aber nicht teurer wohnen.

Die Kosten der städtischen Schulen Charlottenburgs. Auf das Unterrichts- und Bildungswesen fallen in Charlottenburg etwa

30 Proz. der regelmäßigen Ausgaben des Stadthaushalts-Etats. In dem Rechnungsjahr 1902/03 wurden für die Gemeindefschulen 1 747 554 M. nach Anrechnung der Einnahmen angegeben oder 94,93 M. pro Schulfund (gegen 77,48 M. im Etatsjahr 1899/1900). Hiervon kamen auf persönliche Kosten (Besoldung des Lehrpersonals usw.) 62,70 M., auf sächliche Kosten (Unterrichtsmittel, bauliche Unterhaltung usw.) 11,21 M., auf Miete und Abnutzung des Inventars 20,71 M. und auf städtischen Beitrag für Alterszulagen und Ruhegehältern 2,33 M. pro Kind. Wenn man alle städtischen Schulen in Betracht zieht, so ergibt sich folgendes Bild: Die Ausgaben nach Abzug der Einnahmen beliefen sich im Jahre 1902 im Durchschnitt auf 101,91 M. für einen städtischen Schüler (gegenüber 81,08 M. im Jahre 1899), und zwar kamen 94,93 M. auf einen Schüler der Gemeindefschule, 176,55 M. auf einen Schüler des Realgymnasiums, 160,90 M. auf einen Schüler der Kaiser Friedrich-Schule und 168,69 M. auf einen Schüler der Oberrealschule. In den Mädchenschulen kamen auf eine Schülerin der höheren Mädchenschule 1 91,58 M. und auf eine Schülerin der Bürgermädchenschule 95,39 M. Man sieht also, daß die von den Kindern der besitzenden Klassen besuchten höheren Lehranstalten einen weit größeren städtischen Zuschuß erhalten, als die Gemeindefschulen. Wenn trotzdem jeder Fleißig für Hebung der Gemeindefschulen nur nach harten Kämpfen den Vertretern der Bourgeoisie abgerungen werden muß, so ist das ein klassischer Beweis dafür, daß die Bourgeoisie stets nur ihre eignen Interessen wahrnimmt.

Theater.

Lesing-Theater. „Das Wunderkind“. Künstlerkomödie in vier Bildern von Annie Reumann-Hofer. — Ein hübscher und noch nicht ausgebeuteter Komödien- oder Tragikomödienstoff, auf den der Titel hinweist! Eine ganze Reihe nährlicher Kontraste ruft er in der Vorstellung wach. Man denkt an den Modesport eines gewissen Kunststufensmanns, an das immer latent vorhandene Verdrüßnis, das beim Erscheinen einer neuen und allerneuesten Sensation unter Donnergepolter sich zu entladen pflegt, um dann ebenso rasch wieder zu verstummen, an die Tollheiten der Klame und Spekulation, vor allem aber an den Widerspruch zwischen der ganz trivialen Kindnatur des Wunderkindes und dem Glorienschein, den der Selbsteitel vorzugleich irgend einer speziellen Vergebung eine Zeitlang ihm verleiht, an die sinnlich herangezogene Liebesbeziehung und das Erwachen, wenn die dichten Wolken der Leidenschaft zerflattern. All dieser Eitelkeitswonne aber mischt, wenn er im künstlerischen Abbild und interessierter sollte, mit überlegenem Humor phantastisch-geistreich — vielleicht in jenem drolligen Karikaturenstil von Bedekinds „Kammerfänger“ — oder mit einem ins Innere dringenden Naturalismus der Charakteristik und Charakterentwicklung zur Anschauung gebracht werden. Das Stück giebt weder das eine noch das andre. Der Humor bleibt im Vollenhaften, der Naturalismus im Keiferlichen stehen. Es fehlt nicht an einem Untergrunde eigener Beobachtung, das zeigt am deutlichsten die Figur Nizzoni; aber dazu, das Material in Fluß zu bringen, aus ihm heraus ein neues, eine gegliedert aufsteigende, in sich psychologisch begründete Handlung zu gestalten, haben die Kräfte nicht gereicht. Kein Faden knüpft sich an, den zu verfolgen die Reugier reizt könnte, und der bunte Wechsel der Situationen wirkt, da er der Zeichnung der Personen in dem ersten Akt nichts Besondere mehr hinzufügt, monoton.

Die ersten Szenen spielen in dem Hause Nizzoni. Seit er seine Stimme verloren — er behauptet, einer der ersten Sänger Europas gewesen zu sein — träumt er, die Menschheit noch einmal, durch seine jüngste Tochter, das Wunderkind, in stauende Bewunderung zu versetzen. Im Dienst der „göttlichen Kunst“ und der leeren väterlichen Taten soll sie als Originalvirtuosin in die Welt ziehen. Er vergöttert und prügelt sie daneben, wenn sie nicht lernen will — ein echtes Komödiantentemperament dieser Art in seiner grenzenlosen Eitelkeit, seinen verlogenen Eifersücheln, in der Mischung naiver Lebenswürdigkeit und brutaler Herrschsucht. Seine Frau sucht sich und seufzt, was bei solchem Beispiel aus den beiden Mädchen, dem verzogenen Wunderkind und der neidischen, schönen Mära, werden soll? Die „Handlung“ dieses ersten Aktes reduziert sich darauf, daß der Alte mit einem optimistischen Impresario, der für seine Tournee gewaltigen Erfolg von Nizzoni's Auktoren erhofft, einen Vertrag abschließt. Im zweiten Akt giebt's ein paar überflüssige Genreszenen in dem Bureau des Impresario, im dritten einen Fabelzug und Ovationen für Willy, die, von ihren Triumpfen beaufschlagt, aus einer harmlosen, entzogenen Höhle zu einer unaußsprechlich launisch-hochmütigen Diva sich entwickelt hat und, seit der ihren Fleiß mit Ohrfeigen anstachelnde Alte abgerufen ist, jede Zumutung weiteren Studiums entrüstet von sich weist. Ein idiotischer Erbsprinz in Simplizimusmanier und ein hübscher, junger, Wellen sendender Herr halten Antrachen. Die Schwestern zanken sich, und der Impresario, dem Willy mit Vertragsbruch droht, macht, angeblich um das zu hindern, — Mära einen Heiratsantrag. Im letzten Akt ist Willy ganz Gemüt. Sie hat das Elternhaus zu kurzer Erholung aufgesucht, aber der Alte, der seine Tage nun in dulei jubilo verbringt, mag ihr seine Pause gönnen. Da erscheint zur rechten Zeit wieder der Mann mit den Wellenbouquets und zum Entsetzen des Vaters schlägt sie ein in die dargebotene Hand. Die Liebe, nicht der Ruhm, macht glücklich. Nur die Szenen mit Nizzoni mildern ein wenig diese schlimme Sentimentalität des Ausgangs.

Die Schauspieler thaten, was möglich war. Waldow gab den aufgeschlafenen, alten Komödianten mit höchst ergühlicher Natürlichkeit. Alles klang gleichmäßig eck, das Schmierenspathos, wie die Schmeicheleien und das selbstgefällige, bloßere Lachen. Gleichfalls ausgezeichnet war das munter-frische Fräulein Kollend in der Hauptrolle und Margarete Albrecht in der Nebenfigur der verführten Mutter. Auch Herr Strobl als Impresario, wie Vera Witt als schöne, widerwärtige Mära trafen den richtigen Ton und Willi Grundwald verhalf durch seine trockene Komik der prinzipialen Stotterrede zu einem schallenden Heiterkeitserfolg. Doch alle Bemühungen waren schließlich umsonst. In dem üblichen Weisfall klang ein derbehmliches Jüchen. —

Gerichts-Zeitung.

Die neue Pommernbank-Verhandlung.

Genau ein Jahr nach der ersten Verhandlung wird der Pommernbank-Prozess nunmehr seine zweite „Vernehmung“ und „Vernehmung“ erleben. Am nächsten Montag, 2. Mai, beginnen die umfangreichen Verhandlungen aufs neue, während das vorige Mal die gerichtliche Prozedur am 1. Mai ihren Anfang nahm. Als Angeklagte erscheinen vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I wiederum: 1. der frühere Bankdirektor Kommerzienrat Johann Wilhelm Schull aus Charlottenburg, 41 Jahre alt; 2. der frühere Bankdirektor Karl Friedrich Romeid aus Wilmersdorf, 50 Jahre alt; 3. der kgl. Baurat Hermann Wohl aus Groß-Lichterfelde, 65 Jahre alt; 4. der Stadtbauinspektor a. D. Arnold Hanel aus Köpenick, 72 Jahre alt. Es werden angeklagt: A) Schull und Romeid, ein jeder durch mehrere, zum Teil fortgesetzte, selbständige Handlungen als Mitstifter des Bankbankrott der Pommernbank (Hypotheken-Aktienbank a) absichtlich zum Nachteil dieser Gesellschaften gehandelt, b) willkürlich in ihren Darstellungen und Ueberlieferungen über den Vermögensstand dieser Gesellschaften den Stand der Verhältnisse der Gesellschaften unwarhaft dargestellt und verschleiert zu haben, c) durch ein einzelnes Handlung zu a und b zugleich in der Absicht, der Pommernbank Hypotheken-Aktienbank einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen andrer dadurch beschädigt zu haben, daß sie durch Vorzugelung falscher Tatsachen einen Irrtum erregten. — B) Wohl und Hanel durch eine fortgesetzte Handlung den Angeklagten Schull und Romeid zur Vergebung des Bankbankrott der Aktiendeckung durch Rat und That willkürlich Hilfe geleistet zu haben, und zwar gemeinschaftlich. — Die Dinge, um welche es sich bei diesem Riesenprozeß handelt, sind in der ersten Auflage des Prozesses in einer selten da gewesenen Ausführlichkeit zerlegt worden und dürften noch allgemein bekannt sein. Hier mögen nur folgende Tatsachen auf-

geführt werden: Die beiden Hauptangeklagten Schull und Romeid sind vor drei Jahren, nämlich am 18. Mai 1901, in Unterhaft genommen worden und haben darin bis zum 21. Juli 1902 über zwei Jahre und zwei Monate, zugebracht. Die neuere wiederum über sie verhängt gewesen Unterhaftungsdauer — nämlich nur wenige Tage und wurde nach Kautionstellung von 100 000 M. bezw. 30 000 M. wieder aufgegeben. Die vorige Prozeßverhandlung dauerte vom 1. Mai bis 21. Juli und in dieser Zeit wurden 50 Sitzungen abgehalten. In der 46. Sitzung hatte der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Beck, seine Strafanträge dahin gestellt: „Für die Untreue durch die Tätigkeit in Terrain-Spekulationen gegen Schull drei Jahre Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe; gegen Romeid zwei Jahre Gefängnis und 4000 M. Geldstrafe. — Für die Untreue in Gestalt der Hingabe von Pfandbriefen ohne genügende Unterlage gegen Schull drei Jahre Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe; gegen Romeid zwei Jahre Gefängnis und 4000 M. Geldstrafe. — Für die Verschleierung durch künstliche Erhöhung des Reingewinnes und Verteilung zu hoher Zantiemen gegen beide Angeklagte je drei Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. — Für die Verschleierung minderwertiger Vermögensgegenstände auf die Immobilien-Verkehrsbank je drei Jahre Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe. — Für die unwahren Darstellungen in den Ueberlieferungen über den Vermögensstand der Pommernbank je sechs Wochen Gefängnis.“ — Außerdem wurden gegen Schull allein noch zwei Jahre Gefängnis und 20 000 M. bezw. ein Jahr Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe beantragt. Als Gesamtstrafe wurden gegen Schull sechs Jahre Gefängnis und 50 000 M. Geldstrafe, gegen Romeid fünf Jahre Gefängnis und 30 000 M. Geldstrafe in Antrag gebracht. — Gegen den Angeklagten Hanel beantragte damals der Staatsanwalt sechs Monate Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, gegen den Angeklagten Wohl einen Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. — In der 50. Sitzung kam dann die große Sensation: der Gerichtshof beschloß, die Sache zu verlagern, möglichst die Materialien herbeizuschaffen, die den zwei Kommissionen, insbesondere der Bankkommission, als Grundlage zu ihren vielumstrittenen Taten abzugeben haben, und neue Sachverständige zu ernennen, welche nach Instruktion durch das Gericht die Abschätzung der beanstandeten Handlungsbücher vornehmen sollten. Die Angeklagten Schull und Romeid wurden gleichzeitig aus der Haft entlassen. — So endete vor einem Jahre der Prozeß. Inzwischen sind die Gerichtsbeschlüsse ausgeführt und die neuen Abschätzungen der Werte erfolgt. Sie werden wiederum den Gegenstand lebhaftesten Kampfes bilden. Dem Vernehmen nach haben schon seit Wochen die Angeklagten Schull und Romeid ein ganzes Heer von Hilfskräften um sich versammelt und arbeiten mit diesen bis tief in die Nächte hinein an der Sammlung und Durchsicherung des Materials, welches sie gegen die Richtigkeit dieser Taten ins Feld führen wollen. Sachkundige berichten, daß diesmal der Prozeß mindestens dieselbe Dauer haben wird, wie das vorige Mal.

Ein gewerbmäßiger Badeanstaltsdieb wurde gestern in der Person des Masseurs Richard A. a. b. der 10. Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte, der aus anständiger Familie stammt, ist frühzeitig auf die soziale Ebene geraten und zu einem schweren Verbrecher geworden. Unter seinen vielen Verurteilungen befindet sich eine von sechs Jahren Zuchthaus. Bei einem Transport von Hannover nach Berlin entwich er durch einen halbtreuerischen Strug aus dem Eisenbahnwagen; er wurde später wieder ergriffen. Als er im verflochtenen Jahre aus dem Zuchthaus entlassen wurde, fing er an, sich dem Diebstahl in Badeanstalten zu widmen und betrieb dies Geschäft mit großem Erfolge. Fast alle Anstalten Berlins hat er unflüchtig gemacht und verschmähte auch nicht, die größeren Nachbarstädte heimzusuchen. Er richtete es so ein, daß seine Ritabenden noch auf ihrem Schwilager ruhten oder gerade massiert wurden, wenn er sich in das anstößende Ankleidezimmer begab, in welchem jedem Badenden ein Säckchen zum Aufbewahren seiner Kleider angewiesen worden war. Hatte jemand verabsäumt, seinen Säckchen zu verschließen, so wurden die Kleider von dem Angeklagten untersucht und die darin befindlichen Wertgegenstände wie Uhr und Portemonnaie gestohlen. Häufig fielen ihm bedeutende Beträge in die Hände. Wie viele derartige Diebstähle von dem Angeklagten begangen sind, hat sich nicht feststellen lassen. Er legte sich im geistigen Terrain in allen Fällen aufs Reuigen und ließ es zu seiner Ueberführung auf die Jugendbernehmung ankommen. Der Staatsanwalt hielt 10 Jahre für erwiesen und beantragte hierfür eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren und die üblichen Nebenstrafen. Der Gerichtshof verurteilte zwei Jahre, die in Leipzig und Magdeburg spielen, für eine spätere Verhandlung und verurteilte den Angeklagten wegen der übrigen acht Fälle zu acht Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Die jährige That eines 15-jährigen Burischen beschäftigte gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts I. Der bei der Strafreinigung angestellte Arbeitsbursche Felix Horn hatte sich am 6. Februar d. J. von seinem Vorgesetzten, dem Arbeiter Dorn, eine Mägen nachlässiger Arbeit gefallen lassen müssen. Sein jugendliches Gemüt war darüber von heftigem Groll erfüllt. Als er am folgenden Tage mit Dorn auf dem Fluß eines Hauses in der Johannisstraße zusammentraf, zog er ohne weiteres einen Revolver aus der Tasche und gab auf Dorn einen Schuß ab. Ohne die Wirkung abzuwarten, machte der Dorn über dem Kopf und lief zur Polizeiwache in der Albrechtstraße, wo er sich atemlos mit den Worten einführte: „Ich habe soeben einen Menschen erschossen!“ Den Revolver hatte er beim Passieren der Albrechtstraße in die Bank geworfen, wo er auch gefunden wurde. Trotzdem sich herabsetzte, daß der Angeriffene völlig unverletzt geblieben war, wurde gegen Horn Anklage wegen verübten Totschlags erhoben, da er selbst zugab, daß er seinen Gegner hatte erschießen wollen. Im Termin behauptete der Angeklagte, daß er ein unglückliches Temperament habe; wenn er in Blut gerate, wisse er nicht was er thut. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten sechs Monate Gefängnis, der Gerichtshof erkannte aber auf ein Jahr Gefängnis, da dem Unfug, unnötigerweise zu einer Schußwaffe zu greifen, energisch entgegengetreten werden müsse.

Vermischtes.

Kultur- und Principienfähigkeit. Wir lesen in einem auswärtigen Blatte: „Das Streben Japans geht immer noch zielbewußt dahin, sich die unumschränkte Herrschaft zur See zu sichern. Und da gilt es nicht allein, die russische Flotte kampfunfähig zu machen, sondern auch dieselbe ihres Hauptstützpunktes, Port Arthur, zu berauben. Und so hat sich bis jetzt der Hauptkampf um die Seefeste Port Arthur abgepielt. Mit Bewundernswürdiger Entschlossenheit und Thatkraft und mit Mut, Geschick und — Glück scheinen die Japaner ihrem Ziel, der Einnahme Port Arthurs, näher und näher gekommen zu sein. Und was das Bewundernswürdige bei diesem Volke ist, sie, die noch vor fast einem halben Jahrhundert im Range eines Mittelalters dahinschliefen, eines Mittelalters, wie auch wir es einst mit Ritters, Vasallen und aller Lehnstreue gekannt, bedienen sich jetzt der modernsten der kriegerischen Hilfsmittel, als hätten sie sich in Jahrhunderte langem Streben wie wir europäischen Völker auf diese hohe kulturelle Stufe der Kriegstechnik durchgerungen. Wir sehen die Japaner die schnelligsten Torpedoboots- und Flottenangriffe ausführen, und wir hören, daß sie jetzt, da ihnen die mutigen Frontangriffe auf die russischen Forts und Schiffe zu viel Verluste bringen, sich eines der modernsten Hilfsmittel der Technik bedienen, nämlich der indirekten Beschießung.“

Es ist die „Leipziger Volkszeitung“, welche die Bedeutung der Kriegstechnik für die Menschheitskultur so principienhaft zu würdigen weiß.

Eine folgenschwere Katastrophe in der Kohlengrube „Remion“ in der Provinz Sevilla (Spanien) ereignete sich infolge schlagender Wetter; höher sind 53 Leichen geborgen. Eine Meldung, die als die Ursache des Unglücks einen Erdsturz angiebt, besagt: In einer

Kohlengrube bei Tocina (Provinz Sevilla) wurde durch einen Erdsturz eine große Anzahl von Arbeitern verschüttet. Bisher wurden 50 Tote und 10 Verwundete geborgen. Zur Grubenkatastrophe wird weiter gemeldet, daß dieselbe durch die Unachtsamkeit eines Arbeiters hervorgerufen wurde, welcher mit einer gewöhnlichen Lampe in die Grube eingestiegen war.

Madrid, 29. April. Nach privaten Mitteilungen beläuft sich die Zahl der Leichen, welche aus der Grube "Reunion" in Villanueva de las Minas (Provinz Sevilla) zu Tage gefördert wurden, auf 63. Das durch die Entzündung schlagender Wetter entstandene Feuer hält in drei Stellen an.

Eine furchtbare Explosion ereignete sich in der im Leipziger Vorort Leizlich gelegenen Vögelampfenfabrik von Köring u. Matthesien. Auf noch unaufgeklärte Weise wurde plötzlich unter gewaltiger Detonation die schwere Eisentür des Gastrodensens aus der Angel getrieben und zehn Meter weit fortgeschleudert. Dabei wurde ein im Vorraum beschäftigter Arbeiter aus Weihenfeld von der Thür getroffen und ca. sechs Schritte mit fortgerissen. Man hob ihn mit total zertrümmerter Schädeldecke auf; der Tod trat augenblicklich ein. Zwei andre Arbeiter wurden an den Armen und am Kopfe schwer verletzt. Durch den kolossalen Luftdruck und herumfliegende Eisen- und Mauerteile wurden sämtliche Fenster des Unfallraumes zertrümmert und die Mauern stark beschädigt.

Gebildete Bürgerdebe. Die Verwaltung der Deffentlichen Lesehalle in Vena sendet den dortigen Zeitungen die folgende vielgelesene Zuschrift:

So erträulich es ist, daß die Deffentliche Lesehalle von der Venenser Bevölkerung so eifrig benutzt wird, wie es geschieht, so bedauerlich ist andererseits das Verhalten einzelner Besucher. Man sollte meinen, daß Menschen, die in den Leserräumen aus- und eingehen, ein Bewußtsein davon haben müßten, daß ihnen mit der Freiheit, die dort herrscht — sie werden eben nicht von einer Aufsichtsperson überwacht — zugleich ein Vertrauen geschenkt wird, welches sie wohlthuend empfinden und würdigen müßten. Es muß aber geradezu gewissenlos genannt werden, daß einzelne sich nicht scheuen, die Lesehalle zu beschlehen, und zwar sind es, wie wir annehmen Grund haben, Leute der gebildeten Stände. Es sind in den letzten Wochen allmählich sämtliche fremdsprachliche Lexika und deutschen Sprachwörterbücher aus dem Vögel-Lesezimmer entwendet worden, vor längerer Zeit eine ganze Anzahl ausländischer geographischer Zeitschriften, die zum Teil schwer, zum Teil überhaupt nicht ersetzbar waren. Wir werden die Lexika nach Wiederbeschaffung nicht mehr zur freien Benutzung aufstellen, sondern nur auf besonderen Wunsch verabfolgen. Wir können das Publikum nur immer wieder darum bitten, selber etwas Kontrolle zu üben; es liegt in seinem eignen Interesse, wenn wir nicht zu Nothregeln zu schreiten gezwungen würden, die die Benutzung erschweren und die Freiheit der Leser behindern. Wir sind für jeden Hinweis dankbar, der uns Handhaben zu strafrechtlicher Verfolgung bieten kann und bitten daher die Leser, die Verwaltung in dieser Hinsicht zu unterstützen.

Es giebt eben eine Sorte von Menschen, die auch vor der gemeinsten That nicht zurückschrecken; sie sind aber nicht nur in den ungebildeten Ständen zu finden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 1. Mai, vorm. 8 1/2 Uhr, in der Schul-Halle der 69. Gemeindefalle, Kleine Franzfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. Um 10 1/2 Uhr, vorm., ebendasselbst: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Wehrle: „Volksbildung“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

In der humanitären Gemeinde, Niederkirchstr. 12, in der Aula der Friedrich-Bergerischen Ober-Realschule, hält am Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr Herr Dr. Bruno Wille einen Vortrag über: „Die Menschheit als Organismus“. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Tabakarbeiter und Arbeiterinnen. Sonntag, den 1. Mai, vormittags 11 1/2 Uhr, bei Wille, Brunnstr. 188: Oeffentliche Versammlung zur Kaiser. Tages-Ordnung: Vortrag des Stadtverordneten Emil Badner über die Bedeutung des 1. Mai.

Eingegangene Druckschriften.

Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe zu Krefeld für das Rechnungsjahr 1903. 48 Seiten.

Das Ergebnis der statistischen Untersuchungen über den Prozentsatz der Homosexuellen. Von Dr. Magnus Hirschfeld. Leipzig. Verlag von Max Spohr. Preis 1 M.

Aus dem Buchhause. Von Hans Reuß, 3. Auflage. Kritik und Gegenkritik. 32 Seiten. Berlin. Verlag von Johannes Neide 1904. Wird auf Bestellungen an jedermann gratis und franko versandt.

Die Invaliden-Versicherung des Deutschen Reiches im täglichen Leben. Von Max Schönl, Magistrats-Sekretär in Berlin. Berlin 1904. Selbstverlag des Verfassers. Druck von Franz Rosenfeld, Klosterstraße 65. Preis 90 Pf.

H. Noß, Tirol und die angrenzenden Alpengebiete von Boralberg, Salzburg und Salzburggebiet, sowie das bayerische Hochland nebst München in 20 Tagen genutzbar zu bereisen. Mit zwei Uebersichtskarten und sechs Specialkarten. VIII 67 S. Deutsches Taschenformat. Freiburg i. Br. und Leipzig, Jc. Paul Lorenz, Reichsdruckverlag. 1904. R. 1,80.

Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse der Bureau-Angestellten zu Berlin für das Jahr 1903. 33 Seiten. Druck: Gustav Wigel (vormals R. Schürmer), Berlin, Brunnstr. 104.

Briefkasten der Redaktion.

C. Notwald. Ohne zu wissen, wie der betreffende Gegenstand beschaffen ist, können wir Ihnen doch den österreichischen Posttag nicht nennen. Möbel und Möbelbestandteile, mit Stoff überzogen, kosten 30 Gulden pro 100 Kilogramm. Bahrscheinlich ist dieser Posttag zur Anwendung gelangt. Waschen können Sie gar nicht, da Ihre Eltern Verpölung beantragt haben. Sie haben die ganze Sache verkehrt angefaßt. Warum haben Sie den St. nicht als gebrauchte delikatesse, und warum schickten Sie ihn nicht per Post? Für solche leichte Gegenstände ist das Porto billiger als die Bahnfahrt.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

Max 43. 1. Der Birt kann pünktliche Mietzahlung (für den Mai zum 2) verlangen. 2. Kein. — C. R. 1. 1200, jedoch vermindert sich die Anzahl für die vor 1840 Geborenen. Geben Sie an, wann Sie geboren sind, so kann Ihnen mitgeteilt werden, wieviel Renten Sie gebrauchen. 2. Kein. — R. W. Für den Bestand werden 6—20 M. für jeden Besuch 1—3 M. als angemessen erachtet. — C. 63. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — Altersrente. Da Sie am 4. August 1830 geboren sind, sind 619 Renten vorzuerlösen. — Recht. 23. 15. Kein. — R. 39. Sie haben recht. — C. 2. 260. 1. Kein. 2. Das können Sie halten wie Sie wollen. 3. Ein Nichtmitglied dürfen Sie derartige Darlehen nicht geben!

es könnten Ihnen Unannehmlichkeiten entstehen. — R. 9. Das ist zu spät. — C. R. 26. 1. Bei Darlehen bis 300 M. wäre beim Amtsgericht, bei höheren Beträgen beim Landgericht die Klage auf Rückzahlung zu stellen. 2. Es ist auf Rückgabe eventuell Schadenersatz beim Amtsgericht zu klagen. — Richter S. S. Eine Entziehung ist nur möglich, wenn festgestellt wird, daß Invalide nicht mehr vorliegt. Heirat ist keineswegs ein Grund zur Entziehung der Rente. — R. S. 100. Falls Ihr Vertrag nicht etwa das Gegenteil besagt: Nein. — R. R. 28. Da die Genehmigung zu Kammeränderungen vom Ermessen der Behörde abhängt, kann sie die Zustimmung der Kammertröger verlangen, auch andere Bedingungen stellen oder ohne weiteres die Genehmigung verweigern oder erteilen. — C. 70. Wenn es sich um einen hinterzöglichen Ueberfall handelt: Ja. — R. 987. Kein. — C. M. 200. Sie müssen sich auf dem Bezirkskommando melden und eventuell dort anfragen. — R. C. Deme Kenntnis der Statuten und der Veränderungen zwischen Ihnen und Ihrer Mutter ist eine sichere Antwort nicht möglich. Es scheint der Ehemann im Recht zu sein. — S. S. 1000. Unerbittlicher Körperfehler. — R. W. 32. Ohne Zustimmung der Schul- und Aufsichtsbehörde wäre die Jurisdiktion Ihres Kindes kraftlos. Sie können bei der Regierung Beschwerde einlegen. — Vater von Weihenfeld. Ehebruch ist strafbar, wenn wegen des Ehebruchs die Ehe geschieden und vom beleidigten Gatten Strafantrag gestellt ist. Durch Stellung des Antrages auch nur gegen einen kommt das Verfahren gegen beide in Gang. Das Strafmaß ist ein Tag bis sechs Monate Gefängnis. — R. G. 99. 1. In der Regel liegt die Pflicht dem Mieter ob. 2. In der Regel nein. 3. Es ist unmöglich, Ihnen im Voraus die Kosten des gesamten Mietsrechtes zu schildern. Tragen Sie Ihren Fall vor, so kann dieser beantwortet werden, nicht eine so allgemeine Frage. — R. W. 19. 1. und 2. Ja. 3. Nein. — Schafner 437. Ja; Sie können mit Rücksicht auf die Eigenart des Falles auch die Strafverfolgung im öffentlichen Interesse bei der Staatsanwaltschaft beantragen. — R. 6. Leider nein: die Verpflichtung endete mit dem 20. April d. J. — Schulstr. 7. 1. u. 2. Nein. Sie können aber Befreiung der Schäden verlangen, zur Befreiung der Schäden eine angemessene Frist setzen, andernfalls, daß Sie nach truchseligem Ablauf der Frist die Schäden auf Kosten des Mietsrechtes beseitigen lassen würden und dann diese Drohung ausführen oder auf Befreiung der Schäden klagen. 3. u. 4. Das Darlehen ist nicht veräußert, Sie können auf Zahlung klagen. Darlehnsforderungen verjähren in 30 Jahren. — R. 10. 1. Die Forderung ist unbefristet, teilen Sie der Forderung das Sachverhältnis mit. 2. Verein für Feuerbestattung, Breitsch. 5. 3. Die Beschaffung eines Totenscheins würde in Ihrem Fall auch der Gesundheitsamt nicht möglich sein. — Stammgäste Restauration St. Leider ja. — Halle, Alma. Die Antwort ist unter P. Jachow in der letzten Sonntagsnummer erteilt.

Witterungsübersicht vom 29. April 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.	
Schwabmünde	762	SW	—	Regen	7	Haparanda	751	NRN	—	Heiter	4	39
Hamburg	761	SW	—	3 Regen	9	Vetersburg	—	—	—	—	—	—
Berlin	762	SW	—	2 Regen	10	Cort	—	—	—	—	—	—
Franfurt a. M.	765	SW	—	2 wolllig	12	Aberdeen	—	—	—	—	—	—
München	767	SW	—	3 Heiter	8	Paris	767	SW	—	2 wolllig	10	50
Wien	764	NRN	—	3 Heiter	11							

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 30. April 1904. Vorherrschend wolllig mit leichten Regenschauern, mäßigen südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeige.
Nach langem, schwerem Leiden entschlief am 28. April mein lieber Mann, der Buchhändler
Gustav Jungmann
im Alter von 39 Jahren. 9976
Die trauernde Witwe.
Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Kirchhofes der Bartholomäus-Gemeinde, Hallenberger Chaussee in Weihenfeld.

Freitag, den 29. April, verstarb mein lieber Mann, unser guter Vater, Onkel und Schwager, der Schankwirt
Hermann Zimmermann
im Alter von 62 Jahren am Herzschlag.
Die Beerdigung findet Montag, den 2. Mai, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause Rummelsburgerstraße 48 aus nach dem Friedhof Kreuzstege statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Socialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.
Freitag, den 29. April, verstarb unser Mitglied, der Schankwirt
Hermann Zimmermann
im Alter von 62 Jahren. 14/4
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Mai, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause aus Rummelsburgerstr. 48, nach dem Friedhofe Kreuzstege statt.
Um zahlreichste Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Marie Neblung
geb. Lise 9168
am 28. d. Mts., früh 4 1/2 Uhr, im Krankenhaus Moabit nach schwerem Leiden sanft entschliefen ist im Alter von 41 Jahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.
Der trauernde Gatte
Otto Neblung.

Todes-Anzeige.
Am 29. April verstarb unser Barzigener, Schankwirt 14/5
Hermann Zimmermann
im Alter von 62 Jahren am Herzschlag. Die Beteiligten, denen er schon als Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, seit seiner Niederlassung hier am Ort als socialdemokratischer Gemeindevorstand stets helfend zur Seite stand, betrauern den Verlust eines braven, ehrenhaften Mitkämpfers.
Ehre seinem Andenken!
Lichtenberg.
Der Vertrauensmann.
Die Fraction der socialdemokratischen Gemeindevorordneten.
Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Mai, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause aus Rummelsburgerstr. 48, nach dem Friedhofe Kreuzstege statt.

Todesanzeige.
Allen Kollegen zur Nachricht, daß am 28. April unser Kollege (Zusammenfeger) 934b
Gustav Schulze
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 1. Mai nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des alten Jakob-Kirchhofes (Rixdorf am Kölln) aus statt.
Die Kollegen d. Pianoforte-Fabrik
Görs & Kallmann.

Central-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion 1.
Am 28. d. M. verstarb plötzlich unser werter Kollege
Max Eichler
im Alter von 19 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, an dem Gemeindefriedhof zu Ober-Schöneweide statt.
Um verge Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
J. H.: Schwedler.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Ida Ast
geb. Bergmann
durch den Tod erlöst ist.
Der trauernde Gatte
nebst Kind.
Die Beerdigung findet am Sonntagvormittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Gumbaus-Kirchhofes aus statt. 50622

M. Kempinski & Co.
Berlin W. Wein-Gross-Handlung Leipzigerstr. 25
Wir empfehlen zur Bowlenbereitung:
Kempinski Seel, halbes, Goldkapsel (einschliesslich Steuer und Glas) Mk. 2.25
Deutsches Erzeugnis. Flaschengährung garantiert.
Bei Abnahme von 12 1/2 Fl. M. 2.20 } einschliesslich Steuer, Glas und Verpackung
" " " 25 1/2 " " 2.15 }
Leere Flaschen und Verpackung werden zum berechneten Preis zurückgenommen.
Lieferung für Berlin und Umgegend frei ins Haus, nach Auswärts frei Bahnhof hier.
Ausführliche Preislisten stehen zur Verfügung.

Carl Stark
Neue Königstrasse 73.
Seidenhüte x Mechanikhüte
Filzhüte x Mützen x Schirme
Neueste englische, italienische u. Wiener Moden zu ausnahmsweise billigen Preisen.
Achtung! **Hirschgarten.** Achtung!
Restaurant **Wilhelmshof.**
Inhaber **Wilhelm Radtsch.**
Allen Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen empfehle bei Ausflügen nach **Hirschgarten**, mein zwei Routen vom Bahnhof am herrlichen Wald und Wasser, mit Dampfboot gelegenes Flakhsystem zur gefälligen Benutzung. Am ersten Pfingstfeiertag: **Frühkonzert.** Anfang 6 Uhr. Entree frei. 50508*

Reederei Nobling.
Morgen Sonntag Dampfer-Extrafahrt mit Musik nach Berliner Schweiz.
Beginn der Baumblüte.
Abfahrt von Zannowbrücke (Schultheiß-Kirchhof) 9 Uhr vormittags, 2 Uhr nachmittags.
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt Erwachsene 1 M., Kinder 50 Pf.
Es ladet ergebenst ein
Hermann Gärtner.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seebassin.
(Endstation der „Störn“-Dampfer).
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfboote, Regelmäßige, große Rasseeisen. Tägl. Galen, großer (schattiger) Garten, 2000 Personen lassend.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Tischler etc.
Filliale Berlin B.
Montag, den 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Eanal III):
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1904.
2. Berichtedes.
181/3 Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.
Das unterzeichnete Gewerbegericht beschließt, die geschlossenen Prozessen aus den Jahren 1897 und 1898 mit Ausnahme derjenigen, in denen auf Berufung ein langjähriges Urteil ergangen oder ein Vergleich vor dem Landgerichte abgeschlossen ist, durch Einstampfen peremptorisch zu lösen.
Wir fordern daher alle diejenigen, welche an der längeren Aufrechterhaltung der Akten ein Interesse haben, hierdurch auf, dasselbe innerhalb einer Frist von vier Wochen bei uns anzusuchen und zu beschleunigen.
Berlin, den 27. April 1904.
Gewerbegericht zu Berlin.
J.-No. 235. Gew.-Ger. 04.
Geg. v. Schulz.

Gerten-Auzugstoffe, Beste, empfiehlt (patent) 49442.
Tuchhandlung Ferd. Scholz, Reinickendorf-West, Eichhornstr. 64.
Kranz- und Blumenbinderei von L. A. Trothe, Wrangelstr. 11, Markthalle IX, Stand 251/252, Eisenbahnstraße. 46142*

Charlottenburg.
Allen Freunden und Genossen empfehle ich mein neu eingerichtetes **Wirtsh- u. Bairischbier-Lokal.**
A. Hacker,
Rosinenstraße 9.

Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 31, Brombergstr. 19/20.
Preis ab Platz von 10 Ctr. an
In Uss, Salon-Crème 7* p. Ctr. 85 Pf.
In Henckels Werke, do. 6u7* . 80
In Sontenberger, do. 6u7* . 70
Anna, Adler, Maro, Industrie-Druck, Halbsteine . 65
Bruch-Druck . 60
Ist Heller dr. Ctr. 10 Pf. mehr.
Steinbohlen, Gascoas, Antbract, Holz zu billigsten Sommerpreisen.
60 Danbmagen verleihe zu Kohlen.

Kranz- und Blumenbinderei H. Rodewald,
von Alexandrinenstrasse 1a.
Kranze mit Bildmangschleifen, Kranz- u. Festlichkeits, Bouquets, Topfgewächse jeder Art zu preiswert.

Kranz- u. Blumenbinderei von H. Eckert,
98. Rosbacher Damm 98.
Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.
Bereiten Kranze, Gärten, u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden ufm. werden sein u. preiswert geliefert